Free21
Credible news mounted on paper

DAS Magazin
Nr. 3, 2. Jhg., 09/2015
Im Netz: www.free21.org

Themen:

Der Westen
Garant einer Politik, die uns in tödliche Konflikte stürzt (Willy Wimmer) ▶ SEITE 10

Die ehrenwerten Mafiabosse
Die Finanzmärkte gegen die Demokratie ▶ SEITE 16

Warum schweigen die Lämmer?
Meinungs- und Empörungsmanagement – der Vortrag von Prof. Dr. Mausfeld in Textform ▶ SEITE 19

Kein Drohnenkrieg, stoppt Ramstein
Interview mit Rainer Braun und Mohssen Massarrat ▶ SEITE 28

Unschuldige Smartphones?
Was unser Handy über uns verrät ▶ SEITE 33

Griechische Schulden
Hintergründe der Kampagne gegen den Euroaustritt Griechenlands ▶ SEITE 36

Kryptowährungen, Vollgeld und Regiogelder
Auswege aus dem bestehenden Geldsystem ▶ SEITE 41

Was erwartet uns nach dem Tag X?
Wie sich Regierungen und IWF auf den kommenden Crash vorbereiten ▶ SEITE 43

Das Free21-Prinzip:

Die City of London

Der mächtigste Staat der Erde

Kaum jemand weiß, dass die City of London – größter Finanzhandelsplatz der Welt – exterritoriales Gebiet ist und nicht zu Großbritannien gehört. Wenn die Queen die City of London betreten möchte, muss sie sich wie bei einem Staatsbesuch anmelden.

(Foto: Klonlwotski, Flickr.com, CC BY-SA 2.0)

▶ SEITE 3

Interview zur **CIA-Kriegspropaganda**

Mittels Propaganda in den Krieg – Jens Wernicke sprach mit Prof. Jörg Becker über Hitlervergleiche, Auschwitzmetaphern und Frauensolidarität als massenpsychologische Instrumente zur Erhöhung der Kriegsbereitschaft. ▶ SEITE 12

9/11: WTC im (fast) freien Fall

Weder die sogenannte Pfannkuchen-Theorie noch die Stahlermüdungs-Theorie kann die Pulverisierung und die Geschwindigkeit, mit der die Gebäude im (fast) freien Fall zusammenstürzten, erklären. Von Rüdiger Lenz ▶ SEITE 20

Erstes Kriegsopfer ist die **Wahrheit**

Propaganda ist ein unverzichtbares Tool, um die Bevölkerung auf Kriegskurs zu bringen. Sämtliche militärischen Abenteuer der USA nach dem 2. Weltkrieg basieren auf Lügengeschichten. Klargestellt von Jakob Reimann ▶ SEITE 24

CIA-Manipulation deutscher Medien

Wie die CIA deutsche Medien manipulierte, damit Bomben für Menschenrechte fallen. ▶ SEITE 31

Die Wahrheit über **Schulden**

Geldvermögen und Schulden gehören zusammen. Erst die Schulden machen Geldvermögen möglich. ▶ SEITE 39

Adenauers Draht zu CIA und FED

Adenauers Verbindungen zur US-Finanzelite und zur CIA, nachgezeichnet von Thomas Pritzl ▶ SEITE 45

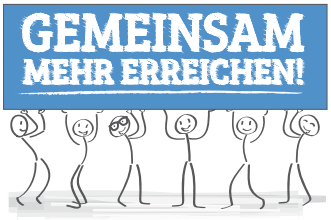
Free21

Credible news mounted on paper

DAS Magazin

Nr. 3, 2. Jhg., 09/2015 www.free21.org

Das Free21-Prinzip:



Unterstütze Free21.org

CROWDFUNDING-Konto:

Kontoinhaber: Tommy Hansen,
Verwendungszweck: FREE21,
Bank: GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS,
IBAN: DE54 4306 0967 1168 5797 01,
oder auf das **Paypal-Konto:**
tommy.hansen@free21.org

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typographisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN A4 Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Photos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21.org funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, dass frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Tommy Hansen

Chefredakteur:
Tommy Hansen

Postanschrift:
Bennigsenstraße 15,1
12159 Berlin

Kontakt:
Telefon: 0152/15 67 38 20
E-Mail: info@free21.org

ViSdPR:
Tommy Hansen
Bennigsenstraße 15
12159 Berlin

Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Maulkorb-Journalismus?

Erst wird man ignoriert, dann beschimpft und danach wird man gewinnen. FREE21 ist innerhalb von wenigen Monaten aus dem Nichts in die „Beschimpfungs-Liga“ aufgestiegen und unser Magazin wird mittlerweile schon als „Verschwörungskacke“ bezeichnet und unsere Webseite soll „Antisemitismus“ verbreiten.

Dazu habe ich keine Kommentare. Jeder kann unsere Inhalte für sich beurteilen. Es wäre aber vielleicht passend, ein paar Themen aus unserer „Hausordnung“ zu besprechen, um festzustellen, was wir tatsächlich tun und was eben nicht.

Wir gehen jedes Thema mit offenen Sinnen und Augen an, um eine Horizonterweiterung für unsere Leser zu gewährleisten. Auch und gerade, wenn der Thematik schon eine politische Meinungs-Dogmatisierung vorausgegangen ist. Wir betreiben keinen Maulkorb-Journalismus. Wir sind an keinen transatlantischen Gesellschaften beteiligt. Wir verfolgen keine geostrategischen Interessen und laufen niemandem hinterher. Wir sind nicht in der Matrix.

Für uns besteht Meinungs- und Pressefreiheit auch darin, dass alternative, dem Allgemeinwohl dienende Geld- und Wirtschaftssysteme diskutiert werden und dass nicht nur die Finanzindustrie diese Debatten dominiert.

Wir glauben an Demokratie und Menschlichkeit und an eine unabhängige Presse; und eben deswegen zeigen wir jetzt diesen neuen Weg für authentischen Journalismus. Jeder Mensch hat das Recht zu glauben, zu denken und zu wissen, was er will.

Kein Gesetz, keine Religion und erst recht keine „political correctness“ des „Establishments“ sollte diese Freiheit jemals einschränken können. Dass zu gewährleisten, dafür sind die Medien da!

Leider sind wir von dieser Idealvorstellung noch weit entfernt. Deswegen versuchen wir unseren Lesern die Zusammenhänge des „ganz normalen täglichen Wahnsinns“ aus einer erklärbaren Perspektive aufzuzeigen.

Alle Probleme auf dieser Welt wurden von Menschen geschaffen. Mit dem richtigen Kollektivbewusstsein können diese Probleme von uns Menschen ganz einfach wieder gelöst werden! Es fehlt uns nur die wahre freie Presse.

Deshalb machen wir weiter. Und wir machen Druck! **Power to the paper!**

Tommy Hansen, Chefredakteur free21.org

Die City of London
Der mächtigste Staat der Erde

Kaum jemand weiß, dass die City of London – der größte Finanzhandelsplatz der Welt – exterritoriales Gebiet ist und nicht zu Großbritannien gehört. Wenn die Queen die City of London – im Volksmund „Square Mile" (Quadratmeile) genannt – betreten möchte, muss sie sich wie bei einem Staatsbesuch anmelden.

von Wolfgang Berger

Britische Gesetze greifen in der City nicht, die City of London Corporation hat eine eigene Staatlichkeit, eigene Gesetze und überwacht sich selbst. Ihre Manager handeln mit Wertpapieren und Devisen über alle Grenzen hinweg, aber kein Gericht kann sie belangen und keine Regierung ihre Geschäfte kontrollieren.

„Der König von Großbritannien hat die Rechtsprechung behindert. Er hat Richter von seinem Willen abhängig gemacht. Er hat eine Vielzahl neuer Verwaltungen eingerichtet und Schwärme von Beamten entsandt, um unser Volk zu schikanieren und sein Vermögen zu verzehren. Er hat unsere Meere geplündert, unsere Küsten verwüstet, unsere Städte verbrannt und das Leben unseres Volkes zerstört.

Wir, das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika, verfügen und errichten diese Verfassung, um eine vollkommene Union zu bilden, Gerechtigkeit zu schaffen, in innerem Frieden zu leben, eine gemeinsame Verteidigung zu ermöglichen, den allgemeinen Wohlstand zu fördern und die Segnungen der Freiheit für uns und unsere Nachkommen zu sichern.

Wir glauben, dass alle Menschen gleich geschaffen sind, dass sie von ihrem Schöpfer mit unveräußerlichen Rechten wie Leben, Freiheit und dem Streben nach Glück ausgestattet sind. Im festen Glauben an den Schutz der göttlichen Vorsehung verbürgen wir einander unser Leben, unser Vermögen und unsere geheiligte Ehre."

Das ist – ich habe verkürzt zitiert – eine starke Vision der amerikanischen Verfassungsväter im Jahre 1787. „Glück durch Freiheit" könnten wir darüber schreiben.

The City of London, (Foto: Kloniwotski, Flickr.com, CC BY-SA 2.0)

Der König von Großbritannien war entsetzt. Die mächtigen Männer Londons – Kreditgeber des Königs und Eigentümer der größten Bank der Welt – nahmen die Nachricht von der Unabhängigkeit Amerikas aber mit größter Freude auf.[1]

Das Boston Massaker

Vorausgegangen war der „Tea Act" der britischen Krone im Jahre 1767: Die Siedler waren im britischen Parlament nicht vertreten. Deshalb konnte Großbritannien in seinen amerikanischen Kolonien keine Steuern erheben und betrieb eine Ausbeutung über Zölle. Am 16. Dezember 1773 enterten amerikanische Widerstandskämpfer Schiffe der „East India Company", die im Hafen von Boston lagen und warfen die Teeladungen ins Hafenbecken.

Britische Truppen fielen ein und richteten ein Massaker an, das als „Boston Massaker" in die Geschichte eingegangen ist. Die von militärischer Gewalt erzwungenen Zölle sind nach dem Massaker erhöht worden. Die militärische Aktion hat das Monopol der „East India Company" verteidigt. Aus dem Kriegsgrund Tee von damals ist der Kriegsgrund Öl von heute geworden. Das Militär verteidigt nach wie vor private Monopole.

Für die Tea Party Bewegung der aktuellen US-Politik ist dieses Massaker der Auslöser für den Unabhängigkeitskrieg 1775–1776. Das aber ist eine gezielte Verbrämung, die den wahren Grund vernebeln soll: Auslöser der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung war das Verbot der „Colonial Scrips" durch den britischen König George.[2]

Colonial Scrips waren Berechtigungsscheine, die in der Kolonie zum Tauschen von Waren benutzt wurden – eine komplementäre Währung, mit der die Kolonisten auch ohne die Pfund Sterling Noten der 1694 gegründeten privaten „Bank of England" einkaufen und verkaufen konnten.

Die Londoner Bankiers beherrschten Europa, Amerika aber beherrschten sie noch nicht. Hermann Fürst Pückler-Muskau meinte 1828, ohne die Rothschilds könne „keine Macht in Europa Krieg führen."[3] Und Heinrich Heine schrieb 1841: „Geld ist der Gott unserer Zeit und Rothschild ist sein Prophet." Die wertvollste Kolonie Großbritanniens war gottlos geworden. Das durfte nicht so bleiben.

Ein Brief aus London

Am 25. Juni 1863 haben die Gebrüder Rothschild aus London einen Brief an die Herren Ikelheimer, Morton & Vandergould, in 3, Wall Street, New York City, geschrieben:

US-1$-Note von 1862, Nationalmuseum für amerikanische Geschichte (Public Domain)

„Ein gewisser John Sherman[4] aus Ohio hat uns dargelegt, wie ein kürzlich erlassenes Dekret des Kongresses Gewinne durch Operationen der Nationalbank ermöglicht. Eine Kopie des Dekrets war dem Brief von Herrn Sherman beigefügt. Offensichtlich ist dieses Dekret entsprechend dem Plan verfasst worden, den die Britische Bankiersvereinigung formuliert und ihren amerikanischen Freunden empfohlen hat. Dabei hatten wir darauf hingewiesen, dass sich aus diesem Plan, wenn er Gesetzeskraft bekäme, große Gewinne für die Bankiers auf der ganzen Welt ergeben würden.

M. Sherman erklärt, dass dieses Gesetz den Kapitalisten eine einmalige Gelegenheit zur Akkumulation von Geld bietet. Das Gesetz überträgt fast die gesamte Macht über die Finanzen der Nation auf die Nationalbank.

M. Sherman sagt, dass von den Personen, die das System verstehen und an den Profiten interessiert sind oder von denen, die von seinen Vorteilen abhängen, kein Widerstand zu erwarten ist. Die große Masse des Volkes aber ist intellektuell unfähig, die gewaltigen Vorteile zu erkennen, die das Kapital aus dem System zieht, und wird seine Bürde ohne Murren tragen, vielleicht ohne zu ahnen, dass das System gegen seine eigenen Interessen ist. Ihre ergebenen Diener Gebrüder Rothschild.“[5]

Die amerikanischen Bankengesetze von 1863 bis 1865 haben einigen Banken bei der Ausgabe von Banknoten ein Monopol eingeräumt. Das Haus Rothschild aus London hielt das größte Aktienpaket der ersten amerikanischen Bank, die amerikanische Staatsschulden verwaltete. Das von ihr ausgegebene Geld konnte bis zu 90 Prozent mit Staatsanleihen gedeckt sein.

1910 trafen sich sieben illustre Banker unter absoluter Geheimhaltung auf der Insel Jekyll Island vor der Küste Georgias. Um ihre Identität auch vor den Dienern zu verbergen, redeten sie sich nicht mit ihren Namen an. Nach den Anregungen aus London vor fünfzig Jahren bereiteten sie einen Gesetzentwurf vor, der einer privaten Bank das nationale Geldmonopol übertragen sollte.

Ein Mörder flieht nach London

Der amerikanische Präsident Abraham Lincoln wollte sich bei dem Bankenmonopol nicht verschulden und keine Schuldzinsen zahlen. Den Bürgerkrieg 1862–1865 finanzierte er mit Scrips, die er „Greenbacks“ nannte. Der Historiker F. William Engdahl berichtet, dass alle Beweise, die über die Ermordung von Lincoln vorliegen, auf die Banker der Londoner City und das Haus Rothschild deuten: Der Mordanschlag von John Wilkes Booth ist von Judah Benjamin finanziert worden. Benjamin flüchtete nach Großbritannien, erhielt dort Asyl und lebte bis zu seinem Tod unbehelligt und in Wohlstand in London.[6]

1910 trafen sich sieben illustre Banker unter absoluter Geheimhaltung auf der Insel Jekyll Island vor der Küste Georgias. Um ihre Identität auch vor den Dienern zu verbergen, redeten sie sich nicht mit ihren Namen an. Nach den Anregungen aus London vor fünfzig Jahren bereiteten sie einen Gesetzentwurf vor, der einer privaten Bank das nationale Geldmonopol übertragen sollte.[7]

Präsident William Howard Taft, ein Republikaner, hätte ein solches Gesetz nie unterschrieben. Die Banker kauften sich einen Kandidaten gegen das Versprechen, ein solches Gesetz zu unterschreiben, wenn sie ihn zum Präsidenten machen würden: den Demokraten Woodrow Wilson. Sie gründeten eine neue Partei, die Progressive Bull Moose Party, deren Wahlkampf sie mit gewaltigen Summen förderten, um Tafts Republikaner zu spalten. Die Rechnung ging auf. 1912 wurde Wilson gewählt und seine Partei erlangte auch die Mehrheit im Kongress und im Senat.

Viele Tage vor Weihnachten mussten die Abgeordneten mit ihren Kutschen und Pferden in ihre Heimat aufbrechen. Zwei Tage vor Heiligabend wurde der Gesetzentwurf in einer fast leeren Sitzung des Kongresses verabschiedet und wenige Stunden später von Präsident Wilson unterschrieben.[8]

Die amerikanische „Nationalbank“ war errichtet. Diese Bank nennt sich heute „Federal Reserve“ (kurz „Fed“). Sie ist aber weder föderal noch national, sondern privat und gehört über verschiedene Zwischenstufen einigen mächtigen Familien.

Unglück durch Knechtschaft

Die Vision der amerikanischen Verfassungsväter vom Glück durch Freiheit hat sich in ein Unglück durch Knechtschaft verwandelt. Die „Produktion“ von Geld geschieht heute nicht mehr über die Ausgabe von Banknoten, sondern u. a. durch den Kauf von Staatsanleihen. Dem Staat wird ein Guthaben als Kredit zugeschrieben, das er verzinst zurückzahlen muss.

Der amerikanische Staat ist bei seiner „Fed“ so hoch verschuldet, dass er handlungsunfähig ist – es sei denn die „Fed“ produziert auch weiterhin das Geld, das der Staat benötigt. Das tut sie immer dann, wenn die Regierung ihre Vorgaben erfüllt.

1926 hat Präsident Franklin D. Roosevelt deshalb gezetert: „Wir kämpfen seit vier Jahren erbittert gegen die Hochfinanz und die Wirtschaftsbosse, die gewissenlosen Spekulanten und Kriegsprofiteure. Sie alle haben sich daran gewöhnt, die amerikanische Regierung als Anhängsel ihrer Geschäfte zu betrachten. Vom organisierten Geld regiert zu werden, ist genauso gefährlich, wie von der Mafia regiert zu werden.“[9]

Die „Fed“ ist so mächtig, dass weder die Regierung der Vereinigten Staaten noch der Kongress oder das Repräsentantenhaus ein Recht haben, in ihre Bücher zu

Publiziert: 25.06.2015 (15:19), Aktualisiert: 14.07.2015 (07.13) von Wolfgang Berger, Original: www.wissensmanufaktur.net/city-of-london

schauen. Die deutsche Bundesbank verfügt über die zweitgrößten Goldreserven der Welt. Der größte Teil dieser Goldbarren lagert in den Kellern der „Fed“. Auch hier ist eine Inventur offenbar nicht durchsetzbar und die Bundesbank verweigert jede Auskunft dazu.

Der letzte US-Präsident, der die „Fed“ entmachten wollte, hieß John F. Kennedy. Am 4. Juni 1963 hat er den Executive Order No. 11110 unterschrieben – eine Verordnung, die es der US-Regierung ermöglichte, eigenes, durch Silber gedecktes Geld (die United States Note) herauszugeben, anstatt Zinsen für Federal Reserve Notes zu bezahlen.

1963 kursierten vorübergehend Dollar-Noten von zwei verschiedenen Emittenten. Original-Exemplare und Abbildungen, die dies belegen, sind auch heute noch leicht zu finden. Sie unterscheiden sich vor allem durch den mittigen Schriftzug oben. Auf dem Staatsgeld steht „United States Note“. Auf dem Privatgeld der „Fed“steht „Federal Reserve Note“.[10]

Nach offiziellen Angaben wurde Kennedy am 22. November 1963 durch die Kugel eines geistig verwirrten Einzeltäters getötet. Kennedys Stellvertreter und Nachfolger, Lyndon B. Johnson, hat in seiner ersten Amtshandlung Executive Order No. 11110 ausgesetzt. Das Staatsgeld wurde aus dem Verkehr gezogen, und seither hat sich kein US-Präsident mehr in die höhere Politik eingemischt.

New York mit dem Finanzzentrum in der Wall Street untersteht amerikanischen Gesetzen und unterliegt amerikanischer Gerichtsbarkeit. In einer Demokratie sind das Unwägbarkeiten, die dem Kapital nicht geheuer sind. In einer Theokratie ist das anders. Das altgriechische Te?? (Theós) heißt Gott und ??atei? (kratein) heißt herrschen. In einer Gottesherrschaft vollstrecken diejenigen den göttlichen Willen, die sich als seine Diener sehen.

Das tut Lloyd Blankfein, der Vorstandsvorsitzende der Investmentbank Goldmann Sachs, der von sich gesagt hat: „Ich bin ein Banker, der Gottes Werk verrichtet.“ Diese Bank, durch deren Schule auch der EZB-Präsident Mario Draghi gegangen ist, schafft kein Werk für die Menschen. Nachdem der Investmentmanager Greg Smith bei Goldman Sachs gekündigt hat, berichtet er im März 2012 in der New York Times, dass die Vorstände dieser größten Bank der Welt sich über ihre Kunden lustig machen und sie als „Deppen“ bezeichnen.[11]

Vatikanstadt, Petersplatz, (Foto: David Iliff. License: CC-BY-SA 3.0)

Der Vatikan ist keine Demokratie

In der Antike wurde das sumpfige Gebiet auf dem rechten Tiberufer zwischen der Milvischen Brücke und der heutigen Ponte Sisto „Vatikan“ genannt. Der Staat Vatikanstadt ist mit 44 Hektar und etwa 1.000 Einwohnern heute der kleinste unabhängige Staat der Welt. Staatsoberhaupt, Legislative, Exekutive und Judikative in Personalunion ist der Papst. Eine Natursteinmauer auf dem Petersplatz, die zwei Flügel eines Säulengangs verbindet, ist die Staatsgrenze. Innerhalb dieser Mauern können Geschäfte abgewickelt werden, die höchster Diskretion bedürfen.

Das als Vatikanbank bezeichnete „Instituto per le Opere di Religione“ (IOR) ist im Besitz des Heiligen Stuhles. Ende der 1970er Jahre sind undurchsichtige Geschäfte des IOR aufgedeckt worden. Dem damaligen Leiter des „Instituto“, Erzbischof Paul Casimir Marcinkus wurden Verbindungen zur Mafia und zu südamerikanischen Drogenkartellen nachgesagt. Die Vatikanbank war eng verflochten mit der Banco Ambrosiano und ihrem Präsidenten, dem „Bankier Gottes“ Roberto Calvi.

Calvi errichtete Briefkastenfirmen auf den Bahamas und in Panama. Mit Wissen von Erzbischof Marcinkus sind über diese Scheinfirmen große Summen aus dem südamerikanischen Kokainhandel verschoben worden. Gegen eine Zahlung der Vatikanbank in Höhe von 224 Millionen Dollar hat die italienische Justiz die Untersuchungen im Zusammenhang mit Roberto Calvi und der Banco Ambrosiano eingestellt. Roberto Calvi ist am 17. Juni 1982 in London ermordet worden, seine Sekretärin Graziella Corrocher ist am gleichen Tage in Mailand ermordet worden. Diese Morde werden dem Vatikan angelastet.[12]

Der Vatikan unterliegt aber nicht italienischen Gesetzen. Er ist ein eigener Staat. Deshalb sind Ermittlungen der italienischen Justiz in dieser Sache beim Vatikan nicht möglich.

The City of London Corporation

Kaum jemand aber weiß, dass auch die City of London – der größte Finanzhandelsplatz der Welt – exterritoriales Gebiet ist und nicht zu Großbritannien gehört, auch wenn die City im Gegensatz zum Vatikan keinen eigenen diplomatischen Dienst unterhält. Wenn die Queen die City of London – im Volksmund „Square Mile“ (Quadratmeile) genannt – betreten möchte, muss sie sich wie bei einem Staatsbesuch anmelden. An der Grenze der Quadratmeile wird sie vom Oberhaupt der City empfangen.

„Das als Vatikanbank bezeichnete „Instituto per le Opere di Religione“ (IOR) ist im Besitz des Heiligen Stuhles. Ende der 1970er Jahre sind undurchsichtige Geschäfte des IOR aufgedeckt worden.“

Seit Mai 2008 ist Boris Johnson „Mayor“ (Oberbürgermeister) von London. Aber die City of London gehört nicht dazu. Das Ober-

haupt der City of London trägt einen anderen Titel: „Lord Mayor“. Dieses Gebilde mit 8.000 Einwohnern wird von der „City of London Corporation“ betrieben. 241 ausländische Banken haben ihren Sitz in der City. Brokerfirmen und Investmentbanken der USA haben große Teile ihrer Kundenvermögen dorthin ausgelagert.

Oberhaupt der City und Chef ihrer „Corporation“ ist zur Zeit Sir Alderman David Wooton. Er wird gewählt, wobei jeder Bewohner der City eine Stimme hat. Die dort ansässigen Unternehmen haben aber insgesamt 23.000 Stimmen und damit immer eine ¾ Mehrheit. Der Lord Mayor residiert mit seiner Familie im Manson House. Er empfängt Staatoberhäupter, Regierungschefs und die Vorstandsvorsitzenden von Weltkonzernen in der City.

Er unternimmt etwa zwanzig Auslands- und Überseereisen im Jahr. Dabei will er die Welt von den „Werten der Liberalisierung und von den Segnungen deregulierter, offener, globaler Finanzmärkte“ überzeugen. Er will die Finanzdienstleistungen der City anpreisen und das Kapital der Welt nach London lenken.[13

Britische Gesetze greifen in der City nicht, die City of London Corporation hat eine eigene Staatlichkeit, eigene Gesetze und überwacht sich selbst. Ihre Manager handeln mit Wertpapieren und Devisen über alle Grenzen hinweg, aber kein Gericht kann sie belangen und keine Regierung ihre Geschäfte kontrollieren.

City-Banker sagen, dass die „moderne Ära“ der City im Jahre 1067 begonnen habe und älter sei als das Parlament. Sie habe ihre Wurzeln in uralten Rechten und Privilegien, die die Bürger vor der Eroberung Englands durch die Normannen im Jahre 1066 genossen haben. Seit tausend Jahren sei die City die Hauptquelle für Darlehen an die Monarchen gewesen.[14]

Oft in der Geschichte hat die britischen Regierung Zivilisten für die Navy zwangsrekrutiert. Der Lord Mayor brüstete sich im 19. Jahrhundert damit, dass die Rekrutierer sich nie in die City getraut hätten.[15]

Midland Bank, City of London (Foto: Steve Cadman, CC BY-SA 2.0, de.wikipedia.org/wiki/Midland_Bank Flickr)

Ein Coup verlängert das Weltreich

Die Geschichte des britischen Empires ist in erster Linie eine Geschichte des Finanzkapitals und der City of London.[16] Aufgrund ihrer Stellung im Kolonialsystem ist die City zu allen Zeiten eine „Bastion des Widerstands gegen jegliche Form des regulierten Kapitalismus“ gewesen.[17]

1956 hatte der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser den Suez-Kanal verstaatlicht und damit der Vormachtstellung Großbritanniens bei der Kontrolle des Welthandels einen Schlag versetzt. Gemeinsam mit Israel und Frankreich versuchte Großbritannien dies mit militärischer Gewalt rückgängig zu machen. Die Rückeroberung der Kanalzone misslang. Die Position des Pfund Sterling als internationale Leitwährung war bedroht. 40 Prozent des Welthandels wurden damals in der britischen Währung abgewickelt.

Der Kapitalabfluss ins Ausland in der Folge dieser Niederlage bereitete der britischen Regierung Sorge. Sie wollte die Vergabe von Auslandskrediten in Pfund Sterling begrenzen, auch um Gelder in die heimische Wirtschaft zu lenken.

Die City aber war nicht an der heimischen Wirtschaft interessiert, sondern an der Fortsetzung der Weltherrschaft mit anderen Mitteln: Die Nationen in einer Schuldknechtschaft gefangen halten – auch wenn das den Zusammenbruch der Industrie im Geburtsland der industriellen Revolution bedeuten würde. Das Verbot der Regierung zur Vergabe von Auslandskrediten in der britischen Währung Pfund Sterling konnte sie nicht verhindern. Und so vergab sie jetzt Auslandskredite in Dollar.

„1963 wollte US-Präsident Kennedy das verhindern, aber auch er konnte die Massenflucht des Kapitals nicht aufhalten. Das Fluchtkapital der Welt versammelt sich seitdem in der City of London, wird dort legalisiert und schwärmt aus, um das verlorene Weltreich erneut zu erobern.“

Nach dem Währungsabkommen von Bretton Woods war es allein nationalen Notenbanken erlaubt, ihre eigene Währung herauszugeben. Nur die Bank deutscher Länder (die spätere Deutsche Bundesbank) durfte DM-Kredite vergeben, nur die amerikanische Notenbank „Fed“ durfte Dollarkredite vergeben. Aber weil die City nicht zu Großbritannien gehörte, konnte die britische Notenbank – die Bank of England – nicht eingreifen. Auch die amerikanische Notenbank oder die US-Finanzaufsicht konnten nicht eingreifen, denn die City gehörte auch nicht zu den USA.

So ist unter Bruch internationaler Währungsverträge ein britischer Dollarmarkt entstanden. Weil die City kein Teil Großbritanniens ist, wird er nicht so genannt. Die City liegt aber auch nicht auf dem Mond, sondern – ein Blick auf die Weltkarte offenbart das Erstaunliche – in Europa. Deshalb wurde dieser Finanzmarkt Euro-Dollar-Markt genannt. Es ist der Dollarmarkt der City of London. Mit dem viel später geschaffenen Euro hatte und hat er nichts zu tun.

Der Trick mit Kettenkrediten

Die meisten Menschen sind schon einmal mit Kettenbriefen in Berührung gekommen: Sie informieren eine Person und fordern sie auf, die Information an zehn Leute weiterzugeben. Jeder von diesen soll sie wieder an zehn Leute weitergeben etc. Wenn wir ein Drittel Überschneidungen einrechnen, haben Sie nach zehn Durchgängen theoretisch jeden Menschen auf dem Planeten erreicht.

In der City of London heißt dieses Spiel „Re-Hypothecation“ und das funktioniert so: Sie kaufen ein Haus für eine halbe Million Dollar und nehmen bei einer der City-Banken einen Kredit über diesen Betrag auf. Weil Sie kein Eigenkapital haben, überschreiben Sie das Haus der Bank und erhalten die halbe Million.

Die Bank hat Ihr Haus als Sicherheit in ihren Büchern und vergibt mit dieser Sicherheit auch Ihrer Freundin eine halbe Million für deren Hauskauf. Auch Ihre Freundin muss das Haus als Sicherheit abtreten. Das dient dann als Sicherheit für ein drittes Haus, das Ihr Vater kaufen will. Sie können das Spiel so lange fortsetzen, bis alle Immobilien der Welt an die City of London verpfändet sind. Wenn dann jemand seinen Kre-

Publiziert: 25.06.2015 (15:19), Aktualisiert: 14.07.2015 (07.13) von Wolfgang Berger, Original: www.wissensmanufaktur.net/city-of-london

dit nicht vertragsgemäß bedienen kann, gehört die Immobilie der Bank.

Weil das ein nettes Spiel ist, haben viele Amerikaner ihr Geld nach London geschickt. Dort vermehrt es sich schneller. 1963 wollte US-Präsident Kennedy das verhindern, aber auch er konnte die Massenflucht des Kapitals nicht aufhalten. Das Fluchtkapital der Welt versammelt sich seitdem in der City of London, wird dort legalisiert und schwärmt aus, um das verlorene Weltreich erneut zu erobern.[18]

Grand Cayman – George Town (Luftaufnahme), (Foto: Roger W., flickr, CC BY-SA 2.0)

Die Nabe der globalen Finanzdrehscheibe

In der Nabe eines Fahrrads kommen alle Speichen zusammen. Der Antrieb bewegt beim Hinterrad nur die Nabe, aber das ganze Rad dreht sich und treibt das Fahrrad an.

Die City of London ist die Nabe eines globalen Finanzrades, dessen Speichen es mit Inseln auf der ganzen Welt verbinden: den Kanalinseln Jersey und Guernsey direkt vor der französischen Küste, der Isle of Man zwischen Schottland und Irland, dem Felsen Gibraltar am spanischen Festland gegenüber Nordafrika, den Bermudas vor der amerikanischen Ostküste, den Bahamas vor der Küste Floridas, den Turks- und Caicoinseln süd-östlich der Bahamas, den Caymaninseln zwischen Kuba und Mexico, den Virgin Islands östlich von Puerto Rico in der Karibik und einigen Atollen, die Großbritannien in der pazifischen Südsee geblieben sind.

In diesen Inselstaaten hat die Bevölkerung nichts zu sagen, das Kapital ist allmächtig. Wer das auch nur anspricht, wird unerbittlich verfolgt. Der Senator und Minister von Jersey, Stuart Syvret, ist deshalb verhaftet worden und hat Jersey als „das Nordkorea des Ärmelkanals“ bezeichnet. Die politischen Verhältnisse auf den anderen Inseln sind kaum anders.

Die City of London selbst ist dabei „eine an der Themse vertäute Offshore-Insel, der eine Freiheit zur Verfügung steht, die viele andere Offshore-Inseln neidisch macht.“ Eine Analyse über die Möglichkeiten einer Verwaltungsreform Londons stellt fest: „Würden wir einer strikten Logik folgen, so sollten wir eine Verschmelzung der City und Westminsters empfehlen. Doch die Logik hat ihre Grenzen, und der Status der City liegt außerhalb dieser Grenzen.“[19]

Diese Inseln sind Kronkolonien, die noch weniger zu Großbritannien gehören als die City of London. Es sind Inseln mit ihren eigenen Gesetzen, ihren eigenen Regierungen und – sie sind Privateigentum der „Krone“ des Vereinigten Königreichs. Der Gouverneur in jedem dieser Inselstaaten vertritt die Krone.

Die Inseln werden „offshore“ genannt: jenseits der eigenen Küste, der eigenen Gesetze, der eigenen Kontrolle. Das Gegenteil von „offshore“ ist „onshore“. Die „onshore“-Wirtschaft ist die an Land, die Produkte oder Dienstleistungen anbietet, die nützlich sind und unser Leben erleichtern. Der offshore-Finanzsektor hilft nun der onshore-Realwirtschaft sich der Besteuerung oder anderer Zumutungen zu entziehen.

In einem einzigen Bürohaus auf den Cayman Inseln, dem Ugland House, residieren 18.000 Unternehmen. Geld wird mit Privatflugzeugen auf die Insel geflogen und die Überbringer werden mit Polizeieskorte zur Bank geleitet.

Carlos Lehder, Anführer des berüchtigten kolumbianischen Medellín-Drogenkartells, ist am Flughafen der Bahamainsel Norman's Cay von nackten Frauen abgeholt worden.[20] Die nackten jungen Schönheiten waren Insulanerinnen. Briefkästen, Firmenschilder oder Schreibtische der 18.000 Unternehmen aber gibt es auf keiner dieser Inseln. Sie stehen alle in der City of London.

Raymond Baker, Leiter von „Global Financial Integrity“ in Washington, D.C. bezeichnet das Offshore-System als „hässlichstes Kapitel der Weltwirtschaft seit der Sklaverei“ und der mexikanische Präsident José López Portillo hat 1982 gesagt, dass die „Privatbanken mehr Geld aus dem Land getragen haben als die Kolonialreiche, die uns seit Menschengedenken ausgebeutet haben.“

Brasilianische und argentinische Dollaranleihen hatten damals eine Rendite von fast 45 Prozent. Das Vermögen der Zeichner konnte sich so in weniger als zwei Jahren verdoppeln. Gläubiger der Dollarschulden Brasiliens und Argentiniens waren zum großen Teil Brasilianer und Argentinier, die diese Anleihen über die City of London „offshore“ gezeichnet hatten.[21]

„Henwees“ aus der ganzen Welt nutzen diese Schlupflöcher („Henwees“ steht für „High Net Worth Individuals“ – Personen mit einem hohen Nettovermögen) und benutzen sie als „gigantische Waschmaschine für kriminelles Geld.“ Mit Anspielung auf die 300.000 Russen, die in London leben, wird auch von „Londongrad“ gesprochen.[22]

Die „domicile rule“ Großbritanniens erlaubt es, im Land zu wohnen, aber nicht dort „domiziliert“ zu sein und deshalb keine Steuern zu zahlen. 60.000 „Non-Doms“ leben in Großbritannien, unter ihnen der indische Stahlmagnat Lakshmi Mittal, russische Oligarchen, saudische Prinzen, griechische Reeder und der in Sussex geborene Baron Michael Anthony Ashcroft, Mitglied des britischen Oberhauses, stellvertretender Vorsitzender der regierenden „Conservative Party“ und Schatzmeister der „International Democratic Union“. Steuerlich ist er im mittelamerikanischen Belize domiziliert, der früheren Kolonie Britisch-Honduras.

Von Piraten geplünderte Staaten

Das Offshore-System erschwert die Regulierungsbemühungen der Staaten, weil es als Fluchtburg dient, wenn nationale oder auch internationale Regelungen dem Kapital missfallen. Es zersetzt auch mehr und mehr die reale „Onshore-Wirtschaft“. Die Offshorewelt ist die von Piraten, die die Festländer erpressen. Dazu gibt es viele Instrumente:

Ein Unternehmen nimmt z. B. einen Offshore-Kredit auf, die

Kosten dafür mindern im Inland die Steuern. Private Equity Firmen gelingt es so, Unternehmensübernahmen mit Kredit zu finanzieren, die Schulden den übernommenen Opfern aufzubürden und die Gewinne aus der Finanzierung offshore und anonym zu kassieren – im Fachjargon ein „leveraged buyout“ (eine mit Fremdkapital gehebelte Firmenübernahme).

Fast 90 Prozent aller internationalen Kredite werden von Offshore-Banken vergeben. Sie sind das, was in der öffentlichen Diskussion immer ehrfurchtsvoll mit „Die Märkte“ umschrieben wird. Alle Welt zittert vor ihnen. Unsere Politiker und ihre Berater bekunden immer wieder untertänig, dass wir diese „Märkte“ nicht verunsichern dürfen.

„Die Nabe dieses globalen Finanzkarussells ist die City of London. Hier werden die finanziellen „Massenvernichtungswaffen“ konstruiert, mit denen sich der Finanzsektor in der Krise die ausgebluteten Staaten untertan macht.“

Ein weiteres Instrument ist das sogenannte „re-invoicing“: Ein Händler in der City kauft Öl für 250 Millionen Dollar, z. B. aus Angola. Der angolanische Geschäftspartner berechnet dafür aber 300 Millionen Dollar und leitet 50 Millionen auf ein offshore verwaltetes Privatkonto. Global Financial Integrity schätzt, dass Entwicklungsländern durch re-invoicing jährlich etwa 100 Milliarden Dollar an die offshore-Welt verloren gehen. Es wird geschätzt, dass auf jeden Dollar ausländischer Entwicklungshilfe zehn Dollar illegal in Offshore-Finanzzentren abfließen.[23]

Der erste Schritt dieser Plünderung: Die Banken der City of London geben Entwicklungsländern Kredite in einer Größenordnung, die sie mit einer wenig entwickelten Infrastruktur gar nicht aufnehmen können. Der zweite Schritt: Die Experten der City zeigen den Führern dieser Länder, wie sie den Reichtum auf ihre privaten Offshore-Konten schmuggeln können. Der dritte Schritt: Die City veranlasst den Internationalen Währungsfonds die Staaten zu zwingen, die Schulden auch zu bedienen.[24]

Massenvernichtungswaffen

Ein Kredit ist immer mit einem Risiko behaftet. Wenn der Schuldner nicht mehr zahlen kann, bekommt der Gläubiger, der an den Schuldner geglaubt hat, sein Geld nicht zurück. Dieses Risiko haben die Finanzvirtuosen hinwegkonstruiert: Sie haben Kreditausfallversicherungen erfunden, sogenannte „Credit Default Swaps“ (CDS). Ein Kreditgeber wird von der Versicherung entschädigt, wenn sein Schuldner nicht zahlen kann.

Diese CDS können aber auch von Leuten abgeschlossen werden, die gar keinen Kredit gegeben haben und einfach nur auf die Pleite einer Person, einer Firma oder eines Staates wetten wollen. Wenn diese Pleite kommt, werden sie bezahlt, auch wenn sie nichts verloren haben. Solche Papiere sind Brandbeschleuniger. Sie wirken so wie eine Feuerversicherung, die jemand auf das Haus seines Nachbarn abschließt. Wenn er dann das Haus anzündet und sich nicht erwischen lässt, kassiert er die Versicherungsprämie.

Die Credit Default Swaps gehören zu den sogenannten Kreditderivaten. Ein Derivat (von lat. „derivare“ – ableiten) ist ein Finanzprodukt, dessen Preis vom Preis anderer Finanzprodukte abhängt. Wenn ich eine Tonne Weizen kaufe und warte bis der Preis um zehn Prozent gestiegen ist, habe ich zehn Prozent verdient. Wenn ich mit einem Derivat auf den Preisanstieg des Weizens wette, kann ich meinen Wetteinsatz vervielfachen, obwohl ich gar keinen Weizen habe. Viele solcher Wetten führen irgendwie dazu, dass der Weizenpreis tatsächlich

200 Euro Gedenkmünze, 2002 (Public Domain)

steigt. Im Jahr 2008 – dem Jahr mit der höchsten Weizenernte seit Menschengedenken – hat er sich verfünffacht. Viele Millionen Menschen sind den Hungertod gestorben. Es war ein Massenmord.

2011 hat die Wirtschaftsleistung der ganzen Welt 70 Billionen Dollar betragen. Über die Hälfte dieses Handels ist schon vor zehn Jahren auf dem Papier über Steueroasen abgewickelt worden. Inzwischen ist dieser Anteil wohl weiter gestiegen. Die Gewinne fallen so in den Steueroasen an.[25] Auf dem Markt für Derivate sind 2011 aber 708 Billionen Dollar umgesetzt worden – mehr als das zehnfache. Dieser Markt wird von internationalen Bankgeschäften und Anleiheemissionen gespeist, die zu 85 Prozent „offshore“ abgewickelt werden.[26]

Die Nabe dieses globalen Finanzkarussells ist die City of London. Hier werden die finanziellen „Massenvernichtungswaffen“ konstruiert, mit denen sich der Finanzsektor in der Krise die ausgebluteten Staaten untertan macht. Bei einem Treffen des Wirtschaftsausschusses der Vereinten Nationen am 14. September 1994 hat David Rockefeller die Strategie offenbart: „Alles was wir brauchen, ist eine richtig große Krise.“[27]

Der Krieg gegen den Euro

Diese Krise soll den Euro treffen, denn der wird dem Euro-Dollar-Markt – der Währung, mit der die City of London unbegrenzte Kredite vergibt – bereits gefährlich: 40 Prozent der weltweiten Transaktionen werden in Dollar abgewickelt und 20 Prozent in Euro. Als der Irak auf Euro umsteigen wollte, ist er bombardiert worden. Als Libyen auf Euro umsteigen wollte, ist es bombardiert worden. Großbritannien war jedes Mal an vorderster Front dabei.

In Griechenland geht es auch ohne Bomben – die Methoden sind verfeinert worden. Die öffentliche Pro-Kopf-Verschuldung eines Griechen ist 30.000 Dollar, die eines Amerikaners 200.000 Dollar. Und die Gesamtverschuldung pro Kopf der Bevölkerung ist in Großbritannien die höchste der Welt.

Griechenland ist aber möglicherweise ähnlich ölreich wie Libyen und wird seit dem 11.11.11 von Lucas Papademos regiert. Sein Vorgänger George Papandreou wollte noch das Volk fragen, ob er dem Diktat der „Internationalen Gemeinschaft“ zustimmen soll. Aufgrund dieser Idee hat ihn die „Internationale Gemeinschaft“ innerhalb weniger Tage zum Rücktritt gezwungen. Er hätte den Finanzsektor fragen müssen.

Die neuen Kolonialherren in den Finanzzentren zwingen Griechenland gerade zu umfassenden Privatisierungen. Die Akropolis zum Schleuderpreis? In jedem Fall die Infrastruktur des Landes, Häfen, Telekommunikationsnetze, Verkehrsysteme, viele Inseln und – die Ölgründe im Mittelmeer. Sie werden bald in den Händen angelsächsischer Konzerne sein.

Als Premier Mohammad Mossadegh die Ölreichtümer des Iran für sein Volk haben wollte, ist er gestürzt worden. Der Schah von Persien hat das Tauschgeschäft mit den britisch-amerikanischen Ölkonzernen und ihren Geheimdiensten gemacht: den Thron einer Diktatur gegen Öl. Mit solch einem Tauschgeschäft würden Saddam Hussein und Muammar al-Gaddafi noch leben und ihre Länder regieren. Sehr ähnlich war das Tauschgeschäft der sieben Herren von Je-

Publiziert: 25.06.2015 (15:19), Aktualisiert: 14.07.2015 (07.13) von Wolfgang Berger, Original: www.wissensmanufaktur.net/city-of-london

kyll Island mit Woodrow Wilson: Das Präsidentenamt gegen eine private Zentralbank.

ESM – Ermächtigungsgesetz für einen Staatsstreich der Mafia

„There are two ways to conquer and enslave a nation," hat Adam Smith vor 250 Jahren gesagt: „One is by sword, the other is by debt" (Es gibt zwei Wege eine Nation zu erobern und zu versklaven. Der eine ist durch das Schwert, der andere durch Verschuldung). Bei Griechenland ist der zweite Weg gewählt worden.

Aber es geht nicht um Griechenland: Es geht um die Dollarkredite, welche die City of London vergibt, und die sie nur so lange vergeben kann, wie der Dollar Weltleitwährung ist. Die Verbindungen zwischen der City of London und der Wall Street sind eng. Auch die Wall Street lebt von der Weltleitwährung Dollar. Der Ärmelkanal zwischen dem Pfund Sterling und dem Euro ist breiter als der Atlantik zwischen dem Dollar und dem Pfund Sterling. Die Europäische Zentralbank würde einen Euro-Kreditmarkt der City of London verhindern wollen und zu verhindern wissen. Deshalb muss der Euro zerschossen werden.

Damit nicht nur die Griechen, sondern auch andere Europäer nicht mehr befragt werden können, soll der Europäische Stabilitäts-Mechanismus ESM mit einem Grundkapital von 700 Milliarden Euro die Rettung bringen. Er muss schnell reagieren können. Die Finanzmärkte sind ungeduldig, Demokratie irritiert die Märkte. Deshalb müssen die ESM-Mitglieder jedem Kapitalabruf unwiderruflich und bedingungslos innerhalb von sieben Tagen nachkommen.[28]

Die Herrschaft des Finanzsektors über die Dollarwelt wird auf diesem Wege auf die Eurozone ausgedehnt: Der ESM soll gerichtliche Immunität genießen, seine Räumlichkeiten, Finanzwerte und Vermögensmittel sind unverletzlich, sein Personal kann vor keinem Gericht belangt werden. Er soll die „City of London der Eurozone" werden. Aber es ist ein Verein, aus dem seine Mitglieder nicht mehr austreten können, dem also die Staaten und ihre Regierungen unterworfen sind. Wer einmal bei der Mafia ist, kann – wenn ihm sein Leben lieb ist – auch nicht mehr austreten.

So erfüllt sich Adam Smith's Vorhersage. Die City of London vollendet das, was der königlichen Marine nicht gelingen konnte: Die Unterwerfung der Welt durch Verschuldung.

Quellen:

[1] **Peter Dale Scott,** L'État profond américain: la finance, le pétrole et la guerre perpétuelle (Éditions Demi-Lune, Plogastel-Saint-Germain, 2015), p.1.

1. Reginald R. Sharpe, London and the Kingdom, Vol. 3, London 1895, S. 151

2. Ellen Hodgson Brown, The Web of Debt. The Shocking Truth about our Money System and How We Can Break Free, Third Milleneum Press, Baton Rouge, 2007, S. 42

3. So berichtet der Historiker Niall Ferguson in „Die Geschichte der Rothschilds. Propheten des Geldes", München-Stuttgart 2002, S. 37.

4. John Sherman (1823 – 1900) war sowohl Finanz- als auch Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika. Er hat mehrfach vergeblich versucht ihr Präsident zu werden.

5. Zitiert nach William Guy Carr (1895 – 1959, Kommandeur der kanadischen Marine im 1. und im 2. Weltkrieg), „Pawns in the Game", 1958, Seite 55 – eigene Übersetzung.

6. F. William Engdahl, Century of War: Anglo-American Oil Politics and the New World Order, 1992.

7. G. Edward Griffith, Die Kreatur von Jekyll Island, Jochen Kopp Verlag 2006 (ein voluminöser Bericht von 672 Seiten).

8. Lars Schall, Eine kriminalistische Recherche zu Finanzern, Öl und Drogen, Schild-Verlag 2011, S. 21

9. Verkürzt zitiert nach Joachim Bischoff und Richard Detje, „Die Krise des Euroregimes, in: Zeitschrift Sozialismus, Heft 1/2011, S. 5f.

10. Rico Albrecht, „Steuerboykott – Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht", *<www.wissensmanufaktur.net/media/pdf/steuerboykott.pdf> , S. 20/21*

11. Zitiert nach Sebastian Moll, Die Deppen und das Werk Gottes, in: Frankfurter Rundschau vom 16.03.2012.

12. Gianluigi Nuzzi, Vatikan AG, 2009 (Enthüllungsbuch eines italienischen Journalisten über das Finanzgebaren der Vatikanbank).

13. Lt. Website der City of London Corporation, *<www.cityoflondon.gov.uk>*

14. Nicholas Shaxson, Schatzinseln – Wie Steueroasen di e Demokratie untergraben, Zürich 2011, S. 326f.

15. ibid. S. 333

16. Peter J. Cain and Anthony G. Hopkins, "British Imperialism 1688 – 2000, 2. Auflage 2002.

17. Lt. dem Sozialwissenschaftler David Harvey, zitiert nach Raphael-Maria Grünwald in *<www.compact-magazin.com>, Ausgabe 2/2012.*

18. Gary Burn, The Re-Emergence of Global Finance, London Palgrave, 2006, S. 160.

19. John Davis, „Reforming London: The London Government problem, 1855 – 1900, Oxford 1988, S. 51.

20. Nicholas Shaxson, Schatzinseln, 2011, S. 156.

21. Eric Helleiner, „States and the Reemergence of Global Finance: From Bretton Woods to the 1990s, New York 1996, S. 177.

22. Will Stewart, Londongrad – Russia's Money Laundry, in: Daily Express, 27.08.2010

23. Nicholas Shaxson, Schatzinseln, 2011, S. 200.

24. Jim Henry, „The Blood Bankers", New York 2003.

25. Nach einer Schätzung von Dominique Strauss-Kahn, damals französischer

Finanzminister, zitiert von J. Christensen und M. Hampton in The World Today (Royal Institute of International Affairs), 1999 Vol. 55, Nr. 8/9.

26. Ronen Palan und Christian Chavagneux, Tax Havens: How Globalization Really Works, Ithaca, N. Y. 2010, S. 51 (Die Autoren werten Zahlen der Bank für

Internationalen Zahlungsausgleich – IZ – in Basel aus).

27. Zitiert nach Gerhard Wisnewski, „verheimlicht, vertuscht, vergessen. Was 2011 nicht in der Zeitung stand (2012 – Das andere Jahrbuch), Seite 284.

28. ESM-Vertragsentwurf, Art. 27 und 30

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:

Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org

Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Autor:

Wolfgang Berger

Prof. Dr. Dr. Wolfgang Berger, Ökonom und Philosoph Er hat mehrere Bücher und zahlreiche Fachartikel veröffentlicht und 1997 in den USA das Business Reframing Institut gegründet. Er ist Mitinitiator einer gemeinnützigen Initiative zur Neuordnung unserer Finanzordnung (www.lust-auf-neues-geld.de) und wissenschaftlicher Beirat der Wissensmanufaktur (www.wissensmanufaktur.net).

www.wissensmanufaktur.net

Dieser Text wurde zuerst auf den **wissensmanufaktur.net** unter der URL ‹www.wissensmanufaktur.net/city-of-london› veröffentlicht.

‹http://free21.org/de/node/297›

(Foto: Pixabay / CCo Public Domain)

Der Westen

Garant einer Politik der schiefen Ebene, die uns in tödliche Konflikte stürzt.

Willy Wimmer

Wenn man die Ratio der bisher bekannt gewordenen Bestimmungen über Schiedsgerichte nach dem TTIP-Diktat. das der Europäischen Union durch die USA auferlegt werden soll, für bare Münze nimmt, dann werden europäische Regierungen vor diesen Schiedsgerichten demnächst auf Zustimmung zu Kriegseinsätzen dann verklagt, wenn die Gewinnerwartungen amerikanischer Globalkonzerne ohne diese Kriege nicht umzusetzen sein sollten. Von der Hand zu weisen ist das nicht, wenn man in der Ukraine verfolgt, welche Konzerne sich das Land unter den Nagel reißen und wie die auf Erweiterung des Investments nach Russland gerichtete Zielvorstellung ist. Man kann es drehen und wenden wie man es will. Der Westen, mit den Abhörstaaten der sogenannten „five eyes" als harter Kern im Zentrum ist zu einer Einrichtung verkommen, die offen die globale Kontrolle anstrebt. Es geht für Europa und Deutschland offenkundig nur darum, welchen inneren Anteil sie an der gegenwärtigen und künftigen Beute haben werden.

„Wie sehr dies innerstaatlich in Deutschland zu gravierenden Verwerfungen führt, kann jeder Staatsbürger feststellen, wenn er die Bestimmungen des Grundgesetzes über das Verbot des Angriffskrieges neben das praktische Verhalten einer jeden Bundesregierung seit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien seit dem Frühjahr 1999 hält."

Zu welchen Mittel dabei gegriffen wird, kann jeder in diesen Tagen bestaunen. Mit unverhohlener Häme wird in den führenden Zeitungen unseres Landes zum siebzigsten Geburtstag der Vereinten Nationen darüber geschrieben, wie verächtlich man heutzutage mit dieser Organisation umgehen kann. Erinnern wir uns daran, dass die Vereinten Nationen zum Ende des europäischen Krieges am 26. Juni 1945 aus der Taufe gehoben worden sind, um die Geißel des Krieges aus der Politik zu verbannen. Krieg sollte geächtet werden, wie es die Bestimmungen über den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen präzise und ohne zu fackeln niedergelegt haben. Die Statuten des Nürnberger Gerichtshofes sollten die individuelle Verantwortlichkeit staatlicher Repräsentanten dergestalt festklopfen, dass Ausreden für eigenes Handeln zukünftig nicht mehr möglich sein sollten. Das Statut des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag, der nach mühevollen internationalen Beratungen zum Ende des Weltkriegs-Jahrhunderts aus der Taufe gehoben werden konnte, sollte Nürnberg und seine Prozesse auf Dauer festschreiben. Heute ist es noch der Gerichtshof für afrikanische Potentaten und nichts mehr, seitdem die USA bestimmt haben, dass sie Den Haag in Schutt und Asche legen, sollte jemals ein amerikanischer Verantwortlicher dort vor Gericht gestellt werden. Seit dem Frühjahr 1999 steht der Westen für die Rückkehr des Krieges in die europäische Politik.

„Dann werden europäische Regierungen vor diesen Schiedsgerichten demnächst auf Zustimmung zu Kriegseinsätzen dann verklagt, wenn die Gewinnerwartungen amerikanischer Globalkonzerne ohne diese Kriege nicht umzusetzen sein sollten."

Auf diesen Umstand hat vor wenigen Tagen in einer bemerkenswerten Stellungnahme Botschafter a.D. Dr. Frank Elbe, Genschers Mann fürs Kluge, aufmerksam gemacht. Dadurch, dass sich die USA außerhalb einer zentralen internationalen Rechtsordnung stellen, nehmen sie sich nicht nur etwas heraus, das über das Überleben der Menschheit entscheiden wird. Durch ihre Politik in unterschiedlichen Bündnissen sind sie ursächlich dafür, dass verbündete Regierungen sich an dem Völkerrechts-feindlichen Verhalten der amerikanischen Regierung beteiligen und dem Weg nach Den Haag nur dadurch entkommen können, dass sie sich auf Dauer an einem in zwingend erforderlichen siegreichen Vorgehen der USA beteiligen.

Wie sehr dies innerstaatlich in Deutschland zu gravierenden Verwerfungen führt, kann jeder Staatsbürger feststellen, wenn er die Bestimmungen des Grundgesetzes über das Verbot des Angriffskrieges neben das praktische Verhalten einer jeden Bundesregierung seit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien seit dem Frühjahr 1999 hält. Gerade unter diesen Umständen sollte sich unser Land an einen alten Satz, ebenfalls aus Nürnberg, erinnern. Mitgefangen bedeutet mitgehangen, so ist diese alte deutsche Spruchweisheit eben. Nach dem jetzigen Stand der völ-

Publiziert: 15.06.2015 (09:00), aktualisiert: 30.06.2015 (09:00) von Willi Wimmer, Original: http://www.nachdenkseiten.de/?p=26528

kerrechtlichen Entwicklung und der kriegerischen Politik des Westens in anderen Teilen der Welt und neuerdings wieder in Europa, liegt es nicht fern, den gesamten Westen als „Völkerrechts-kriminelle Organisation“ zu bezeichnen, da der Westen sich nicht gegen Entwicklungen auf globaler Ebene verteidigen muss, sondern die Gefahrenpotentiale in Summe selbst hervorbringt. Wenn in diesen Tagen Oskar Lafontaine auf diesen Umstand dadurch hinweist, dass er im Sprachgebrauch einer amerikanischen Spitzenbeamtin auf den „US-amerikanischen Imperialismus“ hinweist, jault die deutsche Presse unisono auf, als hätte sie die Gehirnwäsche erfolgreich absolviert. Oskar Lafontaine gehört vielleicht zu denen, die sich nichts lieber vorstellen würden als eine auf allseits akzeptierten Normen beruhende Zusammenarbeit mit eben diesen USA.

Können die Gewinnerwartungen amerikanischer Globalkonzerne sich auch ohne Kriege umzusetzen? (Foto: U.S. Air Force photo/Master Sgt. Mitch Gettle /Gemeinfrei)

Das nassforsche Verhalten deutscher Generale bei NATO-Übungen an der russischen Grenze macht deutlich, was den Deutschen und anderen Europäern droht, wenn ihre Streitkräfte über militärtechnische Tricks den eigenen Parlamenten und damit Regierungen entzogen werden und auf amerikanischen Befehl hin verlegt werden. Fünfundzwanzig Jahre nach der sowjetischen und damit russischen Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung muss man sich in Moskau Töne aus dem deutschen Militär anhören, die weniger an diesen glücklichen Umstand in der deutschen Geschichte erinnern als an Ereignisse aus der Zeit, an die man jüngst noch mit feierlichen Gedenkveranstaltungen zum Ende des zweiten Weltkrieges gedacht hatte. Wie geschichtsvergessen muss man in Deutschland eigentlich sein, um so etwas aus den eigenen Reihen hinnehmen zu sollen?

Aber es sind nicht die Tagesereignisse, die uns aus der Bahn werfen. Dr. Peter Gauweiler hat am 4. Juni 2014 in einem großen Vortrag vor den Absolventen der Bundeswehr-Universität in Hamburg auf die Bestimmungen des Grundgesetzes in Zusammenhang mit den deutschen Streitkräften hingewiesen, wie die Verfassungsgeber sie gemeint hatten und wie die Grundlage der Parlamentsentscheidungen gewesen ist. Es ging nicht um deutsche militärische Beiträge zu internationalen Bündnissystemen, die man – wie bei der NATO – heute mit Fug und Recht nicht als System kollektiver Sicherheit bezeichnen kann, sondern als verbrämte Instrumente globaler Aggression. Deutschland wollte einem derartigen Sicherheitssystem, so Dr. Peter Gauweiler, beitreten, statt eine eigene Armee aufstellen zu wollen. Es ist abzusehen, dass das vom Bundesverfassungsgericht seit dem Adria-Urteil des Jahres 1994 vorgesehenen Vehikel deutscher Kontingente für NATO-Operationen im globalen Rahmen einer Überprüfung des Bundesverfassungsgerichtes im Lichte der Pension-Erkenntnisse ehemaliger Verfassungsrichter nicht überstehen würde.

> *„Das nassforsche Verhalten deutscher Generale bei NATO-Übungen an der russischen Grenze macht deutlich, was den Deutschen und anderen Europäern droht, wenn ihre Streitkräfte über militärtechnische Tricks den eigenen Parlamenten und damit Regierungen entzogen werden und auf amerikanischen Befehl hin verlegt werden.“*

Um die Politik der US-bestimmten „schiefen Ebene“ mitmachen zu können, wird nicht nur unser Grundgesetz in die Ecke gestellt. Auch die Zustimmung des Deutschen Bundestag zur NATO als einem Verteidigungsbündnis wird durch die praktische Politik ad absurdum geführt, und übrigens wird damit über kurz oder lang der Präsenz ausländischer Streitkräfte zu anderen als Verteidigungszwecken auf deutschem Boden jede Berechtigung entzogen. Oder dient das durch nichts gerechtfertigte Verhalten des Westens gegenüber der Russischen Föderation genau dazu, die durch nichts gerechtfertigte Präsenz ausländischer Streitkräfte zu anderen als Verteidigungszwecken zu legitimieren?

Autor:

Willy Wimmer

war 30 Jahre lang CDU-Abgeordneter im Deutschen Bundestag und Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium.

Dieser Text wurde zuerst auf den **nachdenkseiten.de** unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=26528› veröffentlicht (CC BY-NC-ND 2.0 DE)

‹http://free21.org/de/node/289›

Geleaktes CIA-Dokument belegt Kriegspropaganda

Mittels Propaganda in den Krieg – Jens Wernicke sprach mit Prof. Jörg Becker über Hitlervergleiche, Auschwitzmetaphern und Frauensolidarität als massenpsychologische Instrumente zur Erhöhung der Kriegsbereitschaft.

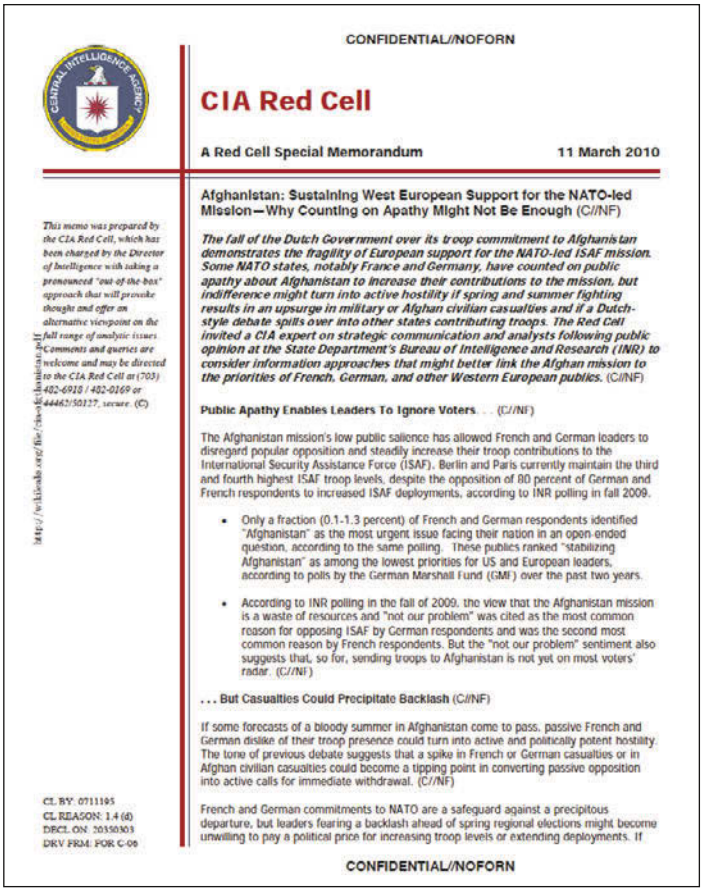
von Jens Wernicke

Jens Wernicke sprach mit Prof. Jörg Becker über Hitlervergleiche, Auschwitzmetaphern und Frauensolidarität als massenpsychologische Instrumente zur Erhöhung der Kriegsbereitschaft.

JENS WERNICKE: *Prof. Becker, Sie beschäftigen sich seit langem mit der Erforschung von Kriegspropaganda, also sozusagen „Spins" und Manipulationen. Inzwischen scheint es evident zu sein, dass viele Kriege der letzten Jahre und Jahrzehnte auch und vor allem deswegen als „Kampf gegen einen jeweils „neuen Hitler" oder wahlweise „das Entstehen einer faschistischen Diktatur" inszeniert wurden, um damit Pazifisten und Linke dazu zu bringen, diesen Kriegen zuzustimmen.*

JÖRG BECKER: Bei Ihren Eingangsüberlegungen möchte ich zwei Subthemen aufgreifen und dazu einige Hinweise geben.

Zunächst zur Rolle der Linken: In der Tat wissen wir seit Langem, dass linke und linksliberale Kräfte in Europa schon immer im Visier des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA standen. Und zwar nicht nur als Verfolgte und Opfer - wie beispielsweise die linken Schriftsteller Bertolt Brecht und Graham Greene -, sondern außerdem auch als unfreiwillig-freiwillige Partner. Die Details dieser stets antikommunistischen Kooperation zwischen CIA und schmuddeligen Edellinken kann man gut in dem ausgezeichneten Buch „Wer die Zeche zahlt. CIA und die Kultur im Kalten Krieg" von Frances Stonor Saunders nachlesen. Und es gibt viele



CONFIDENTIAL//NOFORN

CIA Red Cell

A Red Cell Special Memorandum — 11 March 2010

Afghanistan: Sustaining West European Support for the NATO-led Mission—Why Counting on Apathy Might Not Be Enough (C//NF)

The fall of the Dutch Government over its troop commitment to Afghanistan demonstrates the fragility of European support for the NATO-led ISAF mission. Some NATO states, notably France and Germany, have counted on public apathy about Afghanistan to increase their contributions to the mission, but indifference might turn into active hostility if spring and summer fighting results in an upsurge in military or Afghan civilian casualties and if a Dutch-style debate spills over into other states contributing troops. The Red Cell invited a CIA expert on strategic communication and analysts following public opinion at the State Department's Bureau of Intelligence and Research (INR) to consider information approaches that might better link the Afghan mission to the priorities of French, German, and other Western European publics. (C//NF)

This memo was prepared by the CIA Red Cell, which has been charged by the Director of Intelligence with taking a pronounced "out-of-the-box" approach that will provoke thought and offer an alternative viewpoint on the full range of analytic issues. Comments and queries are welcome and may be directed to the CIA Red Cell at (703) 482-6918 / 482-0169 or 44482/50127, secure. (C)

Public Apathy Enables Leaders To Ignore Voters . . . (C//NF)

The Afghanistan mission's low public salience has allowed French and German leaders to disregard popular opposition and steadily increase their troop contributions to the International Security Assistance Force (ISAF). Berlin and Paris currently maintain the third and fourth highest ISAF troop levels, despite the opposition of 80 percent of German and French respondents to increased ISAF deployments, according to INR polling in fall 2009.

- Only a fraction (0.1-1.3 percent) of French and German respondents identified "Afghanistan" as the most urgent issue facing their nation in an open-ended question, according to the same polling. These publics ranked "stabilizing Afghanistan" as among the lowest priorities for US and European leaders, according to polls by the German Marshall Fund (GMF) over the past two years.
- According to INR polling in the fall of 2009, the view that the Afghanistan mission is a waste of resources and "not our problem" was cited as the most common reason for opposing ISAF by German respondents and was the second most common reason by French respondents. But the "not our problem" sentiment also suggests that, so far, sending troops to Afghanistan is not yet on most voters' radar. (C//NF)

. . . But Casualties Could Precipitate Backlash (C//NF)

If some forecasts of a bloody summer in Afghanistan come to pass, passive French and German dislike of their troop presence could turn into active and politically potent hostility. The tone of previous debate suggests that a spike in French or German casualties or in Afghan civilian casualties could become a tipping point in converting passive opposition into active calls for immediate withdrawal. (C//NF)

French and German commitments to NATO are a safeguard against a precipitous departure, but leaders fearing a backlash ahead of spring regional elections might become unwilling to pay a political price for increasing troop levels or extending deployments. If

CL BY: 0711195
CL REASON: 1.4 (d)
DECL ON: 20350303
DRV FRM: FOR C-06

CONFIDENTIAL//NOFORN

Ansicht der ersten Seite des geleakten CIA-Dokumentes.

Beispiele für eine Kooperation gerade von Trotzkisten mit der CIA.

Das nächste Subthema Ihrer Frage betrifft die Chiffren „Hitler" und „Auschwitz" und ihre propagandistische Verwendung in westlichen Massenmedien, um Kriege gegen unbotmäßige Länder zu legitimieren. Nach 1945 waren diese Chiffren noch bis in die sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts tabu. Das Thema „Auschwitz" tauchte dann zum ersten Mal im Biafrakrieg von 1967/1970 auf, und zwar – nicht zufällig – in Pressematerial der antikommunistischen und konservativen NGO „Gesellschaft für bedrohte Völker".

Wiedergänger Hitler und das „neue Auschwitz"

Und „Hitler" als Wiedergänger schlimmer Diktatoren tauchte in der Presse dann sowohl im Irakkrieg von 1991 als auch im NATO-Krieg gegen Serbien von 1998 auf; Saddam Hussein und Slobodan Milošević wurden dabei jeweils als neuer „Adolf Hitler" inszeniert. „Auschwitz" schließlich wurde erneut im Bosnienkrieg von 1992 bis 1995 äußerst medienwirksam eingesetzt, um die Serben zu verteufeln. In meinem Buch „Operation Balkan" lässt sich übrigens gut nachlesen, dass der Medieneinsatz der Auschwitzmetapher im Bosnienkrieg im Sommer 1992 auf einen dementsprechenden Auftrag der bosnischen Regierung an eine US-amerikanische PR-Agentur zurückging. Sie wurde überhaupt nur aus Propagandazwecken und zur Kriegslegitimation in den weltweiten Diskurs eingestreut. Ein „neues Auschwitz" gab es nie; gleichwohl brauchte man diese Lüge, um die internationale Linke – zumindest in Teilen – moralisch zu überwältigen.

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ist es besonders furchtbar, dass solche Ultima-Ratio-Argumente massenpsychologisch „wunderbar" wirken...

Frauen als ideale Botschafter, um für den Kampf zu mobilisieren

JENS WERNICKE: *Und nun belegt ein vor einiger Zeit von Wikileaks veröffentlichtes CIA-Papier, dass offenbar auch bei der Geschlechterfrage massenpsychologisch für Krieg agitiert wurde und wohl nach wie vor wird. Wie beurteilen Sie Papier und Inhalte?*

JÖRG BECKER: Auch bei diesem Papier möchte ich auf verschiedene Aspekte eingehen. Nochmals und zuerst zur Rolle der CIA, denn wir lernen ja aus diesem Paper, dass sich die CIA aktiv an Kriegspropaganda beteiligt. Das wirft zum Beispiel die Frage auf, ob die CIA das nach ihren eigenen Statuten ei-

Publiziert: 06.07.2015 (12:33), aktualisiert 06.07.2015 (12:33) von Jens Wernicke - Original: ‹http://www.heise.de/tp/artikel/45/45221/1.html›

gentlich darf und sich stattdessen Aufgaben des Pentagon anmaßt. Da wir aber nun aus der internationalen Drohnendebatte außerdem wissen, dass Drohnen gegen Afghanistan ebenfalls von der CIA und nicht von US-Militärs abgeschossen werden, stellen sich nicht nur nationale, sondern auch internationale Rechtsfragen. Ist es völkerrechtlich zulässig, wenn sich ein Auslandsgeheimdienst in einen internationalen Kriegsakteur verwandelt? Und was sagen zu dieser aktiven Kriegsrolle der CIA eigentlich US-Kongress und US-Senat, die eigentlich eine Kriegsführung der USA parlamentarisch absegnen müssen?

Inhaltlich, da haben Sie vollkommen recht, steht in diesem CIA-Papier vom 26. März 2010 die Frauenfrage und die Instrumentalisierung derselben zur Erhöhung der Kriegsbereitschaft der Bevölkerung im Vordergrund. Der entscheidende Paragraf heißt dabei in deutscher Übersetzung:

> „Die afghanischen Frauen sind der ideale Botschafter, um den Kampf der ISAF-Truppen gegen die Taliban human erscheinen zu lassen. Denn gerade Frauen können glaubwürdig über ihre Erfahrungen unter den Taliban, ihre Zukunftsträume und ihre Ängste bei einem Sieg der Taliban sprechen. Wir brauchen reichweitenstarke Medien, in denen afghanische Frauen ihre Erfahrungen mit französischen, deutschen und anderen europäischen Frauen teilen können, damit gerade die bei europäischen Frauen stark vorhandene Skepsis gegen die ISAF-Mission abgebaut werden kann. Nach Umfrageergebnissen des Bureau of Intelligence and Research (INR) der CIA vom Herbst 2009 unterstützten 8 Prozent der befragten französischen und 22 Prozent der befragten deutschen Frauen den Afghanistankrieg weniger als ihre jeweils befragten männlichen Landsleute. Am effektivsten sind wahrscheinlich solche Medienevents, in denen afghanische Frauen von ihrer Situation Zeugnis ablegen. Am besten in den Rundfunkmedien, die einen besonders hohen Frauenanteil bei ihrer Zuhörerschaft haben."

Es wird also mittels der geschickten Adressierung weiblicher Solidarität dafür geworben, ganze Länder mit Kriegen zu überziehen; dass das dann Männern und Frauen schadet und nicht nützt – darüber verlieren die Massenpsychologen selbstredend kein Wort. Sie dürfen jedoch davon ausgehen, dass es etwa im Irak keiner Frau heute besser als vor dem Krieg dort geht. Wohl eher im Gegenteil.

JENS WERNICKE: *Wird „die Frauenfrage" denn häufiger propagandistisch missbraucht?*

JÖRG BECKER: Aber sicher. Denken Sie nur einmal an die Nazi-Propaganda. Wie man recht gut an den abertausend Propagandafotos von Hitlers Leibfotograf Heinrich Hoffmann sehen kann, gibt es eine Unmasse Fotos, die Hitler im Kreis ihn bejubelnder junger Mädchen zeigt, ganz zu schweigen davon, dass Hitler sich auch in seinem Privatleben sehr gerne mit jungen Frauen umgab, wie Eva Braun, die er als 17-jährige Angestellte von Hoffmann 1929 in dessen Laden kennen gelernt hatte oder seine Nichte Geli Raubal, deren Vormund er 1923 geworden war, als diese 15 Jahre alt war und mit der er ab 1929 in einem gemeinsamen Haus in München wohnte. Mädchen und Politiker – das war stets einer der wichtigsten Propagandabausteine der Nazis. Und diese Nazi-Mädchen waren stets jung, hübsch, freudestrahlend, selbstbewusst und modern. Sie standen für Fortschritt und Zukunft.

„Mörderische Allianz von NATO und westlichem Feminismus"

JENS WERNICKE: *Doch warum spielt die Frauenfrage nun gerade in der Berichterstattung über den Afghanistankrieg eine so herausragende wie spezifische Rolle?*

JÖRG BECKER: Nun, ich unterscheide dabei drei Ebenen: Da gibt es zunächst einmal eine anti-muslimisch-feministische Ebene, dann die der Verquickung der Frauenfrage mit der Kriegsberichterstattung und schließlich jene der generellen Veränderung des feministischen Diskurses in den letzten Dekaden. Ich will diese drei Ebenen nur kurz referieren – ausführlich habe ich sie in meinem Buch „Medien im Krieg – Krieg in den Medien" thematisiert, das jetzt im September erscheinen wird. Also, der Reihe nach.

Sehr deutlich lässt sich Samuel Huntingtons intellektuell erbärmlich schlechte Schrift „Der Kampf der Kulturen" von 1996 als wichtige US-Kampfansage an den gesamten Islam begreifen. Da der Islam nicht reformfähig und insofern ein Modernisierungshindernis darstelle, gelte es, alle islamischen Länder radikal zu destabilisieren, siehe Afghanistan, Irak, Syrien oder Libyen. In diesem aggressiven Kampf der USA um eine globale Modernisierung nach westlichem Vorbild spielt die Frauenfrage eine herausragende Rolle. Es entwickelt sich eine mörderische Allianz von NATO und westlichem Feminismus. In Deutschland verkörpert diese Allianz am meisten die Vorzeigefeministin und Islamhasserin Alice Schwarzer, etwa mit ihrem unsäglich dümmlichen Buch „Die Gotteskrieger und die falsche Toleranz". Vorausgegangen war dieser islamophoben Hasstirade von Alice Schwarzer und ihrer Schwester im Geiste, der italienischen Feministin Oriana Fallaci und deren anti-islamischer Streitschrift „Die Wut und der Stolz" ein anti-islamisches Buch mit den Namen „Nicht ohne meine Tochter" von Betty Mahmoody, das in Deutschland zu dem Taschenbuch wurde, das eine der höchsten Auflagen überhaupt nach 1945 erreichte, gepaart mit vielen ähnlichen Buchtiteln in dem der Deutschen Bischofskonferenz gehörenden Weltbild-Verlag. Der westliche Feminismus war hierdurch mehr und mehr zu einem verlässlichen Verbündeten der NATO geworden. Alle weltweit lebenden 800 Millionen muslimischen Frauen werden in diesen Büchern viktimisiert. Und zur Befreiung von Opfern, die nicht selbständig denken und handeln können und dürfen und die von ihren Männern wie Sklaven gehalten werden, ist ein Befreiungskrieg nun einmal gerechtfertigt. Weitere Feministinnen wie die Niederländerin Ayaan Hirsi Ali und die Deutsch-Türkin Necla Kelek wurden zu nützlichen Idiotinnen dieses imperialistisch-feministischen Diskurses.

Foto: Sammelbilderalbum „Adolf Hitler"

Der Bildtopos, dass „Mädchen ihren Befreiern und Führern dankbar zu sein haben" lässt sich sowohl in der Nazi-Zeit als auch jetzt in Afghanistan finden. Aus der Nazi-Zeit passt dazu gut ein Foto aus dem in Millionenauflage erschienenen Reemtsma-Zigaretten Sammelbilderalbum „Adolf Hitler", dessen Fotos nur von Heinrich Hoffmann sein durften. Wie dankbar, ein wenig scheu lächelnd, wie gut gekämmt, guckt das junge Mädchen direkt in die Kamera, mehr als glücklich, ein Autogramm mit Führerfoto vom „Führer" und ein gemeinsames Foto von sich und ihm ergattert zu haben.

Zu diesem Nazi-Foto passt ein Foto mit drei jungen afghanischen Mädchen von 2008: Finanziert mit Mitteln von Rotary-Clubs aus den USA wurde in Afghanistan eine Privatschule für

Mädchen in der Nähe von Kabul gegründet. Zusammen mit ihrer Schuldirektorin strahlen diese drei Mädchen einer freudigen, glücklichen westlichen Zukunft entgegen - die bösen, bärtigen Taliban hingegen hat man vom Bild verbannt. Dieses US-amerikanische Foto setzt die Mediendirektive der CIA exzellent um!

Ganz sicherlich kann auch die Situation muslimischer Frauen verbessert werden - wie die jeder anderen Klasse, Schicht und Gruppe auch -, doch entscheidend ist dabei die Frage, welche Rolle muslimische Frauen selbst hierbei einnehmen. Ich möchte an dieser Stelle nur kurz daran erinnern, dass sich bereits auf der Zweiten UN-Weltfrauenkonferenz von 1980 in Kopenhagen Frauen aus der Dritten Welt jegliche Belehrungen durch westliche Feministinnen heftig verbaten! Derlei Einmischungen in de facto fremde Welten – das wollen westliche Feministinnen zwar nicht hören, es ist aber so: Sie sind übergriffig, kolonialistisch und zudem für die Ideologie fast eines jeden „Befreiungskrieges" anschlussfähig, weshalb ja auch geschieht, was aktuell zu beobachten ist.

Die andere Seite desselben Problems wird beleuchtet, wenn man einmal folgenden Fragen nachgeht: Warum berichten unsere Medien eigentlich nie über die sehr geistreichen und eigenständigen Gruppierungen eines islamischen Feminismus wie etwa den Blog „Nafisa – Frauen, Gesellschaft, Islam" www.nafisa.de, das Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen in Köln, Studentinnen der türban-Bewegung in der Türkei oder die deutsch-türkische Bloggerin Kübra Gümüsay? Warum nehmen deutsche Medien keine Kenntnis von den Arbeiten der türkischen Soziologin Nilüfer Göle, die weitgehend auch ins Deutsche übersetzt wurden, die luzide zeigen kann, dass das Tragen eines Kopftuches in der Türkei nicht automatisch als ein Signal für das Vordringen der Islam in den öffentlichen Raum verstanden werden muss, sondern gleichzeitig auch für eine Emanzipation der Frau stehen kann?

Foto: rotary.org

Im Übrigen spielt die Islamfrage inzwischen auch beim Medienbild der Soldatin selbst eine nicht unbedeutende Rolle: Da gibt es Bilder von iranischen Soldatinnen, die – von unten fotografiert – angsterregend und entweiblicht aussehen; und da wird al-Gaddafi im Libyenkrieg der Vorwurf angehängt, er habe an seine Soldaten Viagra verteilt. Man kennt dieses Bild bereits seit der schwülen Orientalismusmode Ende des 19. Jahrhunderts: der Araber als notgeiler Dauervergewaltiger! Die US-amerikanische UN-Botschafterin Susan Rice wiederholte diesen Vorwurf bei ihrer Rede im UN-Sicherheitsrat im März 2011 und im Juni 2011 war sich dann Luis Moreno Ocampo, Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, nicht zu blöde, diesen Medienvorwurf sogar in den Haftbefehl gegen al-Gaddafi zu übernehmen. Es macht solche Medienlügen dabei leider nicht besser, dass sie mit zeitlicher Verzögerung oftmals als solche entlarvt werden, wie dies in diesem Fall etwa durch einen Report von Amnesty International geschah.

Fakt ist und bleibt jedenfalls: Vieles von dem, was uns hier als Mediennutzer angeboten wird, ist verlogen, verdreht – oder bedient primär Vorurteile, Stereotype, Klischees. Und das in aller Regel interessengeleitet; vom Himmel fällt so etwas nicht.

JENS WERNICKE: *Nun haben Sie aber einen großen Bogen gespannt und ich möchte doch gerne auf die der Rolle von Frauen in der gegenwärtigen Kriegsberichterstattung zurückkommen…*

JÖRG BECKER: Okay, ich verstehe Ihre Ungeduld, die Viktimisierung von 800 Millionen muslimischer Frauen ist allerdings ein essentieller Bestandteil der gegenwärtigen Kriegs- und Propagandaschlacht der westlichen Medien. Und die geheime CIA-Mitteilung vom März 2010 zeigt ja genau das mehr als deutlich auf.

Zur Ihrem Punkt zurück: Ja, der Missbrauch von jungen Mädchen in der politischen Propaganda ist nicht nur bei den Nazis zu finden, sondern zieht sich vielmehr als eine Art basso continuo durch alle Kriege der letzten Jahre hindurch. Lassen Sie mich das anhand einiger Beispiele belegen.

Zu erinnern ist hier erstens an den durch die PR-Firma Hill & Knowlton arrangierten Auftritt des 15-jährigen Mädchens Nayirah 1990 vor dem US-Kongress, die weinend von der Brutalität irakischer Soldaten in einer Säuglingsstation in einer kuwaitischen Klinik berichtete, sich später jedoch als Tochter des kuwaitischen Botschafters entpuppte, die derlei Geschehnisse niemals zu sehen bekam. Zweitens an das antiserbische Tagebuch des kroatischen Mädchens Zlata Filipović im Bosnienkrieg von 1991 bis 1993, dessen Publikation von der UNICEF gesponsert wurde, und drittens an die im Irakkrieg entführte US-amerikanische Soldatin Jessica Lynch. Zu denken ist viertens auch an die im Gefängnis von Abu Ghraib in Bagdad stationierte US-Militärpolizistin Lynndie England und fünftens auch an die am 20. Juni 2009 bei Unruhen in Teheran ermordete Neda Soltan, von der das falsche einer anderen Iranerin um die Welt ging, nämlich das einer Neda Soltani. Sechstens schließlich scheint auch die jugendliche Friedensnobelpreisträgerin von 2014, nämlich das im pakistanischen Bürgerkrieg von Taliban-Terroristen angeschossene fünfzehnjährige Mädchen Malala Yousafzai in ein nur schwer durchschaubares Gespinst westlicher Medienaktivitäten eingebunden gewesen zu sein. Es bleibt unklar, ob ihr Internetblog, der sich für das Recht muslimischer Mädchen einsetzte, Schulen zu besuchen, ihre eigene Idee oder nicht vielmehr eine Auftragsarbeit von BBC-Urdu war. Trotz dieser Unklarheit zu Anfang ihres öffent-

Publiziert: 06.07.2015 (12:33), aktualisiert 06.07.2015 (12:33) von Jens Wernicke - Original: ‹http://www.heise.de/tp/artikel/45/45221/1.html›

lichen Auftretens steht fest, dass Malala in ihrem späteren Leben von dem Londoner PR-Konzern Edelman „an die Hand genommen“ wurde und dass der mächtige Council on Foreign Relations ihre Karriere als junge Vorzeige-Muslima publizistisch stark begleitete.

Berichterstattung zur Rolle der Frau im Krieg

JENS WERNICKE: *Ist es denn aber nicht positiv einzustufen, dass nun auch in Kriegszeiten endlich Frauen gleichberechtigt in den Medien auftauchen? Sei es als Soldatinnen, sei es als engagierte Friedenskämpferinnen oder sei es auch als Opfer von Kriegshandlungen? Wird es nicht höchste Zeit, den Krieg als chauvinistische Männerdomäne endlich zu überwinden?*

JÖRG BECKER: Leider liegt die Sache doch ein wenig komplizierter. Wie viele andere öffentliche Bereiche, so wurde auch der radikale Feminismus aus den siebziger Jahren im Lauf der Zeit pazifiziert. Wir kennen dieses Phänomen der Mit-Mach-Falle, der Einhegung des einst Dissidenten in den konformen Mainstream oder die Übernahme von Innovation eines kleinen Akteurs durch einen großen Akteur seit vielen Jahrzehnten. Durch Zugeständnisse an kleine Dinge wurden aus einem system- und herrschaftskritischen Feminismus schließlich Frauenforschung und Gender-Mainstreaming, es fand sozusagen eine schleichende Sozialdemokratisierung radikaler Patriarchatskritik in Richtung auf ein institutionalisiertes Amt für die Gleichstellung von Frauen und Männern statt.

Eine ähnliche Entwicklung wie der Feminismus selbst nahm die Berichterstattung zur Rolle der Frau im Krieg. Ihr Bild reduziert sich nur auf eine sehr kleine und begrenzte Zahl von Motiven; von Kritik an diesen Darstellungen und erst recht nicht an „weiblichem Morden“ hört man allerdings kaum irgendwas.

Da gibt es die martialische Soldatin, die tougher ist als ihr männliches Pendant, da gibt es viele Soldatinnen mit einem penetranten Dauergrinsen, das verdeutlichen soll, wie schön doch die Arbeit beim Militär sei, und da gibt es ungeheuerlich viele sexuelle Anspielungen. Nun kommt seit kurzem noch Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen dazu mit ihren höchst gekonnten, gut gestylten und fast künstlerisch designten Fotostrecken. Ursulas blonde Lockenmähne im Wind der Hubschrauberrotoren, umringt von mehreren gut aussehenden, muskulösen jungen Männern in Uniform vor der untergehenden Sonne in den wilden Bergen Afghanistans: Das ist PR-Arbeit vom Feinsten! Und es sind solche Werbe-Stereotype, die mit Frausein ebenso wenig zu tun haben, wie das mediale Bild des Soldaten mit Männlichkeit.

Es passt zur PR-Strategie einer Ursula von der Leyen wie die berühmte Faust aufs Auge, wenn sich Feministinnen beim im neutralen Österreich staatlich finanzierten Dritte-Welt-Journal Südwind-Magazin im Sommer 2012 über die Nichtbeachtung von kämpferischen Frauen in den Medien beschweren und für die Zukunft positive Beiträge über kriegführende Frauen einklagen.

Also: Krieg und Frauen haben sich medial endlich versöhnt! Und damit erfüllt sich das, was ein wichtiges Policy-Paper aus Washington schon bald nach dem 11. September 2001 formuliert hatte. Der Council on Foreign Relations hatte eine Denkschrift über die neuen Aufgaben der cultural diplomacy angesichts des Krieges gegen den Terror Auf den Punkt gebracht formulierte dieser Bericht die folgenden Erkenntnisse: Es gibt kein Land, in dem die USA beliebt sind. Um das zu ändern, müssten die USA mit den Mitteln der cultural diplomacy - Konferenzen, Kulturaustausch, Zeitungen, Radio, Fernsehen, Familien-, Städte-, Regional- und Länderpartnerschaften usw. - in anderen Ländern bevorzugt folgende Zielgruppen ansprechen: Frauen und Jugendliche.

JENS WERNICKE: *Noch ein letztes Wort Ihrerseits zu diesem CIA-Dokument?*

JÖRG BECKER: Ja, gerne. Soweit ich das überblicke, ist dieses Dokument ein Einzel- und ein Zufallsfund. Trifft diese Vermutung zu, dann muss es vor- und nachher weitere Direktiven und Beobachtungen des CIA zur weltweiten Medienmanipulation in der Kriegsberichterstattung geben oder gegeben haben, möglicherweise sogar ein umfassendes Medienmanipulationssystem.

Auf die völkerrechtlichen Probleme solcher Aktionen seitens der CIA habe ich ja bereits hingewiesen. Es gilt aber auch mögliche Rechtskonsequenzen innerhalb Deutschlands zu bedenken. Zu prüfen sind hier etwa Verstöße gegen die Presse- und Meinungsfreiheit nach Artikel 5 des Grundgesetzes, das strafrechtliche Verbot eines öffentlichen Aufstachelns zur Führung eines Angriffskrieges nach § 80a StGB sowie die Trennung von Werbung und redaktionellem Text nach Artikel 7 des Pressekodex' des Deutschen Presserates.

JW: *Ich bedanke mich für das Gespräch.*

Quellen:

Nachdenkseiten: Nie wieder Krieg (ohne uns)!
<http://www.nachdenkseiten.de/?p=26380>

Imi Online: Die Grünen: Moralbemäntelte Geopolitik
<http://www.imi-online.de/2015/05/29/die-gruenen-moralbemaentelte-geopolitik/>

Wikileaks: CIA report into shoring up Afghan war support in Western Europe
<https://file.wikileaks.org/file/cia-afghanistan.pdf>

Sabine Schiffer: Kriegspropaganda im modernen Medienzeitalter
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=15223>

Becker und Behm: Operation Balkan: Werbung für Krieg und Tod
<http://www.nomos-shop.de/Becker-Beham-Operation-Balkan-Werbung-Krieg-Tod/productview.aspx?product=493>

Jörg Becker: Medien im Krieg – Krieg in den Medien
<http://www.springer.com/us/book/9783658074760>

Im Interview:

Jörg Becker

ist seit 1987 Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg, war von 1987 bis 2010 Geschäftsführer des KomTech-Instituts für Kommunikations- und Technologieforschung in Solingen und von 1999 bis 2011 Gastprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck. Von ihm stammen zahlreiche deutsche und internationale Veröffentlichungen zu den Bereichen Internationale Beziehungen, Friedensforschung und Medienpolitik.

Unterstütze Free21.org

CROWDFUNDING-Konto:

Kontoinhaber: Tommy Hansen,
Verwendungszweck: FREE21
GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS,
IBAN: DE54 4306 0967 1168 5797 01,
oder auf das **Paypal-Konto:**
tommy.hansen@free21.org

Dieser Text wurde zuerst auf **heise.de** unter der URL ‹http://www.heise.de/tp/artikel/45/45221/1.html› veröffentlicht (CC BY-NC-ND 2.0 DE)

‹http://free21.org/de/node/294›

(Screenshot von Johanna Tschautscher.eu ‚Too big to tell')

Die ehrenwerten **Mafiabosse**

Am 30. Juni 2011 ist in Brüssel die internationale Organisation „Finance Watch" gegründet worden – als Gegengewicht zu 700 Lobbyisten, die mit einem Budget von 400 Mio im Jahr den Interessen des Finanzsektors vertreten. In Washington D. C. arbeiten 3.000 Lobbyisten für den Finanzsektor – mehr als fünf für jeden Kongressabgeordneten. Ihr Jahresbudget übersteigt US-$ fünf Milliarden. Solche Kräfteverhältnisse legen nahe, dass die Staaten – wohl mit Ausnahme Chinas – nicht von ihren Hauptstädten aus regiert werden, sondern von den Finanzplätzen in der Londoner City of Westminster und der New Yorker Wall Street.

von Wolfgang Berger

Die Zinsen in den Ländern der Eurozone waren jahrelang ähnlich. Im November 2009 haben es „die Märkte" geschafft, aus Bonitätsdifferenzen Zinsdifferenzen zu erzwingen. „Die Märkte" – das sind die Seismografen von Ratingagenturen, die aus diesen Differenzen ein Geschäft machen. Diese Agenturen werden von den Investmentbanken bezahlt, deren Papiere sie bewerten. AAA-Bewertungen generieren mehr Geschäft. Die Gewinne der Ratingagenturen Fitch und Standard & Poor haben sich von 2000 bis 2007 verdoppelt, der Gewinn von Moody's hat sich auf US$ 2,2 Milliarden verdreifacht.

Die Ratingagenturen haben die Bonität einzelner Euroländer herabgestuft. Das hat Kreditausfallversicherungen (CDS) gegen diese Länder lukrativ gemacht. Die reichen Euroländer wussten, dass die Entgleisung eines ersten Landes aus den Euroschienen in Zeitlupe die Entgleisung des ganzen Zuges auslösen würde. Schweden hatte auf Betreiben einer Ratingagentur schon die kostenlose Kinderbetreuung abschaffen und Kanada sein Schienennetz vom Atlantik bis zum Pazifik gegen CAN$ 2 Milliarden privatisieren müssen.

Die Hinrichtung der Griechen

Die Neue Züricher Zeitung berichtet am 14. Juni 2011, dass „Gläubiger, welche in griechische Staatsanleihen mit noch zweijähriger Laufzeit investieren, EU-weit garantierte Renditen von um die 25 % einstreichen". Als die deutsche Bundesregierung diese privaten Gläubiger aufgefordert hat, sich an der Rettung Griechenlands zu beteiligen, fand Bankensprecher Josef Ackermann die Diskussion „ganz unglücklich" und drohte zunächst, die Märkte würden das negativ aufnehmen.

Am 30. Juni 2011 hat er dann einer Beteiligung im Umfang von 1 % der griechischen Schuldenlast doch zugestimmt – gemessen am Gesamtpaket „Peanuts", wie einer seiner Vorgänger gesagt hätte. Die Banken würden auf dieses 1 % auch nicht verzichten, sondern es in griechische Staatsanleihen reinvestieren. Damit wäre das Arrangement auf Kosten der Steuerzahler politisch durchsetzbar. Die Milliarden fließen ohnehin nicht nach Griechenland, sondern zum größten Teil direkt an die Gläubiger.

Die Ratingagenturen haben dann aber sogar diesen bescheidenen Beitrag privater Gläubiger mit der Drohung verhindert, den Euro dann zu zerschießen. „Wenn es den US-Ratingagenturen und Finanzalchemiebanken gelingt, einen Anstieg der Zinsen spanischer und italienischer Staatspapiere gegen 7 % zu erreichen", schreibt Stephan Schulmeister aus Wien, „hat das Endspiel um den Euro begonnen. Denn Spanien und Italien passen unter keinen Rettungsschirm".

Dann ist – dank europäischer Dummheit – die Position des Dollars als Weltleitwährung gewahrt.

> *„Die damalige griechische Regierung wurde 2001 gegen ein Honorar von 300.000 Dollar und einen Kredit von mehreren Milliarden Dollar darin unterstützt, die Statistiken so geschickt zu fälschen, dass die Kriterien für den Eintritt in die Eurozone erfüllt schienen. Die Bürokraten in Brüssel haben dieses perfide Spiel nicht durchschaut."*

Südeuropäische Staaten sinken auf Prekariatsstatus und die Europäische Union unterwirft sich mit ihren Mitgliedern der hoheitlichen Gewalt US-amerikanischer Ratingagenturen. Auch US-Behörden sind machtlos. Die effiziente Lobbyarbeit der Finanzbranche hat erreicht, dass das Personal der US-Bankenaufsicht (Securities and Exchange Commission) systematisch abgebaut worden ist, so dass eine wirksame Überprüfung ihres Geschäftsgebarens nicht mehr möglich ist.

Für die Griechen wäre ein Schuldenschnitt ein Befreiungsschlag, aber sie haben nicht die Macht, das durchzusetzen. Die Sparauflagen zerren das Land immer tiefer in den Strudel.

Mit Griechenland hat das Bankhaus Goldman Sachs beizeiten und heimlich einen Sprengsatz in die Eurozone eingeschleust und dadurch den Fortbestand des Dollars als Weltleitwährung vorerst gesichert:

Die damalige griechische Regierung wurde 2001 gegen ein Honorar von 300.000 Dollar und einen Kredit von mehreren Milliarden Dollar darin unterstützt, die Statistiken so geschickt zu fälschen, dass die Kriterien für den Eintritt in die Eurozone erfüllt schienen. Die Bürokraten in Brüssel haben dieses perfide Spiel nicht durchschaut.

Als jeder amerikanische Staatsbürger mit siebenfach höherer öffentlicher Schuld belastet war als ein griechischer Staatsbürger und der Euro den Dollar als Weltleitwährung hätte ablösen können, haben die US-Ratingagenturen Griechenland wegen zu hoher Verschuldung, Spanien dagegen wegen zu niedriger Verschuldung herabgestuft. Pensionsfonds und institutionelle Investoren konnten in Anleihen dieser Staaten jetzt nicht mehr investieren. Die USA behielten ihr AAA-Rating, der Kurs amerikanischer Staatsanleihen stieg, die Zinsen sanken. Portugal musste für zehnjährige Anleihen 11 % Prozent zahlen, die USA nur 3 %.

„Die Märkte" unterhöhlen die Demokratie

Wer sind diese „Märkte", vor denen alle zittern? Sie treiben viele Regierungen dazu, ihre Völker in Elend und Verzweiflung zu stoßen. Sie lösen weltweit Hungersnöte aus – Jean Ziegler spricht von hundert

Von Wolfgang Berger - Publiziert auf Free21: 25.07.2015 (11:23) - Aktualisiert 25.07.2015 (11.23) - Originalartikel auf Wissensmanufaktur.net (http://wck.me/9Bj)

Millionen „Morden“. Sie zwingen Regierungen dazu, die Parlamente zu übergehen, Gesetze zu brechen und in wenigen Tagen Rettungsschirme in Milliardenhöhe auf Kosten der Steuerzahler aufzuspannen – „alternativlos“, wie die deutsche Kanzlerin zu sagen pflegt. In den USA haben sie die Zahl der Zwangsvollstreckungen von Wohnhäusern auf sechs Millionen pro Jahr vervielfacht.

Sind „die Märkte“ eine abstrakte, unsichtbare Kraft, die über aller politischen Macht thront? Über dem Selbstbestimmungsrecht und dem Willen der Völker? Über der unantastbaren Würde des Menschen, welche das deutsche Grundgesetz zu garantieren meint? Über den „unveräußerlichen Rechten wie Leben, Freiheit und dem Streben nach Glück“ in der großartigen Vision der amerikanischen Verfassungsväter? Sind diese „Märkte“ stärker als alle militärische Gewalt? Wirkungsvoller als alle Aktionen von Selbstmordattentätern?

„Merrill Lynch ist im Dezember 2008 vom Staat gerettet und von der Bank of America übernommen worden. Zuvor haben sich deren vier höchste Manager Erfolgsbeteiligungen in Höhe von $ 121 Mio gezahlt. Nach der Rettung mit Steuergeldern kassierte das Management insgesamt Boni $ 3,6 Milliarden.“

Vor dem Gesetz mögen alle Menschen gleich sein. Die Gesetze aber werden im Interesse derer gemacht und umgesetzt, die die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz durch die Gleichheit der Dollars und Euros vor dem Gesetz ersetzt haben. Wall Street Börsenmakler haben Regierungsbeamte bestochen, Bücher gefälscht, Kunden betrogen, Geldwäsche betrieben, Scheinverluste gedeckt, bei der Steuerflucht geholfen, Betrug begangen und vieles mehr. Dafür haben sie eine Strafe von $ 1 Milliarde akzeptiert.

Lehman Brothers Hauptquartier in New York City am 15 September, 2008 (Foto: Robert Scoble, CC BY 2.0)

Credit Suisse hat eine Strafe von $ ½ Milliarde angenommen, die Deutsche Bank $ 554 Mio, die UBS $ 780 Mio, Citibank, JP Morgan und Merrill Lynch je $ 385 Mio, die weltweit größte Versicherungsgesellschaft AIG $ 1,6 Milliarden und die Bank of America gar $ 8,5 Milliarden – immer in Verbindung mit einer „Nichtverfolgungsvereinbarung“ mit der amerikanischen Staatsanwaltschaft und der Steuerbehörde IRS. Auch in London wollten die Behörden durchgreifen: £ 840.000 Strafe und £ 1,5 Mio Entschädigung wurden der Deutschen Bank auferlegt. In Südkorea, musste sie € 642.000 Strafe zahlen und ihre Wertpapiergeschäfte für sechs Monate teilweise aussetzen.

Im Gegensatz zu Mafiabossen sind die hierfür Verantwortlichen strafrechtlich nirgendwo belangt worden. Vielleicht weil sie – wie Marcus Antonius über Marcus Iunius Brutus gesagt haben soll – zwar korrupt sind, morden und die Welt zerstören, es sich aber um ehrenwerte Leute handelt. Wer sind denn diejenigen, die die ganze Welt in ihrem Bann halten?

Korrupte Männer beherrschen die Märkte

Henry M. Paulson begann seine Karriere als stellvertretender US-Verteidigungsminister. Als Chef des Bankhauses Goldman Sachs war sein Jahresverdienst $ 37 Mio. Als er in 2006 Finanzminister wurde, musste er Goldman Sachs Aktien im Wert von $ 485 Mio verkaufen. Der Verkaufserlös war nach einem vom Bush-Vater durchgebrachten Gesetz steuerfrei.

Der Chef des Bankhauses Merrill Lynch hat 2006 und 2007 $ 90 Mio verdient und bei seinem Ausscheiden Aktien im Wert von $ 131 Mio und eine Barabfindung von $ 30 Mio erhalten. Sein Nachfolger bekam für 2007 noch $ 87 Mio. Merrill Lynch ist im Dezember 2008 vom Staat gerettet und von der Bank of America übernommen worden. Zuvor haben sich deren vier höchste Manager Erfolgsbeteiligungen in Höhe von $ 121 Mio gezahlt. Nach der Rettung mit Steuergeldern kassierte das Management insgesamt Boni $ 3,6 Milliarden.

Am 16. September 2008 ist Lehman Brothers in Konkurs gegangen. Ein späterer Prüfbericht hat aufgedeckt, dass die Investmentbank Bilanzen geschönt hatte und schon Wochen vor dem Zusammenbruch insolvent war. Fünf Männer an der Spitze, die ihre eigene Bank zerstört und die ganze Welt in eine Finanzkrise gestürzt haben, haben sich für die Jahre 2000 bis 2007 eine Erfolgsbeteiligung von $ 1,1 Milliarden gezahlt, die sie nach der Pleite behalten durften. Der Vorstand der Bank hatte sechs Firmenjets und zahlreiche Hubschrauber und der Vorsitzende Richard Fuld einen persönlichen Aufzug, der ihn direkt in das 31. Stockwerk brachte. Für sein Ausscheiden erhielt er eine Prämie von $ ½ Milliarde.

Martin J. Sullivan hat mit Finanzprodukten der weltgrößten Versicherungsgesellschaft AIG in 2008 einen Verlust von $ 11 Milliarden produziert. Die AIG ist danach verstaatlicht worden. Der heutige Finanzminister Timothy F. Geithner hat dafür $ 150 Milliarden Steuergelder eingesetzt, private Gläubiger aber nicht beteiligt. „Sie behalten alle Zahlungsansprüche aus dem AIG-Incentiveplan für Finanzprodukte und erhalten zusätzlich ein monatliches Beratungshonorar von $ 1 Mio“, wird Sullivan bei seiner Entlassung bestätigt.

Die AIG-Zweigstelle in London hatte 400 Mitarbeiter, denen bis 2007 jährlich $ 3,5 Milliarden gezahlt wurden – also im Durchschnitt für jeden fast $ 9 Mio pro Jahr. Der Chef der Londoner Niederlassung erhielt jährlich $ 35 Mio. Joseph St. Denis, der aus Protest gegen solche Geschäftspraktiken gekündigt hatte, wurde in der Jahresversammlung voller Häme nachgerufen, Versagern wie ihm, die vom Geschäft nichts verstünden, könnte selbstverständlich nichts gezahlt werden.

2008 hat Henry Paulson mit einem Rettungspaket von $ 700 Milliarden aus öffentlichen Geldern das Überleben der US-Finanz-„industrie“ gesichert. In 2009 und 2010 haben Morgan Stanley und Goldman Sachs ihren Managern wieder Erfolgsprämien im zweistelligen Milliardenbereich gezahlt. Goldman-Sachs-Chef Lloyd D. Blankfein, der mit seinem berühmten Spruch „Ich bin ein Banker, der Gottes Werk verrichtet“ Aufsehen erregt hatte, hat nach Berechnungen der Frankfurter Allgemeinen in 2010 ca. $ 20 Mio verdient und hält Goldman Sachs Aktien im Wert von $ ½ Milliarde.

In Deutschland sind die Maßstäbe etwas verschoben: Die HRE ist mit € 10 Milliarden Steuergeldern verstaatlicht worden und musste mit Garantien von € 150 Milliarden gestützt werden. Die Vorstände Axel Wieandt, Kai Wilhelm Franzmeyer und Frank

Krings, die nur ca. zwei Jahre bei der Bank tätig waren, erhalten nach Erreichen der Altersgrenze eine jährliche Betriebsrente von 240.000 bzw. 192.000 Euro.

Im Vergleich mit dem Einkommen des New Yorker Hedgefondsmanagers John Paulson sind solche Summen lächerlich. In 2007 verdiente er $ 3,7 Milliarden. In 2010 konnte er sein Einkommen auf $ 5 Milliarden steigern – an jedem einzelnen Tag mehr als das Jahreseinkommen des armen Deutsche-Bank-Chefs Josef Ackermann. Ermittlungen der US-Wertpapierbehörde wegen gemeinschaftlichen Betrugs von John Paulson mit dem Bankhaus Goldman Sachs sind gegen Zahlung von mehr als einer $ ½ Milliarde eingestellt worden.

Die Nach-uns-die-Sintflut-Mentalität

Ein richtiger Ingenieur entwickelt und produziert technischen Fortschritt. Ein „financial engineer", wie es im Fachjargon heißt (also ein Finanzingenieur – vielleicht besser Finanzjongleur) entwickelt oder produziert nichts, was irgendjemandem das Leben erleichtert. Im Gegenteil – er vernichtet Arbeitsplätze, Ersparnisse, Altersversorgungen, Ausbildungshoffnungen, Lebenschancen, ja Leben und vermehrt Not, Verzweiflung und Hunger auf der Welt. Aber er verdient bis zu hundert Mal mehr als ein richtiger Ingenieur.

Der amerikanische Finanzjournalist Max Keiser nennt die Finanzmogule „Papier-Terroristen" und Präsident Abraham Lincoln (1809–1865) erkannte: „Der Finanzsektor ist despotischer als eine Monarchie, unverschämter als eine Diktatur, selbstsüchtiger als die Bürokratie."

Die Erfolgsprämien der Wall Street Banker stiegen von $ 9 Milliarden in 2002 auf $ 33 Milliarden in 2006. Das durchschnittliche Jahresgehalt eines Angestellten im öffentlichen Dienst ist in vielen US-Bundesstaaten um $ 20.000. Das durchschnittliche Jahresgehalt eines Mitarbeiters von Goldman Sachs beträgt $ 600.000. Die durchschnittliche private Verschuldung eines amerikanischen Haushalts ist von $ 18.000 in 1980 auf $ 47.000 in 2008 gestiegen. „Wenn du keine Augen zum Sehen hast, wirst du sie brauchen, um zu weinen", hat Jean-Paul Sartre das erbärmliche Los dieser Ausgebeuteten beschrieben.

Euro versus Dollar (Foto: Dennis Skley / Flickr / CC BY-ND 2.0)

Das Bankhaus Goldman Sachs – „Gottes Stellvertreter auf Erden" – hat für $ 40 Milliarden nicht werthaltige Hypothekenpapiere verkauft, davon $ 22 an die AIG und heimlich auf den Zusammenbruch des US-Hypothekenmarktes gewettet. Gleichzeitig haben sie sich gegen eine Prämie von $ 150 Mio gegen einen Bankrott von AIG versichert.

Neue Papiere sind speziell auf einen maximalen Verlust bei den Käufern hin konstruiert worden. Kongressabgeordnete haben das Goldman-Sachs-Chef Lloyd Blankfein später als verbrecherisch vorgehalten. Der meinte dazu: „Im Zusammenhang mit Marketingoptimierung ist das kein Verbrechen". Sein Kollege von der Citibank kommentierte diese Bemerkung mit Bezug auf den Titanic-Untergang: „Wir müssen tanzen, solange die Musik spielt".

Der weltweite Handel mit diesen seltsamen, für die Realwirtschaft nutzlosen Wertpapieren hat inzwischen ein Volumen von mehr als $ 600.000 Milliarden erreicht – das Zehnfache des Bruttoinlandsprodukts der ganzen Erde. Solange die Regeln dieses Spiels bleiben wie sie sind, haben die Finanzinstitutionen, die diese Papiere herausgeben und mit ihnen handeln die Macht, die Welt jederzeit in den Abgrund zu stürzen – oder zumindest damit zu drohen und so zu erzwingen, was immer ihnen in den Sinn kommt.

Der amerikanische Finanzjournalist Max Keiser nennt die Finanzmogule „Papier-Terroristen" und Präsident Abraham Lincoln (1809–1865) erkannte: „Der Finanzsektor ist despotischer als eine Monarchie, unverschämter als eine Diktatur, selbstsüchtiger als die Bürokratie. Sie wird ihre Herrschaft ausdehnen, bis aller Reichtum in wenigen Händen und die Republik zerstört ist". Lincoln ist ermordet worden. Der New Yorker Finanzkolumnist John Cassidy meint, Wall Street und das Finanzzentrum in London könnten einfach abgeschafft werden, ohne irgendeinen Nachteil für die reale Wirtschaft.

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:
Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org
Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Autor:

Wolfgang Berger

Prof. Dr. Dr. Wolfgang Berger, Ökonom und Philosoph Er hat mehrere Bücher und zahlreiche Fachartikel veröffentlicht und 1997 in den USA das Business Reframing Institut gegründet. Er ist Mitinitiator einer gemeinnützigen Initiative zur Neuordnung unserer Finanzordnung (www.lust-auf-neues-geld.de) und wissenschaftlicher Beirat der Wissensmanufaktur (www.wissensmanufaktur.net).

www.wissensmanufaktur.net

Dieser Text wurde zuerst auf der **Wissensmanufaktur.net** unter der URL ‹http://www.wissensmanufaktur.net/die-ehrenwerten-mafiabosse› veröffentlicht.

‹http://free21.org/de/node/305›

(Foto: Ggia, CC BY-SA 3.0)

Vortrag an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, am 22. Juni 2015:

„Warum **schweigen** die Lämmer?“

Demokratie, Psychologie und Techniken des Meinungs- und Empörungsmanagements. Ein Vortrag von Prof. Dr. Mausfeld.

Das Thema dieses bisher nur online verfügbaren lesens- und hörenswerten Vortrages sind Techniken, die dazu dienen, schwerwiegende Verletzungen moralischer Normen durch die herrschenden Eliten für die Bevölkerung moralisch und kognitiv unsichtbar zu machen.

Wir von free21 möchten unseren Lesern den Vortrag von Prof. Dr. Rainer Mausfeld auf Youtube oder zum Nachlesen auf free21.org sehr ans Herz legen. Aufgrund der Länge stellen wir Ihnen hier nur kurz den Inhalt vor und verweisen am Ende des Artikels auf unsere Webseite:

Techniken des Meinungs- und Empörungsmanagements – was sich erst so trocken anhört, offenbart dem Leser und Zuhörer dieses erhellenden Vortrages einen Einblick in die Welt der Manipulationen und Täuschungen, aber auch einen Blick auf einige Gründe für die eigene Oberflächlichkeit beim Konsumieren von Nachrichten der Massenmedien.

Wenn das Ereignis zu abstrakt ist, die Zahlen aufgrund ihrer Höhe schlecht vorstellbar sind, die Nachricht kein „Gesicht“ hat und daher zu weit weg ist, schalten wir um auf Gleichgültigkeit und sind gar nicht oder nur kurz betroffen.

Ein Beispiel: Wenn die Bildzeitung oder andere Meinungsbildner und -verstärker vom toten Kinde aus Buxtehude schrei(b)t, sind wir empört und fordern die Bestrafung der Schuldigen. Angesichts von mehreren HUNDERTTAUSENDEN durch die Folgen der Irak-Sanktionen gestorbenen (irakischen) Kindern – manche Schätzungen gehen von bis zu einer Million toter Kinder aus – hätte der Aufschrei der Empörung sehr laut und die Nachrichtensendungen eigentlich voll damit sein müssen. Waren sie aber nicht. Woran liegt das? Sind wir gefühllose und egoistische Menschen oder gibt es noch andere Ursachen für unser Verhalten?

Im Juni diesen Jahres hielt der Psychologe Prof. Dr. Rainer Mausfeld an der Uni Kiel einen Vortrag zu diesem Thema, der auf Youtube veröffentlicht wurde.

Dieser Vortrag bietet anhand von vielen Beispielen einen Einblick in die tatsächliche Verwaltung unserer Demokratie und ihrer Medienwirklichkeit und wie wir braven Bürgerlämmer mit den Techniken des Meinungs- und Empörungsmanagements in relativer Apathie und einer Illusion der Informiertheit gehalten werden (können).

Durch die Berichterstattung der Propagandaschau.de, der Nachdenkseiten.de und anderer alternativer Medien wurde dieser wichtige Vortrag bisher schon über hunderttausend Mal auf Youtube aufgerufen. Aus gutem Grund, denn er ist, wie einer der Kommentatoren auf Youtube schrieb: „Etwas trocken im Anbiss, aber kernig und gehaltvoll beim Kauen …“ oder ein anderer „Das sollte man allen Realitätsverweigerern unter die Nase reiben. Die Perfidität hat System.“

Der gut gefüllte Hörsaal während des Vortrages von Prof. Mausfeld. (Quelle: Reiner Heyse, Youtube, Screeshot)

Dieser Vortrag wurde zuerst von Reiner Heyse als Videomitschnitt auf **Youtube.com** unter der URL ‹https://youtu.be/Rx5SZr0sb6M› veröffentlicht.

‹http://free21.org/de/node/312›

free21.org:

Prof. Mausfeld hat auf unsere Bitte hin seinen frei gehaltenen Vortrag nachträglich lesefreundlich überarbeitet und mit Anmerkungen und Literaturempfehlungen ergänzt und Free21 hat dazu das Layout erstellt.

Da der Umfang mit zwölf Seiten den Rahmen unseres Magazins sprengen würde, möchten wir unsere Leser bitten, den Vortragsartikel direkt downzuloaden und auszudrucken.

Bitte teilen Sie den Inhalt mit möglichst vielen interessierten Menschen, um verstehen zu helfen, warum unsere Empörung zum Teil so beliebig ist und warum Meinungen statt Wissen in diesen Zeiten leider so weit verbreitet sind.

UA Flug 175 trifft den WTC Südturm am 11. September 2001 (Foto: Robert J. Fisch CC BY-SA 2.0)

Das Weltverbrechen – WTC im (fast) freien Fall

Weder die Pfannkuchen-Theorie noch die Stahlermüdungs-Theorie kann als Grund für die Pulverisierung und die Geschwindigkeit, mit der die Gebäude im fast freien Fall zusammenstürzten, erklären. Sehen wir, warum das so ist.

von Rüdiger Lenz

Die offizielle Erklärung zum Jahrhundertverbrechen vom elften September 2001, bei dem das World Trade Center in New York, der Südturm, der Nordturm und Gebäude sieben pulverisiert wurden, lautet, dass Brand und die Schwerkraft die Ursachen der Zusammenstürze und der darauf folgenden Pulverisierungen aller drei Gebäude gewesen sein sollen. Die Physik, die um diese Theorie herumgebastelt wurde, ist in seiner ersten Version als Pfannkuchen-Theorie veröffentlicht worden. Als diese nun den kritischen Stimmen der herrschenden physikalischen Meinungen nicht Stand hielt, wurde eine neue Theorie um den Brand und die Schwerkraft herumgebastelt. Sie wurde als Ermüdungs-Theorie propagiert. Weder die Pfannkuchen-Theorie, nach der die Last der aufeinander fallenden Stockwerke eine Kettenreaktion in allen drei Gebäuden verursacht haben soll, noch die Stahlermüdungs-Theorie, nach der die Hitze der ausbrennenden Flugzeuge alle Stahlträger der drei Gebäude zum Ermüden gebracht haben sollen (bis in die Kellergeschosse – über vierhundert Meter Stahl), kann durch die geltende Physik erklärt werden. Kein ernstzunehmender Physiker kann auch nur eine dieser beiden Theorien als Grund für die Pulverisierung und die Geschwindigkeit, mit der die Gebäude fast im freien Fall zusammenstürzten, erklären. Sehen wir, warum das so ist.

Einsturz des Nordtowers

Thermitrückstände

1. Nanothermit ist ein noch recht junger Sprengstoff, der bemerkenswerte Eigenschaften besitzt. Entzündet man ihn, so wirkt er wie ein Schweißbrenner, dem so gut wie kein Metall Widerstand entgegenbringen kann. Es fließt praktisch durch Metall hindurch und schweißt sich in sehr schnellem Tempo durch dickste Stahlträger. Forscher fanden in den Trümmern des World Trade Center und in dem Staub, der danach in New York nieder regnete, explodierte und nicht explodierte Thermitrückstände. Der dänische Forscher Niels Harrit geht davon aus, dass mehrere Tonnen Sprengstoff zuvor in den Gebäuden platziert waren und dass die Flugzeuge nicht Ursache der Zusammenstürze gewesen sein können. In entsprechenden Filmaufnahmen kann man dieses fließend glühende Metall aus dem Südturm fallen sehen. Auch noch drei Wochen nach den Aufräumarbeiten berichteten unzählige Bauarbeiter, Feuerwehrleute und Polizisten, dass im Keller der Gebäude flüssiges Metall vorgefunden wurde. Mark Loizeaux, Präsident von Controlled Demolitions Inc., sagte der American Free Press, dass im Keller der eingestürzten Türme, wo die 47 zentralen Stützpfeiler mit dem Fundament vereint waren, heiße Stellen buchstäblich geschmolzenen Stahls einen Monat nach dem Einsturz entdeckt wurden. Diese unglaublich heißen Bereiche wurden »auf dem Grund der Aufzugsschächte der beiden Haupttürme entdeckt, im siebten Kellergeschoss« Auch noch, als alle Teile der Türme abtransportiert waren, war der geschmolzene Stahl noch immer nicht abgekühlt, reagierte also noch immer. Thermit kann in nur zwei Sekunden eine Hitze von 2980 Grad Celsius erzeugen. Eine Verbindung aus Schwefel und Thermit heißt Thermat und es brennt noch heißer. Auch diese Verbindung fand man im Staub, den die Türme in ganz New York hinterließen.

> *„Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist nur ein Dummkopf. Wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher!“*
>
> BERTHOLD BRECHT

Vaporisation

2. Der Nordturm, der Südturm und Gebäude sieben sind pulverisiert. Der Fachmann spricht hier von einer ›Vaporisation‹. Nichts was bisher in Stahl und Beton gegossen wurde, ist je durch Schwerkräfte und Brand pulverisiert worden. Kein Hochhaus, das nur brannte und in sich einstürzte, hat bisher den Effekt der Pulverisierung gezeigt; das hätte den Wohnungsbau und den Bau von Hochhäusern stark infrage gestellt. Nur explosives Material kann etwas zum Pulverisieren bringen, oder mit anderen Worten, nur extrem hoher Druck vermag Gegenstände aufzulösen. Beim Vorgang der Vapori-

Publiziert: 10.06.2015 (20:30), aktualisiert: 10.06.2015 (22:00), Quelle: Die Fratze der Gewalt, von Rüdiger Lenz

Die Türme sind kollabiert. (Foto: Wally Gobetz CC BY 2.0)

sierung von Beton muss eine Kraft einwirken, die den Beton in Pulver auflöst. Nicht nur hohe Kräfte sondern immens hohe Krafteinwirkung muss im Beton vor sich gehen, wenn er pulverisiert. Das Feuer der Flugzeuge und der Einsturz der Gebäude reichen für eine solche Kraftentfaltung nicht aus.

Einsturz fast im freien Fall

3. Dadurch dass die drei Gebäude fast wie im freien Fall einstürzten, lässt sich schließen, dass bei allen drei Gebäuden zufälligerweise die Grundpfeiler der Gebäude, also die Hauptlast tragenden Pfeiler, in exakter Reihenfolge, von oben nach unten, geschwächt wurden. Denn nur dadurch konnten die Gebäude überhaupt einstürzen. Thermit ist dafür hervorragend geeignet. Nachdem die Pfeiler quasi in Serie geschwächt (gesprengt) wurden, mussten Sprengungen die anderen Pfeiler so durchtrennt haben, dass die Gebäude in sich einstürzten. In der Natur kommt ein in Serie einfallendes Einstürzen nicht vor. Das bedeutet, dass die Pfeiler zeitgleich auf jedem Stockwerk, Etage für Etage, aufeinander abgestimmt, durchtrennt worden sein mussten, sodass das Gebäude auf seinem Weg nach unten auf fast keinen Widerstand traf.

Pyroklastischer Strom

4. ›Pyroklastischer Strom‹ besteht aus Staub und Asche. Er wirbelte nach den Einstürzen der Gebäude

Staubbedeckte Überlebende. (Foto: Don Halasy, PublicDomain)

mit einer Geschwindigkeit von 56 km/h durch New York. Ein solcher Strom hat seiner Zeit Pompeji zerstört. Um so eine Geschwindigkeit zu produzieren, bedarf es einer sehr hohen Hitze, beziehungsweise sehr viel Energie. Viel mehr Hitze und Energie, als die beiden Flugzeuge entwickeln konnten. Dies widerspricht dem Energieerhaltungssatz in der Physik. Gäbe es also den umgedrehten Fall, man gibt eine bestimmte Menge Energie dort hin und erhält auf einmal die doppelte oder zehnfache Menge Energie zurück, so hätten wir Atomkraftwerke gar nicht nötig. Unsere gesamte Technik würde ganz anders aussehen, wenn die Physik, die uns dabei aufgetischt wird, stimmen würde.

Der Weg des geringsten Widerstandes

5. Ein asymmetrischer Einsturz des Flugzeugs im Nordturm erzeugt einen symmetrischen Einsturz des gesamten Gebäudes? Beim Fällen eines Baumes fällt uns auf, dass beim asymmetrischen Einschlagen mit der Axt der Baum auch asymmetrisch fällt – und zwar immer! Weil nur die Schwerkraft auf das Fallen des Baumes einwirkt und der fallende Baum den Weg des geringsten Widerstandes geht – und zwar immer! Der Nordturm aber widersetzt sich diesem Gesetz. Er stürzt gerade in sich ein. Auch die Auswirkungen der Einstürze beider Türme waren symmetrisch. Womit das bei den Einstürzen ausgeschleuderte Material gemeint ist, das dann zu Boden fällt. Auch dies deutet auf eine Druckkraft hin, die im Kern nach allen Seiten hin gleich viel Energie entfaltete. Beide Türme verursachten durch ihren jeweiligen Schuttabfall die gleichen kreisrunden Flächen um das Gebäude herum, wo sich die Trümmer sammelten. Auch dies zwingt zur Auffassung, dass eine im Kern nach außen gerichtete gleichmäßige Energieentfaltung stattfand – auf symmetrische Druckkräfte, was auf Explosivkräfte hindeutet. Wie ist das möglich, wenn doch das zweite Flugzeug seitlich hineinflog und das Erste in gerader Linie eintraf? Beide Gebäude müssten unterschiedliche Formen bilden, zöge man von oben eine Linie um ihren Schadenskreis auf dem Boden. Aber man kann fast exakt die gleichen runden Kreise sehen. Dies ist nur durch symmetrische Einwirkungskräfte möglich. Man nennt diese kreisrunden Niederschläge der Trümmer auch den Fingerabdruck einer Explosion.

Knallfrösche und Physik

6. Knallfrösche (›Squibs‹), so nennt man bei kontrollierten Sprengungen heftige Druckwellen, die auf Explosionen hinweisen und die in Serie geschaltet sind, um die Statik des Gebäudes zu schwächen. Man kann sie so gut wie bei jeder größeren Gebäudesprengung sehen. Der offizielle Bericht behauptet, dass man sie im World Trade Center sehen kann, weil das einstürzende Gebäude sie in die unteren Stockwerke durch das Wegpressen von Luft und somit dann die Fensterscheiben zum Zerbersten brachte. Der Physiker, David Chandler maß deren Geschwindigkeiten und kam auf 162 km/h bis 205 km/h. Jetzt ist die Frage an die Schwerkraft: Kann Feuer eine solche Austrittsgeschwindigkeit bei den Türmen verursachen? Die Antwort lautet: Nein. Denn die Gebäude zerstörten sich, noch bevor überhaupt große Betonplatten aufeinander fallen konnten; nur diese Tatsache kann erklären, dass alle drei Gebäude fast in Freifallgeschwindigkeit einstürzten – ohne dabei durch zahlreiche Betonplatten an ihrem Tempo gehindert zu werden. Die offizielle Pfannkuchentheorie wurde genau daraufhin prompt fallengelassen und von einer noch viel unglaubhafteren Stahlermüdungstheorie ersetzt. Nach ihr war nun die Hitze so enorm, dass alle Stahlträger der

Blick vom Hudson River.

drei Gebäude, vom Dach bis zum siebten Kellergeschoss so sehr erhitzt wurden, dass sie sich unter der sie tragenden Last verbogen haben und dabei die Gebäude in nahezu Freifallgeschwindigkeit implodierten. Wohlgemerkt, allein das Kerosin der Flugzeuge, das ausbrannte, soll das bewirkt haben. Auch der Fernsehprofessor für das deutsche Geschichtswesen Guido Knopp war sich nicht zu schade, diese beiden Theorien zusammenzusetzen und sie nun für die Erklärung gegen die Theorie von Galileo Galilei und Isaac Newton aufzufahren. Hätte er zuvor einmal mit einem ordentlichen Kollegen aus der Physik geplaudert, er wäre wohl spätestens bei den Erklärungen zur Wärmeleitfähigkeit in Bezug auf Wärme-

Rauch über New York am 11. 9. 2001 (Foto: Nasa CC BY-SA 2.0)

entwicklung und den Energie-Erhaltungsätzen stutzig geworden.

Freifallgeschwindigkeit:

a) Beim freien Fall wirken keinerlei Reibungs- oder Widerstandskräfte auf den fallenden Körper ein.

b) Folglich, also a priori, kann kein Druck die Luft komprimiert haben, was zu Druck und damit zum Auspressen von Luft geführt hätte. Die Knallfrösche müssen also eine andere Ursache haben.

c) Dann nämlich wären die Türme nicht in Freifallgeschwindigkeit eingestürzt, sondern wären auf zahlreiche Hindernisse (Reibungswiderstände) aufgetroffen, was niemals zur Freifallgeschwindigkeit hätte führen können.

d) Schlussfolgerung: Es muss noch eine Kraft eingewirkt haben, die die Gebäude in nahezu Freifallgeschwindigkeit einstürzen ließen. Damit würden dann auch die ausgepressten Luftstöße eine andere Ursache haben.

e) Offenbar hat man die Reibungswiderstände gefürchtet, weil nämlich dann der Zusammensturz der Türme ein ganz anderes Bild für die wissenschaftliche Forensik gezeigt hätte und der Betrug wäre sofort aufgefallen.

f) Die Pfannkuchentheorie, sowie die Theorie der extremen Hitzeleitfähigkeit und der dadurch erzwungene vollkommene Stabilitätsverlust auf über 400 Metern durch Kerosin sind unmöglich.

g) Alle drei Gebäude fielen in nahezu Freifallgeschwindigkeit, ohne dass sich Triebkräfte auf die sich darunter befindende Masse ausgewirkt haben. Wie ist das möglich?

h) Nur wenn ein in Serie geschaltetes Explodieren der Stützpfeiler, in exaktem Abstand, die einzelnen Stockwerke zu Fall gebracht hätten und die Stockwerke sich nicht gegenseitig berührten, oder aufeinander fielen, ist es überhaupt möglich, dass die Türme in nahezu Freifallgeschwindigkeit zu Boden kamen. Es gibt keinerlei Alternativerklärung in der Physik, ohne dass nicht gleichfalls mehrere Gesetze gebrochen würden; und genau das ist im offiziellen Bericht geschehen.

i) Wenn beim Freien Fall die Reibung, also das Vakuum, keine Rolle spielen würde, dann hieße das, dass der Mensch genauso schnell durch eine geöffnete Tür gehen könnte, wie durch eine geschlossene Tür. Dies geht aus der Physik hervor, die uns die US-Regierung unterbreitet hat, damit wir glauben, was sie uns über das Jahrhundertverbrechen weiß machen will. Die nach unten rasende Welle der Zerstörung hat offensichtlich ungebremst drei Wolkenkratzer in Staub zerfallen lassen. Kerosin und die Schwerkraft sind hierbei als Täter dingfest gemacht worden. Ich glaube, sie sind unschuldig verurteilt. Doch das wesentlich Aufschlussreichere daran ist, dass die Mehrheit aller demokratischen Politiker dies nachplappern und nur solche Information dem Volk zuführen, die die offizielle Theorie unterstützen.

j) Merken wir uns: Ein theoretischer Physiker kann exakt erklären, wie es möglich ist, dass ein Elefant einen Abhang hinunterstürzt, dabei mit seinem Rüssel ein Mauerblümchen umschließt und an ihm hängenbleibt, ohne abzustürzen. Theoretisch ist das wirklich möglich. Doch in der Realität ist diese Wahrscheinlichkeit so gering, dass es mehrere simulierte Big Bangs geben müsste, um in der Realität auf ein solches Phänomen zu stoßen. Jedoch bleibt festzuhalten: In unserer Realität wird dies nicht vorkommen, weil unsere Realität den Tod des Elefanten einfordert.

„Nach zwei Sekunden löst sich der obere Teil des Nordturms praktisch komplett in Staub auf. Wie geht das ohne Explosion?“

Ungebremster Einsturz

7. Galileis und Newtons Gesetz vom freien Fall berechnet die Freifallgeschwindigkeit eines Objekts anhand seines höchsten Punktes und seiner Entfernung zur Erde. Danach hätte der Südturm eine Freifallgeschwindigkeit von 9,22 Sekunden im Vakuum, das heißt ohne Reibungswiderstand, also ohne dass irgendetwas mit der Masse der Türme auch nur ansatzweise in Kontakt oder Berührung käme, auch nicht Teile der Türme untereinander! Der Südturm stürzte aber in 10,3 Sekunden zusammen. Der nach den Gebäuden berechnete Freie Fall mittels Reibungswiderständen würde die Gebäude in 96 Sekunden einstürzen lassen; keinesfalls schneller, weil ja die Etagen aufeinander fielen und dies den Einsturz erheblich abbremsen würde. Wenn nur die Schwerkraft als einzige Kraft für den Einsturz des Südturms verantwortlich zu machen wäre, dann war dies unmöglich. Es muss eine zusätzliche Kraft dafür verantwortlich gewesen sein, dass alle Türme in nahezu Freifallgeschwindigkeit zu Boden kamen.

Dadurch, dass der obere Teil der zuerst nach unten fiel, nach außen gestoßen, also explodiert ist, konnte er keinerlei Triebkräfte mehr auf den noch stehenden Teil des Gebäudes übertragen. Was heißt, dass die übrigen Etagen der Türme noch stehen müssten, nachdem die kleineren oberen Gebäudeteile sich in Luft aufgelöst haben; denn welche Kraft soll von oben auf die Türme eingewirkt haben, wenn die fallenden oberen Teile keinerlei Kräfte auf die stabilen noch stehenden Türme entfalten konnten?

Das ist das forensische Problem, wenn man dem Zusammenstürzen der drei Gebäude mit den Methoden der exakten Wissenschaften einmal nachgeht und Lösungen für das Jahrhundertverbrechen sucht. Zahlreiche Physiker haben dies getan und gelten nun als Verschwörer, wurden früher in Pension geschickt oder ihnen wurde gekündigt.

Man kann das im Video „Blueprint for truth“, hervorragend vorgetragen von Richard Gage, sehen: Nach zwei Sekunden löst sich der obere Teil des Nordturms praktisch komplett in Staub auf. Wie geht das ohne Explosion? Und was brachte den erheblich stabileren Rest danach zum Einstürzen? Beim Einstürzen des Südturms kann man das noch viel besser sehen. Dort kippt tatsächlich der obere Teil in einem Winkel von 22 Grad seitlich weg (asymmetrischer Einschlag des Flugzeugs erzeugt ein asymmetrisches Fallen des oberen Gebäudeteils) und fällt nach unten, trifft auf das noch stehende Gebäude und wäre von ihm abgekippt, zu Boden gefallen, wenn er sich nicht plötzlich selbst aufgelöst hätte – auch hier vaporisierte der obere Teil, noch bevor er wirklich abkippen konnte. Er verschwindet in der pyroklastischen Wolke und kann keine Triebkräfte auf das noch stehende Gebäude ent-

WTC 7 brennt. (Foto: Anonymous. Library of Congress, Public Domain)

Publiziert: 10.06.2015 (20:30), aktualisiert: 10.06.2015 (22:00), Quelle: Die Fratze der Gewalt, von Rüdiger Lenz

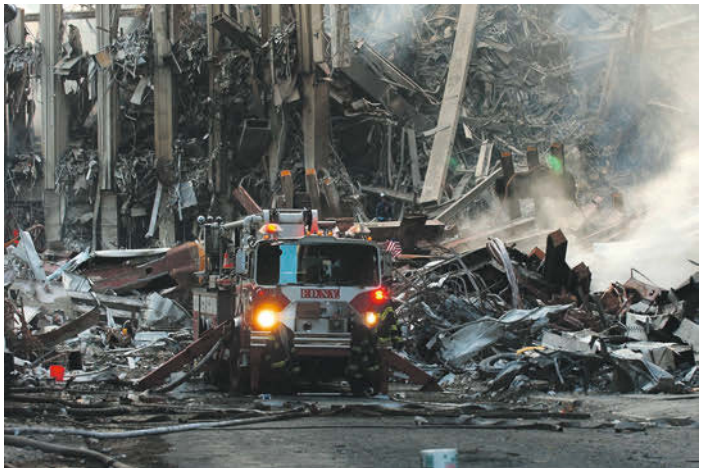
falten, das aber trotzdem rasend schnell einstürzte.

Explosive Schwerkraft

8. Könnte Feuer, nur Feuer ganz allein, Stahl und Beton seitlich herausschleudern? Natürlich nicht!

Man hat herausgefunden, dass die oberen Stockwerke der Gebäude näher am Boden zu liegen kamen, als die unteren Stockwerke der Gebäude. Auch dies wäre nicht möglich, wenn als einzige Kraft die Schwerkraft die Gebäude zum Einstürzen gebracht hätte. Die Teile, die weiter oben liegen, würden in einem längeren Winkel zu Boden fallen, als die unteren Teile der Gebäude und damit auch weiter entfernt auf dem Boden zu liegen kommen. Außenwandteile von mehreren Tonnen Gewicht wurden 180 Meter vom Gebäude weg gefunden. Chandler maß die Geschwindigkeit und meinte dazu, dass Teile von weiter oben mit weniger Geschwindigkeit seitlich herunterfallen, um in 180 Meter Entfernung zum Liegen zu kommen. Und dass in unteren Stockwerken die Geschwindigkeit höher sein müsse, wenn dort Außenwände in 180 Meter Entfernung zum Liegen gekommen wären. Von oben würde die Geschwindigkeit 80 km/h betragen, von weiter unten müsse sie erheblich höher sein. Er schlussfolgert, dass die Schwerkraft nicht für die Geschwindigkeit der Außenwände zuständig sein konnte, mit der sich die Teile 180 Meter weit entfernt haben. Die Energie, die man benötigt, um einen 4 Tonnen schweren Stahlpfeiler mit 112 km/h zu bewegen, ist vergleichbar mit der Kraft, die eine Kanonenkugel mit 90 kg Gewicht 4,8 Kilometer weit schießen müsste.

Sehr viele solcher Stahlpfeiler, manchmal erheblich schwerer und manchmal auch leichter, steckten in zahlreichen Gebäuden tief eingebohrt und beschädigten die Außenfassaden anliegender Gebäude. Im einhundert Meter weit entfernten World Final Center hat sich ein 300 Tonnen schwerer Stahlträger eingebohrt. Er ist doppelt so schwer wie ein American Airline Passagierflugzeug vom Typ 767, der in die Türme einschlug.



Ground Zero, New York City, 16. September 2001. (Foto: flickr.com, slagheap, CC BY-SA 2.0)

Schwerkraft und Feuer haben das nicht bewirken können. Zumal ja die Schwerkraft eine Kraft ist, die alle Masse immer nach innen, ins Epizentrum ihrer Kraft zieht und nicht nach außen wirkt. Daher sagt man, dass Massen oder Körper, die allein mittels Schwerkräfte einstürzen, implodieren. Die Gewichte der oberen Stockwerke beider Türme besitzen durch ihre Masse jeweils eine Gravitationskraft, die beim Auffallen auf die noch stehende Masse der jeweiligen Türme vollständig in kinetische Energie verwandelt wurde. Mehr Kraft und Druck können die jeweiligen oberen Stockwerke nicht beim Einstürzen auf die noch stehenden Türme ausgeübt haben. Allein diese Kraft soll die Türme zum Pulverisieren gebracht haben?

> *„Wäre die offizielle US-Regierungstheorie eine Verschwörungstheorie, wäre das eine Ungeheuerlichkeit …“*

Man bastelte sich eine Theorie zurecht, die dem sehr nahe kam, was man nachweisen wollte. Die Theorie, dass ein 110 Stockwerke hoher Wolkenkratzer in einer Freifallgeschwindigkeit von nur 10 Sekunden einstürzt und sich dabei in Staub auflöst, wenn zuvor ein einfaches Passagierflugzeug in ihn einstürzt, wurde zur Erklärung auf dem offiziellen Regierungsweg durchgesetzt – Brand und Schwerkraft, Triebkräfte und kinetische Energie, Wärmeleitfähigkeit und Energieübertragung, Verformung und Schwächung des gesamten Materials. Eine andere Theorie, beispielsweise ganz normale wissenschaftliche Ursachenforschung, als Verschwörung abgetan und ihre Verfechter mundtot, lächerlich oder arbeitslos gemacht. Recherchiert man die wissenschaftlichen Ergebnisse von unabhängigen Universitäten und unabhängigen Experten und macht sich dann selbst ein Bild von der offiziellen Theorie, dann kann es nur eine wirkliche Antwort geben: Die offizielle Theorie über den elften September 2001 ist eine Massenverdummungstheorie. Und nur sie ist die tatsächliche Verschwörungstheorie.

Der offiziellen Theorie zu glauben hat gut nachvollziehbare Gründe: Wäre die offizielle US-Regierungstheorie eine Verschwörungstheorie, wäre das eine Ungeheuerlichkeit, die a) niemand denken will und b) die sich niemand auch nur für ein paar Sekunden vorstellen mag. Zu sehr geraten Moral und Ethik dadurch ins Wanken. Denn sie drängt in die eigene Vorstellungskraft augenblicklich eine unbequeme Möglichkeit ins eigene Blickfeld: Wir werden von wahnsinnigen Psychopathen regiert. Wir leben nicht in einer Demokratie, die Selbstbestimmtheit ist eine Farce, ja das ganze verdammte Regierungskonzept ist eine Twilight-Show. Verteidigungskriege wären Angriffskriege – wir wären auch die Bösen. Die bittere Pille wäre: Wir, der Westen, lebten in einem sehr gut getarnten außenpolitischen Faschismus. Es gibt also sehr gute Gründe dafür, bei aller physikalischen Ursachenforschung, der offiziellen Theorie große Aufmerksamkeit auch weiterhin zu schenken und die Alternativtheorie zu ächten, denn: Für diese Leute ist die Wahrheit nur eine unbewiesene Behauptung.

»Es ist, als wäre all das, was wir sehen, hören und fühlen, nicht wahr. Als gäbe es eine andere Wirklichkeit, die alldem zugrunde liegt und die wir nicht sehen. Aber in dieser verborgenen Wirklichkeit werden die eigentlichen Fäden gezogen, werden entscheidende Weichen gestellt. Wir oben in der sichtbaren Welt: Wir sehen Parlament, Regierung, Opposition, die Zeitungen und Fernsehen, die über all das berichten. Aber es ist nur Theater«, schreibt Wolfgang Schourlau ganz treffend in seinem auf Tatsachen basierenden Roman „Das München-Komplott.“

Quelle:

„Die Fratze der Gewalt“ von Rüdiger Lenz.
Hier die Audio-Version: *<https://www.youtube.com/watch?v=Aybpysk-Jxg>*

Autor:

Rüdiger Lenz

Rüdiger Lenz ist Opfer-und Täter-Therapeut. Ganzheitliches Konfliktmanagement auf der Grundlage neuster Forschungsergebnisse in Psychologie, Neurowissenschaften, Pädagogik und Soziologie. Ist seit 2002 Fortbildungs-Referent in Sachen Konfliktmanagement und hat dabei grundlegende neue Methoden dazu entwickelt: Das Nichtkampf-Prinzip.

www.nichtkampf-prinzip.de

‹http://free21.org/de/node/280›

Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit

Propaganda ist ein unverzichtbares Tool, um die Bevölkerung auf Kriegskurs zu bringen. Der Vietnamkrieg, der Golfkrieg, der Irakkrieg – sämtliche militärischen Abenteuer der USA seit '45 basieren auf Lügengeschichten. Die Lügen der Vergangenheit müssen genutzt werden, um uns gegen aktuelle Kriegspropaganda zu immunisieren. **von Jakob Reimann**

Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit", heißt es. Diese Floskel soll verdeutlichen, dass im Krieg die Lüge ein wesentliches tool ist, dass Krieg ohne Propaganda, ohne Gehirnwäsche nicht möglich ist. Krieg und Wahrheit sind inkompatibel.

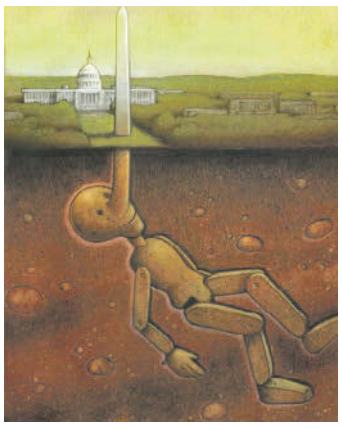
Doch die Aussage stimmt so nicht ganz. Denn die Wahrheit stirbt bereits lange Zeit vor dem Krieg. Ihr Ableben ist Voraussetzung, dass Krieg überhaupt erst gedacht werden kann. Noch bevor der erste Schuss abgefeuert wird, der erste Springerstiefel feindlichen Boden betritt, liegt die Wahrheit lange schon in Stücken, missbraucht, vollkommen impotent.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs basiert jeder vom US-Imperium geführte Krieg auf Lügen. Die „Mutter aller Lügen", die als rahmendes Grundgerüst alle anderen gebiert, ist die allumfassende, die alles rechtfertigende Lüge: Der Kampf Gut gegen Böse.

„Entweder seid Ihr mit uns, oder mit den Terroristen."

Es ist die Geschichte vom USA-geführten Westen als Leuchtfeuer der Freiheit und Demokratie, der sein strahlendes Licht über das Dunkelreich der grausamen Despoten wirft.

Im Vorfeld des Krieges muss stets ein Feindbild kreiert werden. Die Welt muss durch das Schwarz-Weiß-Raster gepresst werden. Der Staatenführer, der den eigenen Interessen zuwiderläuft, muss dämonisiert, zur Inkarnation des Bösen erklärt werden. Ihm muss seine Menschlichkeit abgesprochen werden, sein bloßes Mensch-Sein. Daraufhin fällt es wesentlich leichter, ihn zu töten.



Karikatur von der Website des Künstlers Pawel Kuczynski (© Pawel Kuczynski)

Ohne Worte (Foto: Minerva Studio/Shutterstock.com)

Die Abertausenden Unschuldigen, die zwangsläufig mit ihm in den Tod gehen, werden daraufhin ebenfalls verdinglicht. Sie werden zu gesichtslosem Kollateralschaden degradiert – zu bedauern, ja, aber die Sache dennoch wert.

Es sind die vielzitierten Frauen, Kinder und Alten, zu deren Schutz der Krieg angeblich erst geführt wurde. Im Vorfeld sind sie geheuchelte Rechtfertigung, im Anschluss werden sie zur bloßen Statistik entwürdigt.

Vor jedem Krieg wird uns versichert, er sei das letzte Mittel, alle diplomatischen Möglichkeiten zur Konfliktlösung seien ausgeschöpft. Um der Barbarei Einhalt zu gebieten, müsse zum Krieg als ultimative „Lösung" gegriffen werden. Das Gute hat die moralische Verpflichtung, gegen das Böse anzutreten. Wir müssen töten, um das Leben zu schützen. Angriff wird zur Selbstverteidigung, Minus wird zu Plus.

Was aber bringt uns jedes Mal aufs Neue dazu, diese Geschichten zu glauben?

Was bringt den in uns schlummernden Pazifisten dazu, den Mord an unschuldigen Zivilisten als notwendiges Übel in Kauf zu nehmen?

Was treibt uns immer wieder in die mörderische Komplizenschaft hinein, lässt uns zur moralischen Legitimation werden, zum Alibi?

Ein US-Schiff unter Beschuss

Eine Sommernacht am 4. August 1964 im Golf von Tonkin. Der Zerstörer USS Maddox patrouilliert vor der nordvietnamesischen Küste. In Vietnam wütet ein Bürgerkrieg, der kommunistische Norden kämpft gegen den US-affinen Süden. Washington beobachtet das Treiben genau, denn nach Kalter Krieg-Paranoialogik darf kein weiteres Land dem Kommunismus zufallen und so eine mögliche Kettenreaktion auslösen (Domino-Theorie).

Plötzlich fallen Schüsse, die USS Maddox wird von feindlichen, nordvietnamesischen Torpedo-Booten unter Beschuss genommen. Als die Nachricht vom Angriff auf das US-Schiff die Führung im Weißen Haus erreicht, stürzen sich umgehend die Falken darauf: auf einen solchen Vorwand haben sie nur gewartet. Fünf Stunden später steigen US-Bomber auf.

Zwei Tage dauert es, bis Präsident Johnson die geschichtsträchtige Tonkin-Resolution durch den Kongress peitscht und die USA in den Krieg einsteigt. Ohne formale Kriegserklärung beginnt das US-Militär mit der Bombardierung Nordvietnams und mit der Entsendung von insgesamt mehr als einer halben Million Soldaten. Elf Jahre blutiger Krieg folgen.

Wir alle kennen die Bilder. US-Flugzeuge sprühen Agent Orange und werfen Napalm-Bomben, der vietnamesische Dschungel wird zum Inferno. Fotos von verbrannten Leichen gehen um die Welt.

Während der Operation Ranch Hand haben die USA 76 Millionen Liter Chemikalien auf Vietnam niederregnen lassen.

Hunderttausende Kinder mit schwersten Missbildungen sind die Folge der chemischen Kriegsführung der USA.

Am Ende sterben 58.000 US-Soldaten und bis zu fünf Millionen Vietnamesen, die Mehrheit wie so oft Zivilisten.

Der Angriff der Nordvietnamesen auf das Kriegsschiff USS-Maddox war der Auslöser für diesen Krieg, auf ihm beruhen elf lange Jahre Massaker an der Zivilbevölkerung. Das Problem ist nur: Er hat nie stattgefunden.

Es gab am 4. August keinen Angriff auf die USS Maddox. Es waren übereifrige Soldaten am Sonar, die Wind und Wellen als Torpedoangriffe missinterpretierten. Die Generäle wussten um die Falschmeldung, die Geheimdienste auch, Präsident Johnson mit ziemlich hoher Sicherheit ebenfalls, was ihn aber nicht davon abhielt, den „Angriff" auf die Maddox vor Fernsehkameras wieder und wieder vorzubringen.

> *„You can no more win a war than you can win an earthquake."*
> Jeanette Rankin

2003 bestätigt Robert McNamara – Außenminister unter Johnson und Kennedy – die schon lange kursierenden Mutmaßungen, 2005 schließlich kommen mit der Veröffentlichung von zuvor geheimen NSA-Dokumenten die finalen Beweise: der US-Eintritt in den Vietnamkrieg basiert auf Lügen, der Golf von Tonkin-Zwischenfall fand niemals statt. Die US-Führung hatte lediglich nach einem Vorwand gesucht, um den lange vorher geplanten und beschlossenen Kriegseintritt zu rechtfertigen. Militärs geben sogar offen zu, dass die Maddox einzig zur Provokation in den Golf von Tonkin entsandt wurde.

Die USA haben den Krieg in Vietnam verloren, er war eine einzige Blamage für Uncle Sam. „Vietnam" wurde zum geflügelten Wort für die Niederlage einer Übermacht gegen einen vermeintlich schwachen Feind.

Doch haben die Vietnamesen den Krieg wirklich gewonnen?

Angesichts der Millionen von Toten – ein Achtel der vietnamesischen Bevölkerung wurde ermordet – kann kaum von einem Sieg gesprochen werden. Ebensowenig, wenn wir uns die Folgeschäden des Krieges vergegenwärtigen:

Die USA haben 76,000,000 Liter Chemikalien auf Vietnam niederregnen lassen (Agent Orange) und damit Vegetation und Menschenleben vernichtet. Das im Agent Orange enthaltene Dioxin ist fetotoxisch und ist damit für schwerste Missbildungen bei Neugeborenen verantwortlich.

Japanische und vietnamesische Wissenschaftler haben kürzlich nachgewiesen, dass auch 40 Jahre nach Kriegsende alarmierend hohe Dioxin-Konzentrationen in der Landschaft Vietnams nachweisbar sind. Dioxin bioakkumuliert und ist persistent, soll heißen: ist es einmal aufgenommen, bleibt es über Jahrzehnte im Körper der Opfer und schädigt ihr Erbgut.

Die Folge ist eine noch immer täglich anwachsende Zahl Hunderttausender missgebildeter Kinder, im Stich gelassen und verhöhnt von der US-Justiz. Die Schreibtischtäter im Pentagon und im Weißen Haus haben ein auf Jahrzehnte traumatisiertes Land, eine ethisch-menschliche Katastrophe zu verantworten. In jeder Bedeutung des Wortes sind sie Kriegsverbrecher, denn sie befehligten den größten Einsatz von Massenvernichtungswaffen seit Hiroshima und Nagasaki und den größten Einsatz von Chemiewaffen in der Menschheitsgeschichte.

Der Vietnamkrieg ist ein Schandfleck dieser Menschheitsgeschichte. Und es war eine Lüge, ein Paradebeispiel für Kriegspropaganda, die den Weg ebnen sollte für dieses beispiellose Verbrechen an der Menschheit.

Ein weinendes Mädchen

Saddam Hussein war ein Menschenschlächter, ohne Zweifel. Das hielt die USA jedoch nicht davon ab, sich ihn in den 80er Jahren als engen Verbündeten zu halten. Saddams Irak war zu der Zeit in einem blutigen Krieg gegen den Iran verwickelt. Der Iran wiederum war seit der Revolution '79 der Erzfeind der USA. Grund genug also, Saddams Irak massiv zu pushen.

Zum Ende des Iran-Irak-Krieges hat Saddam 4,000 kurdische Dörfer im Nordirak bombardiert und dabei 180,000 Kurden mit Giftgas ermordet. Die US-Regierung deckte Saddam bei diesen Massakern und schob dem Iran die Schuld dafür zu. Die Anlagen und Chemikalien zur Herstellung dieser Massenvernichtungswaffen kamen nebenbei bemerkt zum größten Teil von deutschen Konzernen – vier Jahrzehnte nach Hitler ist Deutschland wieder verantwortlich für Genozid und Massenmord…

In den 1980er Jahren war Saddam Hussein enger Verbündeter der USA. Hier beim Handshake mit Donald Rumsfeld.

Im Sommer '88 wurde der Krieg gegen den Iran beendet. Zwei Jahre später überfiel Saddam dann seinen kleinen Nachbarn Kuwait und besetzte das Land. Kuwait ist anders als der Iran ein Verbündeter der USA. Was bedeutet, dass die USA Saddam zwar dabei unterstützen konnten, Hunderttausende Kurden und Schiiten zu vergasen, wenn er aber auf eigene Faust die verbündete Öl-Monarchie Kuwait besetzt, ist das inakzeptabel.

Washington musste verhindern, dass das ölreiche Land unter irakische Kontrolle kommt. Krieg gegen Saddam zu führen, lässt sich vor der Bevölkerung allerdings nur schwer vermitteln – jahrelang war er Amerikas enger Verbündeter.

Auch führende US-Generäle ahnten, dass der geplante Kriegseintritt lediglich der Absicherung von Ölinteressen diente und weigerten sich, US-Soldaten aus Profitgier in den Kampf gegen Saddam zu schicken.

Doch dann kam Nayirah. Nayirah ist ein 15-jähriges kuwaitisches Mädchen, das zur Zeit von Saddams Einmarsch in Kuwait City als Freiwillige im städtischen Krankenhaus arbeitete. Sie sagt vor dem Menschenrechtsausschuss des US-Kongress aus.

Unter Tränen berichtet sie, dass sie mit ihren eigenen Augen ansehen musste, wie irakische Soldaten ins Krankenhaus stürmten, Babys aus ihren Brutkästen rissen und auf dem kalten Boden sterben ließen.

Die Aussage eines Mädchens, das unter Tränen vom brutalen Kindermord berichtet, ist der Dolch im Rücken eines jeden Pazifisten. Wer sich jetzt noch immer gegen einen Einmarsch ausspricht, ist ein Unmensch und sein Herz ist genauso kalt wie die Kacheln, auf denen die kuwaitischen Babys starben.

Nayirahs Aussage wurde ins globale Bewusstsein gebracht. George Bush sen. erwähnte die brutale Geschichte in den kommenden Wochen wieder und wieder, sieben weitere US-Senatoren griffen sie ebenfalls auf und rührten die Kriegstrommel.

Die mediale Dauerpräsenz des barbarischen Kindermörders Saddam trägt auch bald ihre Früchte. Die Bevölkerung ist angefixt, schreit nach Vergeltung, der Kongress stimmt ab, die USA ziehen in den Krieg.

Zigtausende Menschen sterben. Der Irak wird verwüstet. Wie in Vietnam setzen die USA auch im Irak Massenvernichtungswaffen

ein. Insgesamt werden 320 Tonnen radioaktive Uranmunition abgeworfen. Und genau wie in Vietnam kommen durch Spätfolgen dieser Kriegsverbrechen Hunderttausende Kinder mit schlimmsten Missbildungen zur Welt – erneut ein zum Himmel schreiendes Unrecht!

(Frieder Wagners preisgekrönte Doku über Uranmunition, Deadly Dust, ist Pflichtmaterial zum Thema US-Kriegsverbrechen.)

Nach Kriegsende stellte sich heraus, dass Nayirahs Aussage frei erfunden war. Saddams Truppen rissen keine Babys aus Brutkästen. Es gab sie nicht, die Hunderten von toten Neugeborenen. Das weinende Mädchen hat nie als Krankenschwester gearbeitet. Alles war gelogen.

Eine Sache entsprach dann aber doch der Wahrheit: Nayirah ist Kuwaiterin. Und nicht nur „irgendeine" Kuwaiterin. Sie ist die Tochter des damaligen kuwaitischen Botschafters in den USA. Der hat 10 Millionen Dollar in die PR-Firma Hill&Knowlton investiert, um der US-amerikanischen Bevölkerung einen Krieg zur Verteidigung Kuwaits schmackhaft zu machen.

Angesichts der 52 Milliarden Dollar an Reparationen, die der Irak bis heute an Kuwait abstottert, sind die 10 Millionen ein mehr als rentables Investment gewesen.

Erneut war es eine dreiste Lüge, die die USA in den Krieg führten. Ein weinendes Mädchen hat eine ganze Nation verführt und erneut zum Massenmörder werden lassen.

Nayirahs Aussage ging als Brutkastenlüge in die Geschichtsbücher ein und ist eines der Glanzstücke moderner Kriegspropaganda.

Auf der Suche nach Massenvernichtungswaffen

Der Golfkrieg ist vorbei, Saddam lebt. 10 Jahre lang ist er uninteressant für die USA, doch dann macht er eine fatale Entscheidung: er will sein Land vom Dollar-Monopol lösen und irakisches Öl künftig in Euro handeln – sein Todesurteil.

Die Falken im Pentagon planen daher erneut einen Überfall auf den Irak. Und erneut muss ein Grund her, denn kein Soldat würde mehr für billiges Öl in den Krieg ziehen. Die Brutkastenlüge ist aufgedeckt. Washington setzt dieses Mal nicht auf eine emotionale Geschichte, sondern auf harte Fakten, nicht auf ein weinendes Mädchen, sondern auf den Außenminister der Vereingten Staaten.

Am 5. Februar 2003 hielt Colin Powell seine historische Rede zum Bedrohungspotential von Saddam Husseins Irak im UN-Sicherheitsrat.

> *„Meine sehr geehrten Kollegen, jede Aussage, die ich heute treffe, ist durch Quellen gesichert, solide Quellen. Es sind keine bloßen Behauptungen. Jede Tatsache und jede Schlussfolgerung, die wir heute präsentieren, basieren auf solider Geheimdienstarbeit."*
>
> Colin Powell

Mit diesen vertrauenerweckenden Worten beginnt Powell seinen 76-minütigen Powerpoint-Vortrag, in dem er der Welt seine wasserdichte Argumentation präsentiert, basierend auf einer Vielzahl von Beweisen, die alle nur einen Schluss zuließen: Saddam Hussein muss endgültig von der Weltbühne verschwinden.

Colin Powell präsentiert dem UN-Sicherheitsrat ein Fläschchen „Anthrax".

Die Anschuldigung lautete, Saddam arbeite unentwegt an der Herstellung von biologischen, chemischen und auch nuklearen Massenvernichtungswaffen und stelle damit eine akute Bedrohung des Mittleren Ostens und der westlichen Welt dar.

Powell hämmerte diese Botschaft regelrecht ins globale Bewusstsein: das Wort „weapon" verwendete er ganze 96 Mal, im Schnitt alle 47 Sekunden. Die diffuse Angst vor Massenvernichtungswaffen wurde seitdem in Dauerschleife in die westlichen Wohnzimmer gebracht.

Die Beweise, die Powell ins Feld führte, waren ein paar nichtssagende Satelittenaufnahmen, abgehörte Telefonate, selbstgebastelte Graphiken von Bombenküchen versteckt in LKWs und ein kleines Fläschchen Anthrax, das er bei sich hatte. Das dazugehörige Foto ging um die Welt.

Das Fläschchen war eine gekonnt platzierte Requisite. Es versteht sich von selbst, dass sich in dem Röhrchen maximal Backpulver befunden haben konnte und Powell kein Anthrax in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mitgebracht hat. Im richtigen Zeitpunkt photographiert und weltweit auf Seite 1 der Zeitungen gesetzt kann ein harmloses Fläschchen allerdings zur gefährlichsten Waffe im Kampf der Bilder werden. Es schüchtert ein, schürt Ängste und vergiftet so das Urteilsvermögen.

Heute wissen wir, dass alles gelogen war. 76 Minuten hat Powell der Welt ins Gesicht gelogen. Es gab sie nicht, die Massenvernichtungswaffen. Und die US-Geheimdienste wussten dies zur Zeit des Einmarschs. Dem Bush-Regime war das egal, es hielt an seinem vorgefertigten Plan zum Überfall auf den Irak fest. Powell's Rede an die Welt diente einzig und allein dem Marketing dieses Krieges.

Ein kleines Röhrchen mit weißgelbem Pulver war ausschlaggebend dafür, dass die Welt tatenlos zusah, wie Bush und Blair in einem illegalen Angriffskrieg den Irak überfielen und den Tod von Hunderttausenden Zivilisten verursachten. Das geschaffene Chaos war der Nährboden für den Aufstieg des Islamischen Staats (IS). Bush und Blair sind damit für die verheerende Lage im Irak von heute unmittelbar verantwortlich, wie der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan in einem Interview mit Russia Today analysiert.

Es macht keinen Unterschied, dass Powell die Lüge später eingeräumt hat. Er ist und bleibt verantwortlich für das Elend, das die USA über den Irak gebracht hat. Seine Lügen haben den Weg zum Massenmord an der irakischen Zivilbevölkerung geebnet. Er ist ein Kriegsverbrecher und gehört als solcher angeklagt, verurteilt und ein Leben lang hinter Gitter.

Aus der Vergangenheit lernen

Die drei beschriebenen Beispiele sind historisch belegte Lügen der USA, um mit ihrer Hilfe ein militärisches Eingreifen zu rechtfertigen:

1964 der Zwischenfall im Golf von Tonkin, Vietnamkrieg

1990 die Brutkastenlüge, Zweiter Golfkrieg

2003 die Lüge über Massenvernichtugnswaffen, Irakkrieg

Diese nachgewiesenen Kriegslügen sollten uns lehren, bei jeder Rechtfertigung für einen Kriegseintritt höchst skeptisch zu sein und die zugrundeliegende Argumentation mehr als kritisch zu beäugen. Notorischen Lügnern blind zu vertrauen, ist wenig ratsam. Das zählt im Privaten, umso mehr sollte es beim Kriegstreiber #1 zählen, der US-Regierung.

Wir finden uns aktuell erneut auf vielen Kriegsschauplätzen wieder, bei denen wir höchstwahrscheinlich wissentlich belogen wurden, um Kriegspolitik zu rechtfertigen. Die Indizienlage wird zusehends erdrückender, es fehlen noch die ultimativen Beweise. Eine Auswahl:

2013 kamen bei einem Angriff mit dem Nervengas Sarin mehr als 1,400 Zivilisten im syrischen Bürgerkrieg qualvoll ums Leben. Die verstörenden Bilder gingen um die Welt. Schnell war der US-Regierung klar, dass Präsident Assad die Angriffe befohlen hat. Präsident Obama rechtfertigte so ein verstärktes Eingreifen des US-Militärs im Versuch, Assad zu stürzen.

Dass Washington auch hier gelogen hat, steht so gut wie fest. Eine Vielzahl der Indizien deutet darauf hin, dass es nicht Assads Truppen, sondern die Oppposition war, die das Sarin eingesetzt hat.

Im Juli 2014 wird die malaysische Passagiermaschine MH17 beschossen und stürzt über der Ukraine ab. Alle 298 Insassen sterben. Der Täter ist auch hier schnell ausgemacht: Putin war es!

MH17 war die Rechtfertigung für ein verstärktes Eingreifen des Westens in den ukrainischen Bürgerkrieg und außerdem für massive Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland. Beweise für Putins Täterschaft wurden nie vorgelegt. Auch hier deutet vieles darauf hin, dass esukrainische Kräfte selbst waren, die die Maschine vom Himmel holten.

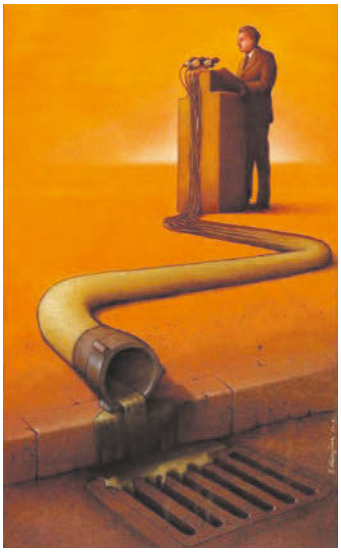
Der immer mehr zum Kriegspropagandablatt mutierende SPIEGEL benötigt keine Beweise zur Aufklärung von Verbrechen, solange die mutmaßlichen Täter sein kleinkariertes Weltbild widerspiegeln.

9/11 will ich an dieser Stelle gar nicht anreißen. Wer auch immer für den Einsturz der Türme verantwortlich war, wir wissen es nicht. Fest steht jedoch, dass die offizielle Geschichte der Bush-Administration durchsetzt ist von Lügen. 9/11 ist seit 14 Jahren die Rechtfertigung für so ziemlich jedes Kapitalverbrechen der US-Regierung, innen- wie außenpolitisch. 9/11 muss neu aufgerollt werden.

Politiker, die vom Krieg erzählen, lügen.

Kriegslügen sind kein Selbstzweck. Sie verführen uns jedes Mal aufs Neue und bringen den Pazifisten in uns zum Schweigen. Zum Selbstschutz gegenüber Kriegspropaganda, zur Immunisierung, sollte der Fokus nicht allein auf der Verwerflichkeit des Lügners und seinen niederträchtigen Beweggründen verharren, sondern vor allem auf das menschliche Elend gelegt werden, das die Lügen produzieren.

Es sind die Hunderttausenden vom Agent Orange missgebildeten Kinder in Vietnam, die Hunderttausenden von radioaktiver Uranmunition missgebildeten Kinder im Irak und Bosnien, es sind die Abermillionen Kriegswaisen überall auf der Welt, Länder, in denen komplett traumatisierte Generationen heranwachsen, es sind die



(© Pawel Kuczynski)

barbarischsten Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gegen das Leben an sich – und an deren Anfang steht jedes Mal die Lüge.

Wenn Politiker Krieg als Alternativlosigkeit verkaufen, beschreiben sie damit keine reale Gegebenheit, sie offenbaren nichts als ihre eigene geistige Beschränktheit. Denn sie sind nicht im Stande, in Alternativen zu denken.

Der beste Freund des Kriegstreibers ist die Zeit, denn sie lässt uns vergessen. Politiker können sich des verkümmerten historischen Bewusstseins ihrer Untergebenen sicher sein. Irgendwann kommt ihre Lüge ans Tageslicht, ja, doch bis dahin? Der Schaden ist längst angerichtet, die Toten lange begraben, die nächste Lüge ist schon wieder in Planung, denn die letzte ist längst vergessen.

Was nützt also die Arbeit der Historiker? Es wird keine Verbindung zwischen dem von ihnen geschaffenen historischen Wissen und der Gegenwart hergestellt. Geschichte ist und bleibt eben allzu oft leider genau das – Geschichte. Wenn aus der Vergangenheit keine Handlungsanweisung für die Gegenwart und keine dringliche Warnung für die Zukunft wird, verpufft ihre Wirkung, so als wäre sie nie dagewesen.

Durch das Vergessen all der Kriegstoten werden sie herabgewürdigt zu einem vernachlässigbaren Detail im Laufe der Geschichte. Sie sollten vielmehr eine Mahnung sein, uns den Spiegel vorhalten, uns gegen die Lüge immunisieren, unseren Blick schärfen.

Politiker, die vom Krieg erzählen, lügen. Jedes Mal.

Unterstütze Free21.org

CROWDFUNDING-Konto:

Kontoinhaber: Tommy Hansen,
Verwendungszweck: FREE21
GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS,
IBAN: DE54 4306 0967 1168 5797 01,
oder auf das **Paypal-Konto:**
tommy.hansen@free21.org

Quellen:

New York Times: Vietnam War Intelligence ‚Deliberately Skewed,' Secret Study Says
<http://www.nytimes.com/2005/12/02/politics/vietnam-war-intelligence-deliberately-skewed-secret-study-says.html?_r=0>

Frankfurter Rundschau: Die Lüge im Golf von Tonkin
<http://www.fr-online.de/politik/vietnam-krieg-die-luege-im-golf-von-tonkin,1472596,28012314.html>

BBC News: Agent Orange legal case dismissed
<http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/4336941.stm>

New York Times: The World; The Means to Make the Poisons Came From the West
<http://www.nytimes.com/2003/04/13/weekinreview/the-world-the-means-to-make-the-poisons-came-from-the-west.html?pagewanted=1>

Bill Moyers: The First Iraq War Was Also Sold to the Public Based on a Pack of Lies
<http://billmoyers.com/2014/06/27/the-first-iraq-war-was-also-sold-to-the-public-based-on-a-pack-of-lies/>

Radio Free Europe: Iraq: Baghdad Moves To Euro
<http://www.rferl.org/content/article/1095057.html>

YouTube: Colin Powell's Presentation to the UN Security Council On Iraq's WMD Program
<http://www.youtube.com/watch?v=ErlDSJHRVMA>

CNN: Powell: Iraq hiding weapons, aiding terrorists
<http://edition.cnn.com/2003/US/02/05/sprj.irq.powell.un/>

Autor:

Jacob Reimann

Jakob hat im Sommer 2014 sein Studium in Dresden abgeschlossen. Zur Zeit lebt er in Nablus, Palästina und arbeitet dort an der naturwissenschaftlichen Fakultät der An-Najah National University.

http://justicenow.de

Dieser Text wurde zuerst auf **JusticeNow.de** unter der URL ‹http://justicenow.de/das-erste-opfer-des-krieges-ist-die-wahrheit/› veröffentlicht

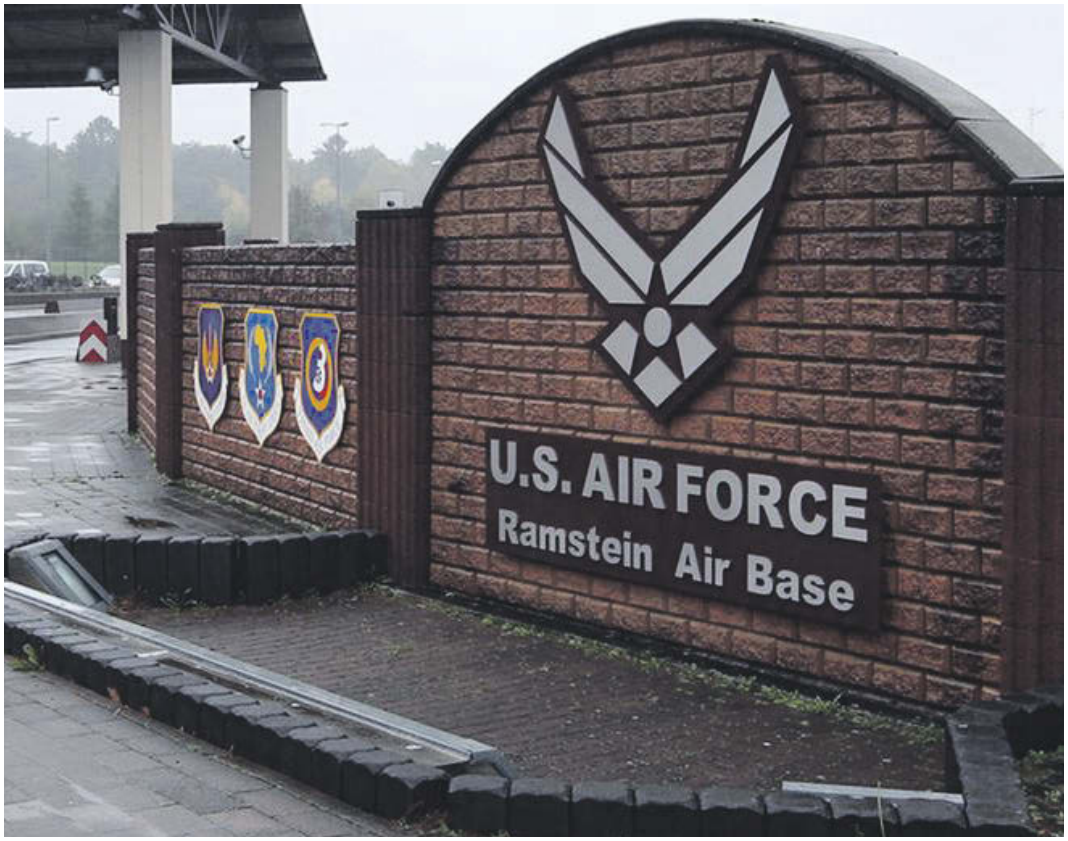
‹http://free21.org/de/node/306›

Kein Drohnenkrieg – **schließt Ramstein!**

Ein Gespräch mit Mohssen Massarrat und Rainer Braun

Von Jens Wernicke

Mohssen Massarrat (Schirmbild)



Ramstein Air Base (Foto: Getty Images)

Die Friedensbewegung fordert die Stilllegung der US-Militärstützpunktes Ramstein, deren Bedeutung für die globalen Kriege gar nicht zu überschätzen sei. Dabei verstößt „außergerichtliches Töten von Bürger in anderen Staaten auf deren Territorien (…) nicht nur gegen die Menschenrechts-Charta der UNO und gegen das Völkerrecht, sondern auch – wenn das Verbrechen von deutschem Hoheitsgebiet ausgeht – gegen unser Grundgesetz", heißt es im zugehörigen bundesweiten Aufruf. Zur Bedeutung von Ramstein und zur Intention des Appells sprach Jens Wernicke mit Mohssen Massarrat vom Wissenschaftlichen Beirat von Attac und dem Geschäftsführer der Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen Rainer Braun, die den Appell unterstützen.

JENS WERNICKE: *Herr Massarrat, Herr Braun, soeben wurde ein Friedensappell „Stopp Ramstein! Kein Drohnenkrieg!" veröffentlicht, dessen Erstunterzeichner Sie – gemeinsam mit Albrecht Müller, einem der Herausgeber der NachDenkSeiten – sind. Was ist das Problem mit Ramstein? Wogegen richtet sich ihre Kritik?*

MOHSSEN MASSARRAT: Ramstein ist einer der wichtigsten von weltweit über 800 militärischen Stützpunkten der USA, und der wichtigste in Europa. Was aber diesen Militärstützpunkt zu einer echten Bedrohung auch für die deutsche Bevölkerung macht, ist die Tatsache, dass er die logistische Drehscheibe für alle US-Kriege im Mittleren Osten ist, da er den größten militärischen US-Flugplatz außerhalb der USA beherbergt, von dem aus alle entsprechenden Fracht- und Truppentransporte stattfinden.

> *„Was aber diesen Militärstützpunkt zu einer echten Bedrohung auch für die deutsche Bevölkerung macht, ist die Tatsache, dass er die logistische Drehscheibe für alle US-Kriege im Mittleren Osten ist."*

Hinzu kommt, dass Ramstein logistisch für die US-Drohnenkriege in Afghanistan, im Mittleren Osten und in Afrika einen entscheidenden Faktor darstellt, weil der Stützpunkt als Relaisstation für die Übertragung der Einsatzbefehle benutzt wird. Ohne ihn funktionierte dieses Morden schlicht nicht. Außerdem ist Ramstein auch längst mögliches nukleares Angriffsziel für Russland, weil hier die Einsatzzentrale für das Raketenabwehrsystem der USA untergebracht ist, das dazu dient, einen US-geführten nuklearen Erstschlag zu ermöglichen, indem der zu erwartende Vergeltungsschlag unmöglich gemacht wird.

Rainer Braun (Schirmbild)

RAINER BRAUN: Eine zentrale Rolle spielte der Stützpunkt in den letzten 10 Jahren vor allem im Afghanistankrieg: Mehr als 300.000 US-Soldaten wurden über Ramstein ein- und ausgeflogen.

Und, wie gesagt: Ohne ihn kann und wird es so leicht keine extra-

Publiziert: 23.08.2015 (17:20), von Jens Wernicke, Original: ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=27190›

legalen und völkerrechtswidrigen Drohnenmorde mehr geben. Das hat mit der Krümmung der Erde zu tun, die zur Weiterleitung der Befehle an die Drohnen diese Relaisstation nötig macht.

Die Auflösung des Airports oder zumindest die Schließung der Relaistation wären daher ein großer friedenspolitischer, ja, menschenrettender Akt, der relativ einfach zu haben ist: Kündigt Deutschland das Stationierungsabkommen über Ramstein zwischen den USA und Deutschland von 1990, erlischt nach einer Frist von 24 Monaten die Verpflichtung, diese Basis zu dulden. Eben darauf zielen wir und zielt die aktuelle Kampagne ab.

„Kriegsdrohnen sind daher geradezu dafür prädestiniert, internationale Regeln außer Kraft zu setzen, und hierdurch asymmetrische Kriege und den internationalen Terrorismus in erheblichem Maße zu fördern.“

JENS WERNICKE: *Und das ist inzwischen gesichertes Wissen, dass die zentrale Drohnenkoordination von Ramstein aus erfolgt? Ich frage, weil es da vor einiger Zeit massive Gegenrede in den Leitmedien gab; das sei gar nicht so etc. Auf welche Quellen berufen Sie sich hier denn?*

MOHSSEN MASSARRAT: Natürlich sind wir außerstande, unzweifelhafte Beweise vorzulegen. Aber in zahlreichen Fernseh- und Rundfunkberichten sowie Zeitungen wurde seit mehreren Jahren immer mit Detailinfos auf die Rolle von Ramstein in Bezug auf die Kriege weltweit hingewiesen. Dass die Bundesregierung nicht willig war und ist, zu diesen Medienberichten wirklich Stellung zu beziehen, belegt unserer Einschätzung nach, dass die Darstellungen zutreffend sind. Und das macht ja auch Sinn. Denn die Medienberichte stützen sich auf glaubwürdige öffentliche Aussagen etwa des US-Drohnenpiloten Brayant sowie auf die NSA-Enthüllungen.

RAINER BRAUN: Insofern zeigen auch und vor allem die Veröffentlichungen zu Ramstein, die dann von Spiegel, Süddeutscher usw. aufgegriffen worden sind, die zentrale und bedeutende Rolle von Whistleblowern, Menschen also, die aus Verantwortung und bei hohem eigenem Risiko Wahrheiten und Fakten, die die politische Klasse gern verschweigen möchte, an die Öffentlichkeit bringen. Insofern vielleicht noch einen Satz an all jene, die die bekannten Fakten anzweifeln: Ein Blick in die veröffentlichten Dokumente und Strategiepapiere der verschiedenen Abteilungen der US-Armee und des Pentagon bestätigt unzweideutig das, was ich als umfassende weltweite Kriegsführungsstrategie sowie den Versuch der Gewinnung der Erstschlagsfähigkeit gegenüber Russland bezeichnen mag.

JENS WERNICKE: *Und was genau ist das Problem bei den genannten Drohneneinsätzen? Was stört sie daran?*

MOHSSEN MASSARRAT: Man könnte dazu eine Menge von Gründen anführen. Für mich sind die Drohnenkriege auf jeden Fall die perverseste Form der Kriegsführung überhaupt, weil allein die technologische Möglichkeit und der Besitz solcher Kriegsdrohnen die USA, aber auch Israel oder jedes andere mögliche Land in die Lage versetzt, ohne jedwede juristisch belastbaren Gründe über Leben und Tod anderer Menschen zu entscheiden. Kriegsdrohnen sind daher geradezu dafür prädestiniert, internationale Regeln außer Kraft zu setzen, und hierdurch asymmetrische Kriege und den internationalen Terrorismus in erheblichem Maße zu fördern.

Die Soldaten, die irgendwo in Kalifornien in ihren Einsatzbunkern sitzen, suchen sich ihre Ziele und drücken auf Knöpfe, ohne selbst auch nur geringsten Gefahren ausgesetzt zu sein. Das Morden wird mit diesen Werkzeugen sozusagen zum Kinderspiel gemacht.

Ramstein Air Base (Foto: US-Regierung, public domain)

RAINER BRAUN: Ja, und die Kriegsführung mit Drohnen ist vor allem eine solche gegenüber Zivilisten. Mindestens 80 Prozent der Opfer sind Frauen, alte Menschen und Kinder, die zufällig am Platz des Einschlags der von den Drohnen abgeschossenen Raketen waren. Widerlicher als in Bezug auf die Kriegsführung mit Drohnen wurde der Begriff der sogenannten Kollateralschäden bisher wohl nicht verwandt.

Bei allen Unsicherheiten der Erfassung, können wir inzwischen relativ gesichert von inzwischen mehr als 18.000 Toten ausgehen, die auf Drohneneinsätze zurückzuführen sind. 13.000 davon allein in Afghanistan, wo die Zahlen auch durch entsprechende UN-Veröffentlichungen gesichert sind. Und 5.000 weitere Menschen kamen bisher bei den Einsätzen in Somalia, Pakistan und im Jemen ums Leben. Weitgehend unklar sind hingegen die Opferzahlen im Irak, in Syrien und Libyen. All diese Menschen sind dabei Opfer völkerrechtswidrigen Handelns – der Ankläger, der Richter und der Ausführende des Urteils, früher hätte man Henker gesagt, sind nämlich ein und dieselbe „politische Person“; und das Identifizieren sogenannter Terroristen, die dann ermordet werden dürfen, basiert überdies oft auf purer Denunziation.

JENS WERNICKE: *Derlei „Kriegsart“ ist also klar illegal?*

MOHSSEN MASSARRAT: Drohnenkriege, auch wenn sie aus Deutschland nur gesteuert werden, verletzen auf jeden Fall Artikel 26 des deutschen Grundgesetzes, der Handlungen verbietet, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, um das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören.

Deshalb könnte die deutsche Bundesregierung auch durch Opfer von den US-Drohnenkriegen wegen Mitwirkung verklagt werden. Tatsächlich haben jemenitische Opfer einer US-Drohne diesen Schritt auch bereits unternommen.

RAINER BRAUN: Aktuell laufen bereits Klagen von Mitgliedern der IALANA gegen diejenigen deutschen Bundesregierungen, die hier mitverantwortlich sind. Grundgedanke dieser Klage ist die Position, dass Angriffskriege grundsätzlich völkerrechtswidrig sind und nach Grundgesetz aber auch nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes von 2005

von deutschem Boden niemals ausgehen, aber auch keinesfalls unterstützt werden dürfen.

Diese Klage wiederum stützt sich auf ein Gutachten des Bremer Juristen Andreas Fischer-Lescarno, das die völkerrechtswidrige Kriegsführung der USA von deutschem Boden aus dokumentiert. Die ersten 2 Prozesse wurden zwar verloren, das ist aber noch lange kein Grund, den juristischen Weg nicht weiterzuverfolgen. Erinnert fühle ich mich bei den Prozessen aber schon an die Aussage nicht nur der „68“, die herrschende Justiz sei die Justiz der Herrschenden. Wichtiger als der juristische Weg sind und bleiben für uns aber politische außerparlamentarische Aktionen.

JENS WERNICKE: *Hat die aktuelle Entwicklung auch etwas mit dem sogenannten „Militärisch-IndustriellenKomplex“ zu tun, von welchem man in verschiedenen Schriften von Ihnen, Herr Massarrat, gelegentlich liest?*

MOHSSEN MASSARRAT: Ja, denn dieser „Wirtschaftszweig“ kann im Unterschied zu allen anderen Wirtschaftssektoren seine Fortexistenz nur dadurch legitimieren, dass überall in der Welt immer neue Konflikte und Kriege entstehen, dass ihre immer neueren Erfindungen als Tötungsmaschinen eingesetzt werden und damit die Spirale von neuen Kriegen und Konflikten ununterbrochen am Laufen bleibt. Wenn wir die Frage nach dem cui bono der Kriege und dadurch der millionenfachen Tötung von unbeteiligter Zivilbevölkerung überall in der Welt stellen, dann bleibt am Ende einzig der Militärisch-Industrielle Komplex übrig, der hiervon profitiert.

RAINER BRAUN: Ohne militärisch–industriellen, und wie ich gern ergänzen würde, auch medialen Komplex wäre es schlicht unmöglich, jedes Jahr weltweit 1,7 Billionen Dollar für Rüstung auszugeben. Es bedarf massiven politischen Einflusses und medialer Verdummung, um soviel Geld gesellschaftlich sinnlos und nur für den Profite einiger weniger, zu verpulvern, während zugleich Millionen von Menschen hungern, unter katastrophalen Bedingungen leben sowie an Bildung und Gesundheit gespart wird.

JENS WERNICKE: *Wieso unternimmt die Bundesregierung hiergegen denn dann nichts, sondern wiegelt ab, leugnet, verschweigt bzw. wie inzwischen der ein oder andere meint, belügt sogar seit Jahren die eigene Bevölkerung?*

MOHSSEN MASSARRAT: Die durch den Spiegel veröffentlichten Dokumente belegen, dass die Bundesregierung von den Verwicklungen Ramsteins in den Drohnenkrieg Bescheid wissen muss. Sie hat es jedoch bislang geschafft, sich hinter dem Schleier des Nichtwissens zu verstecken. Damit will sie offenbar ihren eindeutigen Verfassungsbruch verschleiern.

RAINER BRAUN: Die Bundesregierung ist für mich hier nicht Opfer, sondern Mittäter. Sie wusste und weiß, was in Ramstein vor sich geht und will es nicht beenden – aus Vasallentreue der NATO gegenüber, und um als gut staffierter Juniorpartner der USA imperiale Eigeninteressen zu bedienen. Denn auch „unsere“ Ressourcen und Rohstoffe sollen ja „gesichert“ werden.

JENS WERNICKE: *Und was soll nun folgen auf Ihren genannten Friedensappell? Wie wollen Sie Druck auf die Regierung ausüben; was wollen Sie tun?*

MOHSSEN MASSARRAT: Mit dem Appell und den damit initiierten Aktionen soll dieser undemokratischen Politik des Schweigens der Bundesregierung ein Ende gesetzt und sollen die Verantwortlichen zur Offenlegung der Wahrheit über Ramstein und alles, was sich dahinter verbirgt, gezwungen werden.

Es kann doch nicht sein, dass die USA Ramstein und damit Deutschland als Ganzes samt seiner 80 Millionen Einwohner mir nichts Dir nichts und so ganz nebenbei zu einem nuklearen Angriffsziel ihrer Gegner bestimmen, ohne dass in Deutschland darüber überhaupt eine öffentliche Debatte möglich ist.

RAINER BRAUN: Der Appell ist eine Aufforderung zu aktivem Handeln und der Beginn einer längerfristigen Kampagne. Wir wollen Ramstein in das Zentrum der politischen Auseinandersetzung rücken, verstärkt darüber aufklären und informieren, was dort real geschieht und Alternativen für eine friedliche Entwicklung aufzeigen. Wir wollen Ramstein delegitimieren oder, anders ausgedrückt, dazu beitragen, dass Ramstein ein „dirty word“ wird.

Unser Ziel bleibt dabei die Schließung des Stützpunktes, was aber nicht in einem Anlauf und mit einer Aktion zu erreichen ist. Deshalb werden wir mit einer Demonstration und Kundgebung am 26. September beginnen, es hierbei aber nicht bewenden lassen.

JENS WERNICKE: *Ich bedanke mich für das Gespräch.*

Im Interview: Mohssen Massarrat

Mohssen Massarrat, geboren 1942 in Teheran, ist emeritierter Professor für Politik und Wirtschaft am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück mit den Forschungsschwerpunkten Mittlerer und Naher Osten, Energie, Friedens- und Konfliktforschung, sowie Nord-Süd-Konflikt. Er wurde im Iran geboren und lebt seit 1961 in der Bundesrepublik Deutschland. Massarrat war Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung und ist seit 2002 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland.

Im Interview: Rainer Braun

geboren 1952 in Braunschweig, studierte Germanistik und Geschichte sowie Journalistik. Er ist seit 1981 in der Friedensbewegung aktiv, war ab 1982 Büroleiter und später auch Initiator der „Krefelder Initiative gegen den Atomtod“. Ab 1982 war er aktiv bei den „Naturwissenschaftlern für den Frieden“, von 1987 bis 2001 ihr Geschäftsführer. Aktuell ist er Geschäftsführer der deutschen und internationalen IALANA (International Lawyer against Nuclear Arms) und zudem Autor und Herausgeber verschiedener Bücher zu Frieden und Nachhaltigkeit, darunter unter anderem „Einstein und Frieden“, „Joseph Rotblat – one life for peace“ und „Future of Food“

Autor: Jens Wernicke

Jahrgang 1977, studierte an der Bauhaus-Universität Weimar Medien- und Kulturwissenschaften. Er war Mitglied im SprecherInnenrat der StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und zuletzt im Vorstand des freien zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs) e.V. sowie als Sprecher des Landesausschusses der Studentinnen und Studenten (LASS) in der GEW Thüringen aktiv.

https://jensewernicke.wordpress.com/

Dieser Text wurde zuerst auf den **Nachdenkseiten.de** unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=27190› veröffentlicht

‹http://free21.org/de/node/319›

Wie die **CIA deutsche Medien** manipulierte

Mit Pseudo-Feminismus in den Krieg: Wie die CIA deutsche Medien manipulierte, damit Bomben für Menschenrechte fallen.

Florian Hauschild

Besonderes Angriffsziel der CIA: Linke Medien in Deutschland. (Foto: Karl-Ludwig Poggemann, CC BY 2.0)

Seit dem 11. September 2001 sind die Vereinigten Staaten in eine neue Epoche der Angriffskriege eingetreten. Wie immer im Krieg, war und ist dessen Führung nur mit der Kontrolle der Öffentlichen Meinung und der Rückendeckung durch diese möglich. Neben den Medien im imperialen Zentrum waren und sind auch die peripheren deutschsprachigen Informationserzeugnisse primäres Manipulationsziel der US-amerikanischen Geheimdienste.

Schon im März 2010 veröffentlichte die Leakingplattform Wikileaks ein fünf-seitiges Strategiepapier, das diese Vorgehensweise umreißt und die für die Kriegsführung notwendigen Schritte seitens der CIA beschreibt: In der vorwiegend links-geprägten, politisch-aktiven deutschen Öffentlichkeit war es zuvor Voraussetzung des NATO-Krieges gegen Afghanistan gewesen, mindestens eine „Apathie" herzustellen, was auch gelang. Um zu verhindern, dass angesichts der folgenden und seitdem andauernden deutschen Beteiligung an den Kampfhandlungen der so genannten ISAF-Mission in Afghanistan, Empörung hinsichtlich der Opfer des Krieges entsteht, wurde es seitens der Agency ebenfalls als notwendig erachtet, die Gesellschaft fortan auf die „Tolerierung ziviler Opfer" einzujustieren. Dafür sollte ein Argumentationsmuster ausgebaut werden, dass schon 2001 in Deutschland als Kriegsrechtfertigung herhalten musste: Mit einer gezielt lancierten Kampagne mit dem Inhalt, der Krieg diene vor allem dem Schutz der Menschen- und insbesondere der Frauenrechte. Der Widerspruch, dass in den USA den dortigen Bürgern der selbe Krieg als Vergeltungsschlag für den 11. September verkauft wurde, störte dabei kaum einen der sonst so klugen linksliberalen publizistischen Köpfe.

Wikileaks Gründer und bekannterster Mitarbeiter Julian Assange (Foto: Espen Moe, CC-BY 2.0)

Dass die „aggressiv humanistischen" Kriegsgründe allerdings nur vorgeschoben waren und lediglich der Kriegsrechtfertigung dienten, belegt seit dem Jahr 2006 auch die kanadische Feministin und Politikwissenschaftlerin Krista Hunt. Angelehnt an Donald Rumsfelds Begriff des „embedded journalism", kritisiert Hunt einen „embedded feminism", der sich der Kriegsbegründung andiene, sich aber nur so lange um die Rechte afghanischer Frauen schere, wie es Bomben hageln soll. Im Anschluss an den Krieg ist bei den politischen und medialen Kriegstreibern meist keine Rede mehr von Frauen- oder Menschenrechten. Dass es den meisten Frauen, wie auch den ganzen Gesellschaften, nach einem Angriffskrieg natürlich noch viel schlechter geht, spielt dann ebenfalls keine Rolle mehr im Diskurs. Die „westlichen Werte" mit denen das US-Imperium nach eigener Darstellung den Rest der Welt beglücken will, sind dann schnell vergessen. Andrea Nachtigal auf dem Internetportal Linksnet dazu:

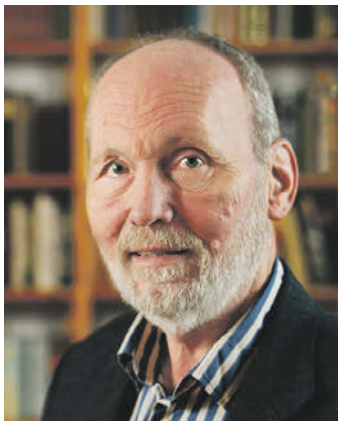
> *„In der Tat wissen wir seit langem, dass links und linksliberale Kräfte in Europa schon immer im Visier des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA standen. "*
>
> Prof. Jörg Becker

„Wesentlich für die Funktionsweise des „embedded feminism" ist seine inhärente eurozentrische

und (neo-) kolonialistische Logik, mit deren Hilfe sich der „Westen“ damals wie heute als kulturell überlegen imaginiert und seine imperialistischen Herrschafts- und Interventionsansprüche absichert.“

In dem von Wikileaks veröffentlichten CIA-Dokument heißt es dazu klar und eindeutig: „Die afghanischen Frauen sind der ideale Botschafter, um den Kampf der ISAF-Truppen gegen die Taliban human erscheinen zu lassen. Denn gerade Frauen können glaubwürdig über ihre Erfahrungen unter den Taliban, ihre Zukunftsträume und ihre Ängste bei einem Sieg der Taliban sprechen.

Wir brauchen reichweitenstarke Medien, in denen afghanische Frauen ihre Erfahrungen mit französischen, deutschen und anderen europäischen Frauen teilen können, damit gerade die bei europäischen Frauen stark vorhandene Skepsis gegen die ISAF-Mission abgebaut werden kann. Nach Umfrageergebnissen des Bureau of



Prof. Jörg Becker 2011 (Foto: Valmont2000, CC-BY-SA 4.0)

Intelligence and Research (INR) der CIA vom Herbst 2009 unterstützten 8 Prozent der befragten französischen und 22 Prozent der befragten deutschen Frauen den Afghanistankrieg weniger als ihre jeweils befragten männlichen Landsleute.

Am effektivsten sind wahrscheinlich solche Medienevents, in denen afghanische Frauen von ihrer Situation Zeugnis ablegen. Am besten in den Rundfunkmedien, die einen besonders hohen Frauenanteil bei ihrer Zuhörerschaft haben“

Im März 2010 veröffentlichte die Leakingplattform Wikileaks ein fünfseitiges Strategiepapier, das diese Vorgehensweise umreißt und die für die Kriegsführung notwendigen Schritte seitens der CIA beschreibt. (Grafik: Oliver Tacke/CC BY SA 3.0)

Was genauer hinter dieser Strategie steckt, dazu befragt der freie Journalist Jens Wernicke in einem aktuellen Interview für das Internetportal Telepolis den Politologen Prof. Jörg Becker.

Becker erforscht seit langem Spins und mediale Manipulationen zum Zwecke der Kriegspropaganda und spricht von einer übergeordneten Medienstrategie seitens der US-Geheimdienste, die letztendlich auf das 1996 erschienene Werk „Kampf der Kulturen“ von Samuel Huntington zurück geht. In seinem einflussreichen und wissenschaftlich hoch umstrittenen Buch, bezeichnet Huntington den Islam als Modernisierungshindernis für den Westen, weshalb es gelte alle muslimischen Länder radikal zu destabilisieren. Eine Blaupause für die spätere US-Außenpolitik. Becker dazu:

„In diesem aggressiven Kampf der USA um eine globale Modernisierung nach westlichem Vorbild spielt die Frauenfrage eine herausragende Rolle. Es entwickelt sich eine mörderische Allianz von NATO und westlichem Feminismus. In Deutschland verkörpert diese Allianz am meisten die Vorzeigefeministin und Islamhasserin Alice Schwarzer, etwa mit ihrem dümmlichen Buch „Die Gotteskrieger und die falsche Toleranz“. Und auch, dass es vor allem die politisch linken Millieus sind, die – keineswegs immer freiwillig – Ziel und Multiplikator der medialen Propaganda sind, untermauert Becker: „In der Tat wissen wir seit Langem, dass linke und linksliberale Kräfte in Europa schon immer im Visier des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA standen. Und zwar nicht nur als Verfolgte und Opfer – wie beispielsweise die linken Schriftsteller Bertolt Brecht und Graham Greene -, sondern außerdem auch als unfreiwillig-freiwillige Partner.“

> *„In diesem aggressiven Kampf der USA um eine globale Modernisierung nach westlichem Vorbild spielt die Frauenfrage eine herausragende Rolle. Es entwickelt sich eine mörderische Allianz von NATO und westlichem Feminismus.“*
>
> Prof. Jörg Becker

Dabei gelte es besonders mit den Chiffren „Hitler“ und „Auschwitz“ zu arbeiten. Einen ungeliebten Machthaber medial als neuen Hitler oder ein Massaker als das neue Auschwitz zu bezeichnen, sei eine vielversprechende Strategie, wenn es darum geht linksliberale Köpfe für den Krieg zu begeistern. Schaut man sich die vorherrschenden Dogmen im deutschen links-grünen Spektrum genauer an, scheint diese CIA-Strategie ziemlich gut aufgegangen zu sein.

Quellen:

Wikileaks: CIA report into shoring up Afghan war support in Western Europe
<https://file.wikileaks.org/file/cia-afghanistan.pdf>
Linksnet: PERIPHERIE-Stichwort „Embedded Feminism“
<http://www.linksnet.de/de/artikel/30867>
TELEPOLIS: Geleaktes CIA-Dokument belegt Kriegspropaganda
<http://www.heise.de/tp/artikel/45/45221/1.html>

Autor:

Florian Hauschild

ist Politologe und Soziologe (M.A.), Blogger, Journalist (RT Deutsch) und engagiert sich in der Friedensbewegung.

www.rtdeutsch.com

www.twitter.com/f_hauschild

Unterstütze Free21.org

donate

CROWDFUNDING-Konto:

Kontoinhaber: Tommy Hansen,
Verwendungszweck: FREE21
GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS,
IBAN: DE54430609671168579701,
oder auf das **Paypal-Konto:**
tommy.hansen@free21.org

Dieser Text wurde zuerst auf **rtdeutsch.de** unter der URL ‹www.rtdeutsch.com/23913/› veröffentlicht.

‹http://free21.org/de/node/288

Publiziert: 25.06.2015 (09:19), aktualisiert: 25.06.2015 (09:19) von Florian Hauschild, Original: ‹www.rtdeutsch.com/23913/›

Von Metadaten und **unschuldigen** Smartphones

Geheimdienste sammeln Metadaten über die Kommunikation aller Bürger. Die Politiker wollen uns glauben machen, dass diese Daten nicht allzu viel aussagen. Ein Niederländer hat das überprüft und das Gegenteil demonstriert: Metadaten verraten viel mehr über dein Leben, als du denkst.

von Dimitri Tokmetzis

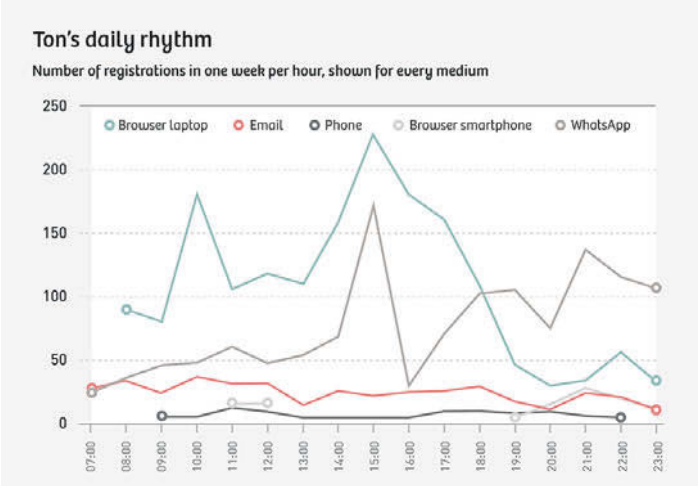
Ton Siedsma (BY-NC-SA 4.0.)

Ton Siedsma ist nervös. Er traf die Entscheidung vor Wochen, aber verschiebt sie doch immer weiter. Es ist der 11. November, ein kalter Herbstabend. Um zehn nach acht (20:10:48 Uhr um genau zu sein), während er auf dem Weg nach Hause den Elst Bahnhof passiert, aktiviert er die App. Sie wird alle Metadaten seines Telefons in der kommenden Woche speichern.

Metadaten sind nicht der tatsächliche Inhalt der Kommunikation, sondern die Daten über die Kommunikation; etwa die Nummern, die er anruft oder antextet, und wo sein Handy sich zu einem bestimmten Zeitpunkt befindet. Wem er E-Mails schreibt, die Betreffzeilen der E-Mails und die Webseiten, die er besucht.

Ton wird nichts Außergewöhnliches tun. Er wird einfach sein normales Leben führen. An Wochentagen bedeutet das, Radfahren von seinem Haus in Nijmegen zum Bahnhof und mit dem Zug nach Amsterdam. Am Samstag wird er sein Auto nach Den Bosch fahren und die Nacht in der Nähe von Zuiderpark verbringen, um am nächsten Tag mit den öffentlichen Verkehrsmitteln wieder nach Nijmegen zurückzufahren. Im Verlauf des Tages wird er in einem Café namens St. Anna etwas trinken gehen.

Nach genau einer Woche, am Montag den 18. November beendet er das Experiment, und wird danach erzählen, dass er sich dabei befreit fühlte. Es gibt eine einfache Erklärung für seine Nervosität: was er tun wird, wo er sich aufhalten wird, und mit wem er in Kontakt ist, werden Zehntausenden von Menschen sehen. Heute, von dir und mir, und von all den anderen Leserinnen und Lesern dieses Artikels.



Dieser Chart zeigt Tons Tagesablauf bei der Verwendung von E-Mails, Internet und Telefon. Wir können zum Beispiel sehen, dass er jeden Tag um etwa zwei Uhr nach dem Mittagessen viele Whatsapp-Nachrichten schreibt. (Grafik: Momkai, BY-NC-SA 4.0.)

In den vergangenen Monaten ist klar geworden, dass Geheimdienste, angeführt von der National Security Agency (NSA), enorme Mengen an Metadaten sammeln. Dazu gehören die Speicherung von E-Mail-Verkehrsdaten und den Standortdaten von Handys. Von Anfang an haben Politiker und Geheimdienste diese Überwachung dadurch verteidigt, dass der Inhalt der Kommunikation nicht überwacht wird, und dabei betont, dass die Dienste nur an Metadaten interessiert sind. Laut Präsident Obama und der NSA, sowie des niederländischen Innenministers, Ronald Plasterk, und des niederländischen Geheimdiensts „Allgemeiner Auskunfts- und Sicherheitsdienst“ (AIVD), richtet das kaum Schaden an. Erst vor kurzem beschrieb der AIVD das Abhören von Metadaten auf seiner Webseite als „geringfügige Verletzung der Privatsphäre“.

Aber ist das der Fall? Sicher nicht, wie Ton Siedsmas Experiment zeigt. Metadaten – auch deine Metadaten – verraten mehr, als du denkst, und viel mehr als die Behörden dich glauben machen wollen.

Eine Woche sagt genug

Ich übergab Tons Metadaten dem iMinds Forschungsteam der Universität Gent und Mike Moolenaar, Inhaber von „Risk and Security Experts“. Ich machte auch meine eigene Analyse. Aus den Metadaten einer Woche konnten wir 15.000 Datensätze mit einem Zeitstempel versehen. Jedes Mal, wenn Tons Telefon eine Verbindung mit einem Funkturm herstellte und jedes Mal, wenn er eine E-Mail schrieb oder eine Website besucht, konnten wir sehen, wann dies geschah und wo er in diesem Moment war, bis auf wenige Meter genau. Wir waren in der Lage, basierend auf seinem Telefon- und E-Mail-Verkehr, sein soziales Netzwerk zu erkennen. Über seine Browser-Daten konnten wir auch die Websites, die er besuchte, und seine Suchanfragen sehen. Und wir konnten das Thema, den Absender und Empfänger jeder seiner E-Mails sehen.

Also, was haben wir über Ton herausgefunden?

Folgendes konnten wir aus nur einer Woche an Metadaten über Ton Siedsmas Leben herausfinden. Ton ist ein Jungakademiker in seinen frühen Zwanzigern. Er empfängt E-Mails über Studentenwohnungen und Teilzeitstellen, das kann aus den Betreffzeilen und den Versenderdaten abgeleitet werden. Er arbeitet viel, zum Teil weil er weit mit dem Zug pendeln muss. Er kommt meist erst nach acht Uhr abends nach Hause. Dort angekommen, arbeitet er oft bis spät am Abend weiter.

Seine Freundin heißt Merel. Man kann nicht sicher sagen, ob die beiden zusammen wohnen. Sie schicken sich gegenseitig im Durchschnitt hundert WhatsApp-Nachrichten pro Tag, vor allem, wenn Ton nicht zu Hause ist. Bevor er in den Zug am Amsterdamer Hauptbahnhof steigt, ruft Merel ihn an. Ton hat eine Schwester, die Annemieke heißt. Sie ist noch Studentin: in einer ihrer E-Mails geht es, laut der Betreffzeile, um ihre Abschlussarbeit. Er hat dieses Jahr Sinterklaas (Nikolaus) gefeiert und loste die Vergabe der Geschenke aus.

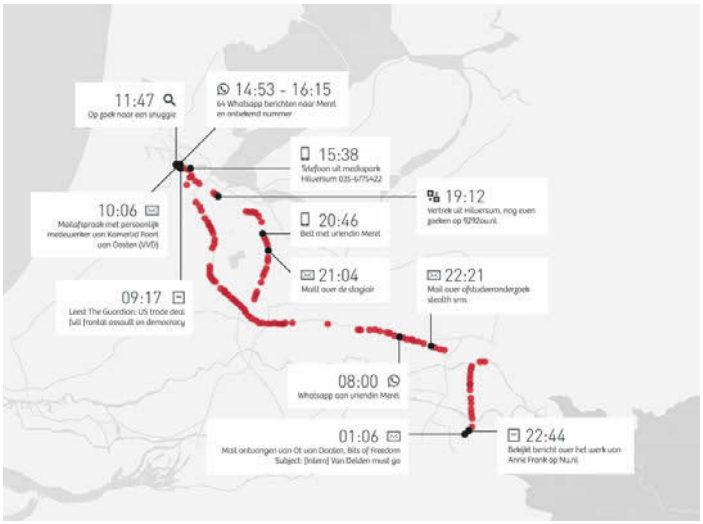
Publiziert: 2.8.2015 (21:29), aktualisiert 2.8.2015 (21:29), von Dimitri Tokmetzis, Original: www.netzpolitik.org

Ton liest gerne Sportnachrichten auf nu.nl, nrc.nl und vk.nl. Sein Hauptinteresse ist Radfahren, er fährt auch selbst gerne Rad. Er liest auch skandinavische Krimis, oder zumindest sucht er bei Google und Yahoo danach. Seine weiteren Interessen sind Philosophie und Religion. Wir vermuten, dass Ton Christ ist. Er sucht nach Informationen über die Religionsexpertin Karen Armstrong, das Thomas-Evangelium, das „Messias Buch des Mittelalters" und Symbolik in Kirchen und Kathedralen. Er bezieht eine Menge Informationen aus der Wikipedia.

Ton hat auch eine weniger tiefgründige Seite. Er schaut YouTube-Videos wie „Jerry Seinfeld: Sweatpants" und Rick Astleys „Never Gonna Give You Up". Er schaut auch ein Video von Roy Donders, einem niederländischen Reality-TV-Star. Im Internet liest er über „Katzen in Strumpfhosen", „Disney Prinzessinnen mit Bärten" und „Gitarren durch Hunde ersetzt". Er sucht auch nach einem „Snuggie", dabei sticht ihm besonders eine gewisse „Batman Decke mit Ärmeln" ins Auge. Oh, und er sucht intensiv nach einem guten Headset (wenn möglich mit Bluetooth).

Wenn wir Tons Profil aus einer kommerziellen Perspektive betrachteten, würden wir ihn mit Online-Angeboten bombardieren. Er ist für eine große Anzahl von Newslettern von Unternehmen wie Groupon, WE Fashion und verschiedenen Computergeschäften angemeldet. Er betreibt scheinbar eine Menge Online-Shopping und sieht keine Notwendigkeit, sich von den Newslettern abzumelden. Das könnte ein Hinweis dafür sein, dass er Online-Angeboten gegenüber offen ist.

Er hält seine E-Mail-Kommunikation recht gut getrennt, mit drei verschiedenen E-Mail-Konten. Er empfängt alle Werbeangebote auf sein Hotmail-Konto, mit dem er auch mit einer Reihe von Bekannten kommuniziet, obwohl er darüber kaum Nachrichten selbst sendet. Er hat ein zweites persönliches E-Mail-Konto, das er für Arbeit und Korrespondenz mit engeren Freunden verwendet.



Ein Tag im Leben des Ton Siedsma: Dienstag 12. November 2013. An diesem Tag nimmt er einen anderen Weg nach Hause, von Amsterdam nach Nijmegen, als seine übliche Route über Utrecht. Er erhält einen Anruf von Hilversum und geht auf seinem Heimweg am Mediapark vorbei. (Grafik: Momkai, BY-NC-SA 4.0.)

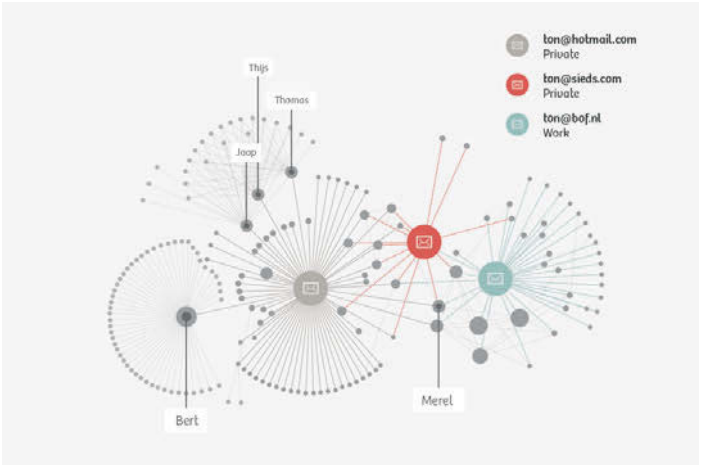
Er verwendet dieses Konto wesentlich aktiver. Außerdem hat er noch ein weiteres E-Mail-Konto für die Arbeit.

Ton weiß eine Menge über Technologie. Er ist an IT, Informationssicherheit, Datenschutz und Freiheit im Internet interessiert. Er sendet regelmäßig Nachrichten mit der Verschlüsselungssoftware PGP. Er sucht auch nach Datenbank-Software (SQLite). Er ist regelmäßig auf Tech-Foren und sucht Informationen über Datenerfassung und -verarbeitung. Er bleibt auch bei Nachrichten über Hacking und aufgeflogene Kinderpornoringe auf dem Laufenden.

Wir vermuten auch, dass er mit der niederländischen „Grün-Linken" Partei sympathisiert. Durch seine Arbeit (dazu später mehr), ist er in regelmäßigem Kontakt mit politischen Parteien. Die Grüne Linke ist die einzige Partei, von der er E-Mails über seine Hotmail-Konto empfängt. Er hat dieses Konto schon länger als sein Arbeitskonto.

Was arbeitet Ton?

Basierend auf den Daten ist es ziemlich klar, dass Ton als Anwalt für die digitale Bürgerrechtsorganisation Bits of Freedom arbeitet. Er beschäftigt sich hauptsächlich mit internationalen Handelsabkommen, und hält mit dem Außenministerium und ein paar Mitgliedern des Parlaments zu diesem Thema Kontakt. Er verfolgt die Entscheidungsprozesse der Europäischen Union sehr genau. Er interessiert sich auch für die Ermittlungsmethoden von Polizei und Geheimdiensten. Das erklärt auch sein Interesse an Nachrichten über Hacking und enttarnte Kinderpornoringe.



Ton Siedsmas soziales Netzwerk (basierend auf seinem E-Mail-Verhalten) zeigt verschiedene Cluster. (Grafik: Momkai, BY-NC-SA 4.0.)

Während der analysierten Woche nimmt Ton aktiv an einer E-Mail-Diskussion mit Kollegen über das Thema „Van Delden muss gehen" teil. Die E-Mails beziehen sich auf Bert van Delden, den Vorsitzenden des „Intelligence and Security Services Review Committee" (CTIVD), das ist das Kontrollgremium für die Geheimdienste AIVD (Inlands- sowie Auslandsgeheimdienst, Anm. d. Red.) und MIVD (Militärgeheimdienst, Anm. d. Red.). Ot van Daalen, ein Kollege, hat während der Woche daran gearbeitet, eine Strategie für den „Freedom Act" zu entwerfen, was offenbar ein Bits of Freedom-Projekt ist.

Am Donnerstag sendet Ton eine Nachricht an alle Mitarbeiter mit dem Titel „Wir sind durch!" Es gibt offenbar einen Grund zur Erleichterung. Ton guckt sich auch eine wissenschaftliche Arbeit über unsichtbare SMS an, und er beschließt, dass er zu einer Podiumsdiskussion der Jungen Demokraten gehen wird. Eine Reihe von Nachrichten drehen sich um die Planung einer Leistungsüberprüfung, die wahrscheinlich von Hans, dem Direktor von Bits of Freedom, durchgeführt wird.

Ton aktualisiert ein paar Dateien für sich selbst, auf einem geschützten Teil der Bits of Freedom Website. Wir können die Namen der Dateien in den URLs erkennen. Sie beschäftigen sich mit internationalen Handelsabkommen, dem niederländischen Parlament, WCIII (Computerkriminalitätsgesetz III) und Gesetzgebung. Ton aktualisiert auch die Website. Es ist einfach für uns zu sehen, welche Blog-Artikel er überarbeitet.

In seiner Freizeit macht Ton anscheinend nicht allzu viel. Er sendet und empfängt weiter bis spät am Abend Arbeits-E-Mails. Ton besucht auch eine Menge Nachrichten-Seiten und textet mit uns unbekannten Personen. Normalerweise geht er um Mitternacht ins Bett.

Mit wem interagiert Ton?

Durch eine soziale Netzwerkanalyse, basierend auf Tons E-Mail-Verkehr, ist es uns möglich, verschiedene Gruppen, denen er

Publiziert: 2.8.2015 (21:29), aktualisiert 2.8.2015 (21:29), von Dimitri Tokmetzis, Original: www.netzpolitik.org

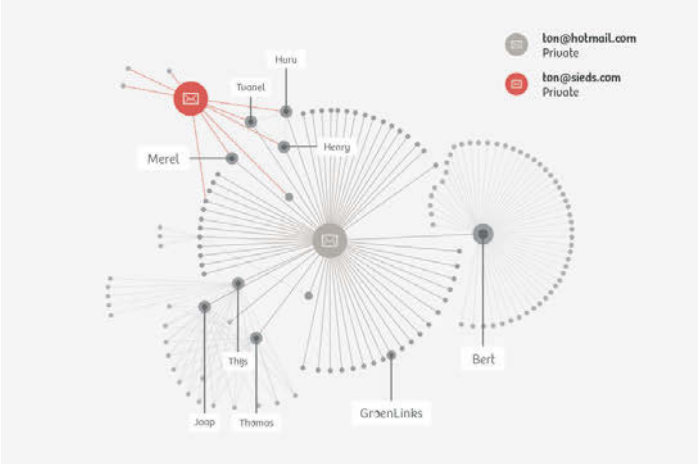
angehört, zu unterscheiden. Diese Cluster werden von seinen drei E-Mail-Konten strukturiert. Es kann sein, dass die Gruppen ein wenig anders aussähen, wenn wir zusätzlich die Metadaten seines Telefons verwenden würden. Allerdings haben wir vereinbart, keine zusätzliche Untersuchung durchzuführen, bei denen wir aktiv versuchen, die Identität von Benutzern einer bestimmten Telefonnummer aufzudecken, damit die Privatsphäre der Menschen in Tons Netzwerk geschützt bleibt.

Über sein Hotmail-Konto kommuniziert Ton mit Freunden und Bekannten. Thomas, Thijs und Jaap steuern, innerhalb einer größeren Gruppe von Freunden, am meisten bei. Beurteilt anhand der E-Mail-Adressen, besteht diese Gruppe nur aus Männern. Es gibt auch Kommunikation mit einer separaten Gruppe, die von jemandem namens ‚Bert' geleitet wird. Der Hintergrund dieser Gruppe ist das einzige, was von Ton zensiert wurde. Er sagt, das sei einfach eine persönliche Angelegenheit.

Wir können eine weitere, kleinere Gruppe von Freunden, nämlich Ton, Huru, Tvanel und Henry ausmachen. Wir denken, dass sie Freunde sind, weil sie sich alle an der E-Mail-Diskussion beteiligen, d.h. sie kennen einander. Außerdem senden eine Reihe von ihnen auch E-Mails an ton@sieds.com, Tons Adresse für Freunde und Familie.

Schließlich gibt es auch Tons Arbeits-Cluster. Hier sehen wir, dass seine Hauptkontakte Rejo, Hans und Tim sind. Tim und Janneke sind die einzigen, die auch in seiner persönliche E-Mail-Korrespondenz auftauchen. Die Anzahl der E-Mails, die zwischen ihm und seinen sechs Kollegen verschickt wird, ist auffallend groß. Es gibt offenbar einen Hang zum „CC-setzen" in E-Mails bei Bits of Freedom. Es ist selten, dass Ton eine E-Mail an nur einen Kollegen sendet, aber wenn, dann ist es meistens entweder Rejo oder Tim. Viele E-Mails werden an die Gruppenadresse für alle Mitarbeiter gesendet.

Ton hat relativ wenig Kontakt mit Externen. Während der Woche sendete er die nötigten E-Mails zur



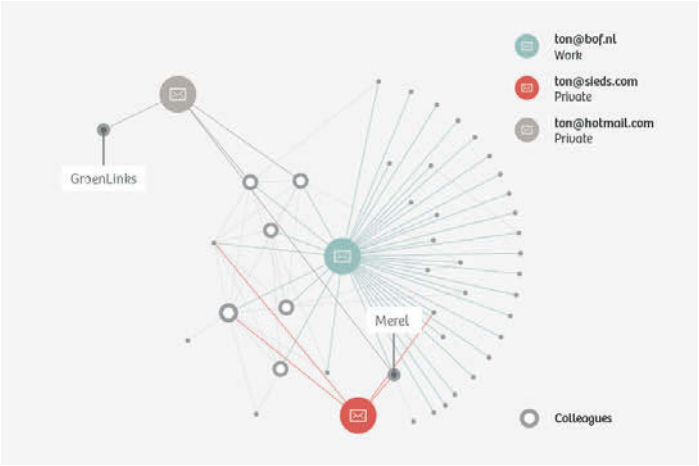
Ton Siedsmas soziales Netzwerk auf Grundlage seines persönlichen E-Mail-Verkehrs. (Grafik: Momkai, BY-NC-SA 4.0.)

Terminvereinbarung mit dem Assistenten von Foort van Oosten, einem Abgeordneten der Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD), und mit einem Journalisten namens Bart. Er kommuniziert auch viel mit Anbietern von Anti-Viren-Software.

Auf der Basis der Metadaten folgert Sicherheitsexperte Mike Moolenaar, dass Ton „eine gute Informationposition innerhalb von Bits of Freedom inne hat". Er scheint eine gute Übersicht zu haben über alles, was passiert – eine wichtige Tatsache, wenn man dieses Netzwerk aus geheimdienstlicher Perspektive betrachtet.

Aber das ist noch nicht alles. Die Analysten von iMinds aus Belgien verglichen Tons Daten mit einer Datei geleakter Passwörter. Anfang November gab Adobe (das Unternehmen hinter dem Acrobat PDF-Reader, Photoshop und dem Flash Player) bekannt, dass eine Datei mit 150 Millionen Benutzernamen und Passwörtern gehackt wurde. Die Passwörter waren verschlüsselt, die Passwort-Vergessen-Hinweise jedoch nicht. Die Analysten konnten sehen, dass einige Nutzer das gleiche Passwort wie Ton hatten, und ihre Passworthinweise waren „Punk-Metall", „Astrolux" und „Another Day in Paradise". „Das führte uns schnell zu Ton Siedsmas Lieblingsband, Strung Out, und dem Kennwort „strungout"", schreiben die Analysten.

Mit diesem Passwort waren sie in der Lage, auf Tons Twitter-, Google- und Amazon-Konten zuzugreifen. Die Analysten zeigten uns ein Screenshot der Direktnachrichten auf Twitter, die normalerweise geschützt sind, was bedeutet, dass sie sehen konnten mit wem Ton vertraulich kommunizierte. Sie zeigten uns auch ein paar Einstellungen seines Google-Kontos. Und sie konnten Produkte über Tons Amazon-Konto bestellen – was sie allerdings nicht getan haben. Die Analysten wollten nur zeigen, wie einfach es ist, schon mit wenigen



Ton Siedsmas soziales Netzwerk basierend auf seiner Arbeits-E-Mail. (Grafik: Momkai, BY-NC-SA 4.0.)

Informationen auf hochsensible Daten zuzugreifen.

Was sie und ich für diesen Artikel getan haben, ist Kinderkram, im Vergleich zu dem, was Geheimdienste tun könnten. Wir konzentrierten uns vor allem auf die Metadaten, die wir mit gängiger Software analysierten. Wir verzichteten auf zusätzliche Recherchen, mit Ausnahme des geleakten Datensatzes von Adobe.

Außerdem war dieses Experiment auf eine Woche beschränkt. Einem Geheimdienst stehen Metadaten über viel mehr Menschen, über einen viel längeren Zeitraum, und dazu viel ausgefeilteren Analyse-Tools zur Verfügung. Internetanbieter und Telekommunikationsunternehmen sind in den Niederlanden gesetzlich verpflichtet, Metadaten für mindestens sechs Monate zu speichern. Polizei und Geheimdienste haben keine Schwierigkeiten, diese Art von Daten anzufordern und zu erhalten.

Also das nächste Mal, wenn du einen Minister, Sicherheitsexperten oder Informationsbeauftragten sagen hörst: „Oh, aber das sind nur Metadaten," denke an Ton Siedsma – den Typ, über den du so viel weißt, weil er nur eine Woche an Metadaten mit uns geteilt hat.

Dies ist ein Gastbeitrag von Dimitri Tokmetzis auf netzpolitik.org, der zunächst im niederländischen Original auf decorrespondent.nl. erschien und dann von netzpolitik.org übernommen wurde. Die englische Übersetzung ist von Bits of Freedom, die deutsche von Kilian Vieth. Abbildungen mit freundlicher Genehmigung von Momkai. Lizenz: Creative Commons BY-NC-SA 4.0.

Dieser Text wurde zuerst auf den **Netzpolitik.org** unter der URL ‹https://netzpolitik.org/2014/metadaten-wie-dein-unschuldiges-smartphone-fast-dein-ganzes-leben-an-den-geheimdienst-uebermittelt/› veröffentlicht (Creative Commons BY-NC-SA 3.0.)

‹http://free21.org/de/node/310›

Der Hintergrund der **griechischen Schulden**

Joseph Retinger, einst polnischer Faschist, der britischer Agent wurde. Auf Antrag des MI6 gründete er die Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit, deren Generalsekretär er wurde. Als solcher ist er der Vater des Euro. Anschließend förderte er die Europäische Bewegung und schuf den Bilderberg-Club.

Die aktuelle Debatte über die griechischen Schulden gab Anlass zu aller Arten von Bedrohungen, zuerst gegen die Tsipras-Regierung, dann gegen die griechischen Wähler. Ohne auf den ‚abscheulichen Teil' der Schulden einzugehen, analysiert Thierry Meyssan die internationale Kampagne gegen den Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone. Er verweist auf den historischen Entwurf der europäischen Union und des Euro, so wie er im Jahr 1946 von Churchill und Truman formuliert wurde, und schließt, dass Griechenland heute in die Falle des internationalen geopolitischen Umfeldes getappt ist und nicht wegen seiner wirtschaftlichen Situation.

von Thierry Meyssan

Die griechische Volksabstimmung führte zu lebhaften Debatten in der Europäischen Union, welche die allgemeine Unkenntnis über die Spielregeln an den Tag brachten. Die Teilnehmer stritten sich darüber, ob die Griechen für ihre Schulden verantwortlich wären, während sie sorgfältig die Wucherzins praktizierenden Gläubiger beschützten. Aber sie taten es, ohne die Geschichte des Euro und die Gründe seiner Schöpfung zu kennen.

CCo Public Domain, Pixabay.com

Der Euro: Ein angelsächsisches Projekt des Kalten Krieges

Seit dem Vertrag von Rom, vor vierundsechzig Jahren, haben die aufeinander folgenden Verwaltungen des „europäischen Projekts" (EGKS, EWG, EU) kolossale, unvergleichbare Summen ausgegeben, um ihre Propaganda in den Medien zu finanzieren. Täglich werden hunderte Artikel, Radio- und Fernsehsendungen von Brüssel bezahlt, um uns eine lügenhafte Version seiner Geschichte zu erzählen und uns weiszumachen, dass das aktuelle „europäische Projekt" jenes der Europäer der Zwischenkriegszeit sei.

Die Archive sind jedoch jetzt allen zugänglich. Sie zeigen, dass Winston Churchill und Harry Truman im Jahre 1946 beschlossen, den europäischen Kontinent in zwei zu teilen: auf der einen Seite ihre Vasallen, auf der anderen die UdSSR und die ihrigen. Um sicherzustellen, dass kein Staat sich ihrer Oberhoheit entzog, beschlossen sie, die Ideale ihrer Zeit zu manipulieren.

Was man damals das „europäische Projekt" nannte, war nicht jenes, das die so genannten gemeinsamen Werte verteidigte, sondern um die Ausbeutung der Rohstoffe und die Verteidigungsindustrie von Frankreich und Deutschland zusammenzuführen, um sicher zu sein, dass sich diese beiden Länder keinen Krieg mehr liefern konnten (Theorie von Louis Loucheur und dem Grafen Richard Coudenhove-Kalergi [1]). Es ging nicht darum, die tiefen ideologischen Unterschiede zu leugnen, sondern um sicherzustellen, dass sie sich nicht mehr mit Gewalt bekämpften.

Der britische MI6 und die amerikanische CIA wurden daher beauftragt, den ersten „Europäischen Kongress" in Den Haag im Mai 1948 zu organisieren, an dem 750 Persönlichkeiten (auch François Mitterrand) aus 16 Ländern teilnahmen. Es war einfach nichts anderes, als die Wiederbelebung des Projekts eines föderalen Europas (das für den Reichskanzler Adolf Hitler von Walter Hallstein – dem künftigen Präsidenten der Europäischen Kommission – konzipiert wurde), welches auf der Rhetorik von Coudenhove-Kalergi beruhte.

Mehrere Missverständnisse müssen zu diesem Kongress korrigiert werden. Zu allererst sollte man ihn in seinem Kontext darstellen. Die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich hatten gerade der Sowjetunion den Kalten Krieg erklärt. Diese antwortete mit der Unterstützung der tschechischen Kommunisten, denen es rechtsmäßig gelungen war, die Macht mit dem „Prager Coup" („Siegreicher Februar", in der sowjetischen Geschichtsschreibung) an sich zu reißen. Darauf organisierten Washington und London den Brüssel-Vertrag, der die Schaffung der NATO vorwegnahm. Alle Teilnehmer des Europäischen Kongresses waren pro-angelsächsisch und antisowjetisch.

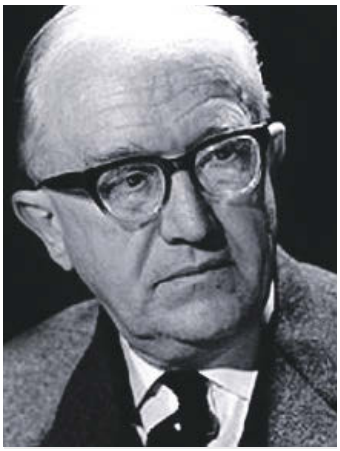
Zweitens, als Winston Churchill seine Rede hielt, verwendete er den Begriff „europäisch", um die Bewohner des europäischen Kontinents zu bezeichnen (nicht die des Vereinigten Königreichs, die ihm zufolge keine Europäer sind), und die sich als Antikommunisten betrachteten. Es kam zur Zeit von Churchill nicht in Frage, dass London an der Europäischen Union teilnähme, sondern es sollte sie einfach nur überwachen.

Drittens kamen zwei Tendenzen beim Europäischen Kongress an den Tag: Die „Unionisten", die nur für die Zusammenlegung der Mittel waren, um der Expansion des Kommunismus zu widerstehen, und die „Föderalisten", die das Nazi-Projekt des Bundes realisieren wollten, unter Aufsicht einer nicht gewählten Verwaltung. Der europäische Kongress bezeichnete alles, was seither erreicht worden ist, unter den aufeinanderfolgenden Namen der EGKS, EWG und EU.

Publiziert: 07.07.2015 (18:14), aktualisiert 07.07.2015 (18:14) von Thierry Meyssan, Original: ‹http://www.voltairenet.org/article188048.html›

Der Kongress verabschiedete das Prinzip einer gemeinsamen Währung. Aber der MI6 und die CIA hatten bereits die Independent League for European Cooperation (ILEC) gegründet [2], welche die Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC) geworden ist. Ihr Ziel war, sobald die Organe der Union für eine einheitliche Währung (Euro) geschaffen waren, von einer gemeinsamen Währung (der zukünftigen europäischen Währungseinheit – ECU) zur Einheitswährung (Euro) zu schreiten, damit die beigetretenen Länder die Union nicht mehr verlassen können [3].

Das ist das Projekt, das François Mitterrand 1992 ausgeführt hat. Im Hinblick auf die Geschichte und die Beteiligung von François Mitterrand am Kongress von Den Haag im Jahre 1948 ist es absurd heute zu behaupten, dass der Euro ein anderes Ziel habe. Das ist der Grund, in aller Logik, warum die bestehenden Verträge keinen Austritt aus dem Euro vorgesehen haben, und Griechenland zwingt, wenn es vom Euro weg will, zuerst aus der Union austreten muss.



Walter Hallstein, hoher deutscher Beamter, schrieb das Hitler-Projekt des föderalen Europas. Es ging darum, die europäischen Staaten zu zerstören und die Bevölkerung nach ethnischen Gruppen rund um das arische Reich zu gruppieren. Das Ganze würde einer Diktatur einer nicht gewählten Bürokratie unterworfen und von Berlin gesteuert werden. Nach dem Kriegsende zog er sein Projekt mit Hilfe der Angelsachsen durch und wurde 1958 der erste Präsident der Europäischen Kommission. (Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F004665-0003 / Unterberg, Rolf / CC-BY-SA 3.0 de)

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank, ist der ehemalige Vizepräsident der Europäischen Goldman-Sachs Bank. Er hat dem Europäischen Parlament ihre Rolle bei den Veruntreuungen der Bank im Auftrag der griechischen Regierung verheimlicht, die jedoch durch Dokumente der Bank bescheinigt sind. (Foto: flickr.com, CC BY-SA 2.0)

Die Abtrift vom „europäischen Projekt“ zum amerikanischen System

Die Union hat zwei große Wendepunkte erlebt:

• Am Ende der 1960er Jahre weigerte sich Großbritannien am Vietnam-Krieg teilzunehmen und zog seine Truppen aus dem Persischen Golf und aus Asien ab. Die Briten betrachteten sich nicht mehr als den 51. Bundesstaat der Vereinigten Staaten und sprachen nicht mehr von ihrer „special relationship“ mit Washington. Sie beschlossen daher, der Union beizutreten (1973).

• Bei der Auflösung der UdSSR blieben die Vereinigten Staaten die alleinigen Meister des Spiels. Großbritannien unterstützte sie und die anderen Staaten gehorchten ihnen. Infolgedessen hat die Union nie über ihre Erweiterung nach Osten beraten, sondern nur eine Entscheidung von Washington akzeptiert, die durch Außenminister James Baker angekündigt wurde. Ebenfalls hat sie sowohl die Militärstrategie der USA [4] als auch ihre Wirtschafts- und Sozialmodelle akzeptiert, die durch starke Ungleichheiten gekennzeichnet sind.

Das griechische Referendum hat eine Trennlinie aufgedeckt zwischen den europäischen Eliten einerseits, die das Leben immer leichter finden und die das „europäische Projekt“ vorbehaltlos unterstützen und der Arbeiterklasse, die unter diesem System leidet und es ablehnt, andererseits. Ein Phänomen, dass sich bereits auf nationaler Ebene anlässlich der Ratifizierung des Maastricht-Vertrags in Dänemark und Frankreich 1992 gezeigt hatte.

In einem ersten Schritt haben die europäischen Staats- und Regierungschefs die demokratische Gültigkeit des Referendums in Frage gestellt. Der Generalsekretär des Europarats, Thorbjørn Jagland, (der Mann, der von der Nobel-Jury wegen Korruption hinausgeworfen wurde [5]) hat gesagt,

• dass die Dauer der Kampagne zu kurz wäre (10 Tage anstatt 14).

• dass sie nicht von internationalen Organisationen überwacht werden könnte (nicht genügend Zeit, um sie zu organisieren) und

• dass die Frage nicht klar oder verständlich sei (während der im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichte Vorschlag viel kürzer und einfacher wäre, als die zum Referendum vorgelegten europäischen Verträge). Jedoch die Kontroverse wurde eingestellt, nachdem der durch Einzelpersonen zu diesen drei Punkten aufgeforderte griechische Staatsrat die Rechtmäßigkeit dieser Befragung überprüft hatte.

Die Mainstream Presse sagte dann, dass mit dem „Nein“ die griechische Wirtschaft ins Unbekannte stürzen würde.

Wenn man auch der Eurozone angehört, ist diese Tatsache aber keine Garantie für wirtschaftlichen Erfolg. Wenn man auf die Liste des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Kaufkraftparität (PPP) des IWF zurückgreift, ist nur ein einziges EU-Land unter den 10 Besten der Welt: das Steuerparadies Luxemburg. Frankreich ist an 25. Stelle von 193 Ländern.

Das Wachstum der Europäischen Union lag bei 1,2 % im Jahr 2014, was sie auf den 173. Platz der Welt stellt, d.h. eine der schlechtesten Ergebnisse der Welt (der Weltdurchschnitt ist 2,2 %).

Es ist klar, dass die Zugehörigkeit zur Union und zum Euro keine Garantie für Erfolg ist. Aber wenn die europäischen Eliten dieses Projekt unterstützen, heißt das, dass es für sie rentabel ist. In der Tat haben die „Unionisten“ durch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes und einer einheitlichen Währung das Spiel abgekartet. Von nun an sind die Unterschiede nicht mehr zwischen den Mitgliedstaaten, sondern zwischen den sozialen Klassen, die auf europäischer Ebene standardisiert sind. Das ist der Grund, warum die Wohlhabenden die Union vertei-

Die Gründungsmitglieder der EWG, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl „EGKS“. Lizensiert unter CC BY-SA 3.0 über Wikimedia Commons

digen, während die Ärmsten sich nach der Rückkehr der Mitgliedstaaten sehnen.

Fehlinterpretation der Union und des Euro

Seit einigen Jahren wird die Debatte durch den offiziellen Wortschatz verzerrt: Die Europäer wären nicht Inhaber der europäischen Kultur, sondern nur Mitglieder der Union. Seit dem Kalten Krieg heißt es, dass die Russen auch keine Europäer wären und jetzt, wenn Griechenland die Union verließe, würde es die Europäische Kultur verlassen, deren Wiege es ist.

Aber der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Die Union wurde von den Angelsachsen, mit den ehemaligen Nazis geschaffen, gegen die UdSSR. Sie unterstützt heute die ukrainische Regierung mit ihren Nazis und hat Russland den Wirtschaftskrieg unter dem Namen „Sanktionen" erklärt.

Wie der Name aber nicht andeutet, wurde die Union nicht geschaffen, um den europäischen Kontinent zu vereinen, sondern ihn zu teilen, indem Russland ausgeschlossen wurde. Das ist, was Charles De Gaulle anprangerte, als er für ein Europa „von Brest bis Wladiwostok" plädierte.

Die „Unionisten" versichern, dass das „europäische Projekt" den Frieden in Europa seit 65 Jahren garantiert habe. Aber sprechen sie von der Zugehörigkeit zur Union oder von ihrem Vasallentum gegenüber den Vereinigten Staaten? In Wirklichkeit ist es das letzte, das den Frieden zwischen den westlichen europäischen Staaten garantiert hat aber ihre Rivalität außerhalb des NATO-Gebiets fortführt. Sollen wir zum Beispiel daran erinnern, dass die Mitglieder der Europäischen Union verschiedene Lager im ehemaligen Jugoslawien unterstützten, bevor sie sich hinter der NATO einigten? Und sollen wir glauben, dass, wenn sie wieder souverän würden, die Mitglieder der Union sich unbedingt wieder streiten würden?

Um zum griechischen Fall zurückzukehren, die Experten haben sehr gut gezeigt, dass diese Schulden auf ungelösten nationalen Problemen seit Ende des Osmanischen Reiches beruhen, sowie auf einem Betrug der großen Privatbanken und der politischen Führer. Darüber hinaus sind diese Schulden unbezahlbar, wie es auch die Schulden der großen entwickelten Staaten sind [6]. Wie auch immer, Athen könnte der Situation leicht Abhilfe schaffen, indem es sich weigert, den ‚abscheulichen Teil' seiner Schulden zu bezahlen, indem es die Union verlässt, und mit Russland ein Bündnis eingeht, das für Athen ein viel ernsterer historischer und kultureller Partner ist als die Brüsseler Bürokratie. Der Wille von Moskau und Peking in Griechenland zu investieren und neue internationale Institutionen zu schaffen, ist ein offenes Geheimnis. Allerdings ist die Situation von Griechenland noch viel komplizierter, da es auch Mitglied der NATO ist und da die Allianz 1967 einen Militärputsch organisiert hatte, um es daran zu hindern, sich der Sowjetunion zu nähern [7].

Jean-Claude Juncker beklagte sich über das griechische Referendum, das er als „Verrat" beschrieb. Wurde Herr Juncker gezwungen, von seinem Amt als Regierungspräsident zurücktreten, nachdem man seine Mittwisserschaft am Spionage Netzwerk Gladio des Atlantischen Bündnisses etabliert hatte? Ein Jahr später wurde er Präsident der Europäischen Kommission. (Foto: By European People's Party, CC BY 2.0)

Quellen:

[1] « Histoire secrète de l'Union européenne », par Thierry Meyssan, Réseau Voltaire, 28 juin 2004. (auch auf Spanisch). *<http://www.voltairenet.org/article14369.html>*

[2] Die französische Sektion nahm den Namen Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC). Den Vorsitz führt Edmond Giscard d'Estaing, Vater des künftigen Präsidenten der Republik und Schöpfer des ECU.

[3] MI6: Inside the Covert World of Her Majesty's Secret Intelligence Service, Stephen Dorril, The Free Press, 2000.

[4] « Stratégie européenne de sécurité », Réseau Voltaire, 12 décembre 2003. *<http://www.voltairenet.org/article11686.html>*

[5] „Torbjörn Jagland als Vorsitzender der Friedensnobelkommission seines Amtes entlassen", Übersetzung Horst Frohlich, Voltaire Netzwerk, 16. März 2015. *<http://www.voltairenet.org/article187064.html>*

[6] « Selon la BRI, la dette des États développés est insolvable », Réseau Voltaire, 13 avril 2010. *<http://www.voltairenet.org/article164920.html>*

[7] « La guerre secrète en Grèce », par Daniele Ganser *<http://www.voltairenet.org/article179911.html>;*

«Grèce, le facteur Otan», par Manlio Dinucci, Traduction Marie-Ange Patrizio, Il Manifesto (Italie), Réseau Voltaire, 24 août 2013 et 7 avril 2015. *<http://www.voltairenet.org/article187269.html>*

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:

Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org

Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Autor:

Thierry Meyssan

Französischer Intellektueller, Präsident und Gründer des Réseau Voltaire und der Konferenz Axis for Peace. Er veröffentlicht Analysen über ausländische Politik in der arabischen, lateinamerikanischen und russischen Presse.

www.voltairenet.org

Dieser Text wurde zuerst auf **voltairenet.org** unter der URL ‹http://www.voltairenet.org/article188048.html› veröffentlicht (CC BY-NC-ND 2.0 DE)

‹http://free21.org/de/node/295›

Publiziert: 07.07.2015 (18:14), aktualisiert 07.07.2015 (18:14) von Thierry Meyssan, Original: ‹http://www.voltairenet.org/article188048.html›

Foto: Pixabay CCO/Public Domain

Die Wahrheit über Schulden

Schulden gelten als etwas Schlechtes, das man wieder loswerden muss. Sogar im Fernsehen lernen wir, wie man möglichst schnell raus aus den Schulden kommt. Geldvermögen dagegen hat einen guten Ruf.

von Raimund Brichta

Schulden gelten als etwas Schlechtes, das man wieder loswerden muss. Sogar im Fernsehen lernen wir, wie man möglichst schnell raus aus den Schulden kommt. Geldvermögen dagegen hat einen guten Ruf. Wer Geldvermögen bildet, sorgt vor. Das bringen wir schon unseren Kleinsten bei und lassen sie Geld ins Sparschwein stecken oder aufs Sparbuch einzahlen.

Subjektiv und aus Sicht eines Einzelnen betrachtet, mögen beide Sichtweisen auch ihre Berechtigung haben. Objektiv und für die Gesamtheit ist die ungleiche Bewertung dagegen nicht gerechtfertigt. Denn Geldvermögen und Schulden sind lediglich zwei Seiten derselben Medaille. Man kann Geldvermögen nur bilden, wenn ein anderer dafür gleich hohe Schulden macht. Erst durch Schulden wird Geldvermögen also möglich. Das ist ein wichtiger Zusammenhang, der den meisten Leuten nicht bewusst ist.

Anders ist das beim Sachvermögen, also etwa bei Immobilien, Edelmetallen, Schmuck, Rohstoffen oder Unternehmensanteilen. Dem Sachvermögen stehen keine Schulden gegenüber. Die Crux bei dieser Vermögensart aber ist: Sie lässt sich nicht so leicht vermehren wie das Geldvermögen, und deshalb basiert ein großer Teil unseres wachsenden „Reichtums“ auf dem Vermögen aus Geld.

Deshalb ist es auch kein Wunder, dass wir immer wieder die Nachricht lesen, das weltweite Geldvermögen sei auf neue Rekordhöhen gestiegen. Oft wird diese Meldung mit der Einschätzung garniert, dies geschehe trotz der Schuldenkrise. Dabei liegt darin gar kein Gegensatz, sondern das eine ist sogar eine logische Konsequenz des anderen.

Im Prinzip verhält es sich mit dem Geldvermögen nämlich so, als würde man am Strand ein Loch graben und den ausgegrabenen Sand daneben anhäufen. Der Sandhaufen kommt nur dadurch zu Stande, dass gleichzeitig auch das Loch entsteht. Und genauso ist es beim Geldvermögensberg: Diesen gibt es nur deshalb, weil es auch ein Schuldenloch gibt.

Mehr Geldvermögen erhöht nicht das Gesamtvermögen

Damit sollte auch deutlich werden, dass durch das Anhäufen von Geldvermögen niemals zusätzliches Vermögen in die Welt gesetzt wird. Denn wenn dem neuen Guthaben eine gleich hohe neue Schuld gegenübersteht, hebt sich beides gegenseitig auf. Das vorhandene Gesamtvermögen bleibt damit unverändert. Genauso ist es am Strand: Dort gibt es auch kein einziges Sandkorn mehr, nachdem der Sandhaufen entstanden ist.

Wie kann es also sein, dass wir uns auf der einen Seite freuen, wenn unser Geldvermögen steigt, auf der anderen Seite aber die Schulden verteufeln? Denn wenn das Geldvermögen wächst, was wir alle wünschen, müssen auch die Schulden wachsen.

Stellen Sie sich einmal im Gegenteil vor, die Schulden würden in größerem Umfang abgebaut. Wie sollte das geschehen, ohne gleichzeitig auch die Geldvermögen anzugreifen? Ein Ding der Unmöglichkeit! Eine sinkende Verschuldung zöge vielmehr auch schrumpfende Geldvermögen nach sich.

„Im Prinzip verhält es sich mit dem Geldvermögen nämlich so, als würde man am Strand ein Loch graben und den ausgegrabenen Sand daneben anhäufen. Der Sandhaufen kommt nur dadurch zu Stande, dass gleichzeitig auch das Loch entsteht.“

Die Krux mit dem Abbau der Staatsschulden

Besonders deutlich wird das bei der Staatsverschuldung, die ein wichtiger Bestandteil der gesamten Verschuldung ist. Die Staatsschulden stellen damit eine tragende Säule der Geldvermögen dar, die auf der anderen Seite der Gleichung stehen. Würden die Staatsschulden abgebaut, wie das immer wieder gefordert wird, müssten gleichzeitig private oder ausländische Schuldner für den Staat in die Bresche springen und sich ihrerseits noch mehr verschulden, um die Geldvermögen auf gleich hohem Niveau zu halten. Aber das ist unrealistisch, weil auch die privaten Schulden und die Schulden anderer Staaten schon jetzt zum Großteil exorbitant hoch sind.

Trotzdem hört man immer wieder Leute, die sich für einen staatlichen Schuldenabbau starkmachen. Man nimmt sie ernst und lädt sie in Talkshows ein, wo sie mit wichtiger Miene einem Millionenpublikum erklären dürfen, was ihrer Meinung nach zu tun ist. Die Parole „Raus aus den Schulden!“, ist beliebt, die Forderung „Weg mit eurem Geldvermögen!“ dagegen nicht. Nur manchmal hört man Menschen, die für einen Vermögensabbau eintreten – aber dann eher aus der linken Ecke, der es dabei hauptsächlich um das Geld der Reichen geht.

Die Mehrheit redet dagegen nur vom Sparen, obwohl damit noch niemals Staatsschulden abgebaut wurden. Dies gelang vielmehr fast immer nur durch Währungsreformen, Staatspleiten oder Schuldenschnitte. Zum Beispiel der Schuldenschnitt für Griechenland im Jahr 2012: Damals mussten die Inhaber griechischer Staatsanleihen auf einen großen Teil ihrer Forderungen verzichten, sodass sich ihr Geldvermögen im gleichen Umfang wie die Staatsschulden verringerte. Ein anderes Beispiel war die Zypern-Rettung im Jahr 2013:

Hier wurden die Guthaben von Bankkunden beschnitten.
Daran erkennt man auch, dass die Parole von der zwangsweisen Beschneidung des Vermögens sehr realitätsnah ist – auch wenn es die meisten Menschen nicht wahrhaben wollen. Ein wirklicher Abbau von Staatsschulden scheint ohne Zwangsmaßnahmen kaum denkbar – schließlich geben die wenigsten freiwillig ihr Vermögen her.

Eine Staatspleite kann jedes Schuldenland treffen

Man sollte sich auch nicht dem Glauben hingeben, dass Staatspleiten nur auf „exotische" Länder wie Griechenland, Zypern oder Argentinien (im Jahr 2002) beschränkt blieben. Solche Staaten bilden gewissermaßen nur die Vorhut. Denn auch die vermeintlich sicheren Anlagehäfen wie Deutschland oder die USA sind mit diesen Ländern in einem wichtigen Punkt vergleichbar: Auch diese Regierungen sind nur so lange zahlungsfähig, wie sie alte Schulden durch neue ersetzen können. Auch sie sind also einzig und allein auf die Bereitschaft der Kreditgeber angewiesen. Bis auf Weiteres können

„Die Mehrheit redet dagegen nur vom Sparen, obwohl damit noch niemals Staatsschulden abgebaut wurden. Dies gelang vielmehr fast immer nur durch Währungsreformen, Staatspleiten oder Schuldenschnitte."

sie sich dieser zwar sicher sein, aber wenn erst einmal Zweifel an der Kreditwürdigkeit aufkommen, werden immer mehr Geldvermögensbesitzer versuchen, sich in Sicherheit zu bringen. Dann könnten auch diese Länder schnell auf dem Trockenen sitzen. Dass dieser Fall irgendwann eintreten wird, erscheint umso wahrscheinlicher, wenn man sich folgenden Zusammenhang vor Augen führt: Die Mengen an Geld und Geldvermögen auf der einen Seite sowie die entsprechenden Schuldenmengen, die ihnen gegenüberstehen, sind zu stetigem Wachstum verdammt. Schon eine Stagnation und erst recht eine nachhaltige Schrumpfung führen zu erheblichen Problemen.

Foto: Steffen Zahn/CC BY 2.0

Vermögende sind selten Schuldner

Das liegt daran, dass die Schulden regelmäßig bedient werden müssen – das heißt, es sind stets Zins- und Tilgungszahlungen zu leisten. Dafür muss immer ausreichend Geld im Umlauf sein. Und hierin liegt das Problem: Denn diejenigen, die Geld besitzen, die also Geldvermögen angehäuft haben, sind meist nicht identisch mit denjenigen, die Geld schulden. Damit steht ein großer Teil des Geldes gar nicht direkt für Zins- und Tilgungszahlungen zur Verfügung. Sondern es gehört Leuten oder Unternehmen, die solche Zahlungen nicht leisten müssen, die ihr Geld lieber bunkern.

Wie sollen dann aber die bestehenden Schuldner noch an genügend Geld kommen, um ihren Verpflichtungen nachzukommen? Ganz klar: Dafür muss Geld neu in Umlauf gebracht werden. Dies geht in unserem heutigen System aber nur durch neue Schulden, und damit ist die Spirale perfekt. Denn neue Schulden bedeuten wieder neue Verpflichtungen, die aber nur bedient werden können, wenn noch mehr Geld in Umlauf kommt und so weiter und so fort…

Würde die Geldmenge dagegen über längere Zeit schrumpfen, gäbe es immer mehr Schuldner, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können. Es käme zu Pleiten, die wiederum neue Pleiten hervorriefen, weil dadurch andere Schuldner in die Bredouille kämen. So entstünde eine Spirale in die entgegengesetzte Richtung, die letztlich zum Zusammenbruch führen würde.

Dies ist zum Beispiel in der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre passiert, auch Große Depression genannt. Und genau deshalb sind die Notenbanken so erpicht darauf, ein anhaltendes Schrumpfen der Geldmenge zu verhindern. Sie tun im Gegenteil seit Jahren alles, um die Geldmengen weiter wachsen zu lassen. Mit ihren Geldkanonen sind die Zentralbanken ohnehin die Letzten, die das System aus wachsenden Mengen an Schulden und Geld noch aufrechterhalten können. Andere Schuldner, insbesondere die Staaten, stoßen zusehends an ihre Grenzen.

Irgendwann jedoch werden auch die Notenbanken an ihre Grenzen stoßen. Und dann wird es Zeit für einen Neuanfang – ähnlich, wie wenn man bei einem Computer die Festplatte putzt. Dann muss das Gros der Schulden gestrichen werden, so dass das System wieder von nahezu null anfangen kann. Heikler Nebeneffekt: Dabei wird mit einem Schlag auch das Gros der Geldvermögen vernichtet. Wohl dem also, der in dieser Situation kein Geldvermögen hat.

Autor:

Raimund Brichta

ist Fernsehmoderator und Börsenreporter beim deutschen Nachrichtensender n-tv. Er betätigt sich außerdem als Sachbuchautor.

www.diewahrheitübergeld.de

Dieser Text wurde zuerst auf der **diewahrheitübergeld.de** unter der URL ‹www.diewahrheitübergeld› veröffentlicht (CC BY-NC-ND 2.0 DE)

‹http://free21.org/de/node/269›

Vollgeld, Regiogelder, **Kryptowährungen**

Mögliche Auswege aus dem bestehenden Geldsystem.

von Florian Hauschild

Der Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers im September 2008 spülte eine Problematik in das gesellschaftliche Bewusstsein, das seit dem fälschlicherweise oft als „Finanzkrise“ bezeichnet wird. Unzählige Versuche der Stabilisierung wurden seit dem unternommen, Notenbanken und gewählte Repräsentanten überbieten sich gegenseitig mit Vorschlägen zur Geldpolitik, die gerne als Lösungen angepriesen werden, in der Regel aber nichts als Flickschusterei sind. Der Ursprung dieses am eigentlichen Ziel vorbei arbeitenden Krisenmanagements ist eine Fehleinschätzung der eigentlichen Gründe der so genannten Finanzkrise. Symptome werden mit Ursachen verwechselt. RT Deutsch beschreibt die grundlegenden Probleme im Geldsystem, fragt nach möglichen Alternativen und interviewt den Wirtschaftssoziologen Prof. Dr. Joseph Huber zur Vollgeldreform.

„Die zunehmende Verschuldung von Staaten und die Beinahe- oder de facto-Insolvenz von Großbanken geht nicht auf eine Finanzkrise zurück.“

Die zunehmende Verschuldung von Staaten und die beinahe- oder de facto-Insolvenz von Großbanken geht nicht auf eine Finanzkrise zurück. Bei den Ursachen dieser Entwicklungen handelt es sich vielmehr um eine Krise des Geldsystems, das im Kern – aufgrund seiner generellen Architektur – fehlerhaft und auf Dauer nicht bestandsfähig ist. Während viele Kommentatoren oft den Zins im Geldsystem als Problem benennen,

(Foto: Creative Commons by Images_of_Money.)

bleibt ein viel entscheidenderes Momentum im bestehenden Geldsystem meist unbeleuchtet. Die Rede ist von der durch Geschäftsbanken durchgeführten multiplen Giralgeldschöpfung als Schuld.

Die multiple Giralgeldschöpfung durch private Banken

Geld wird im bestehenden System vor allem durch ein Bankenoligopol in Umlauf gebracht (geschöpft) – und zwar als verzinste Schuld, indem die Bank das Geld als Guthaben auf das Girokonto des Kreditnehmers bucht. Die Refinanzierung der Kredite findet erst im Nachhinein und dann auch nur fraktional über die Zentralbanken statt. Auf welch verschlungenen Wegen auch immer Kreditlinien und Zahlungsverpflichtungen ihren Lauf nehmen, es gilt: Am Ende der Kette landet der Zins der Kredite immer bei der Quelle des Geldes, also bei den Banken, die es geschöpft haben. Immer absurdere Schulden- und Vermögensstände sind die Folge. Genau jener völlig logische und vorausschaubare Effekt wird seit 2008 fälschlicherweise als „Finanzkrise“ tituliert.

Kryptogelder, Regiogelder, Vollgeld

Ebenso zäh wie sich der Niedergang des bestehenden Geldsystems gestaltet, kommt jedoch die Debatte über mögliche Lösungsansätze voran. Während Kritiker der bestehenden Geldordnung oftmals attackiert und mögliche Alternativen verlacht werden, haben sich im Schatten dieser – offenbar organisierten Desinformationskampagnen – jedoch einige brauchbare Ansätze herauskristallisiert. Einige dieser Vorschläge scheinen nun an der Schwelle zu stehen mainstreamfähig zu werden.

In einem aktuellen Beitrag im Magazin „Der Freitag“ mit dem Titel „Das neue Gesicht des Geldes“ kommentiert der Rechtsanwalt und Gründer der Regionalwährung Urstromtaler, Frank Jansky: „Wir sind ganz dicht dran, sonst würde sich die Bundesbank nicht so verhalten. Die Banken treten jedes Mal an, wenn ihr Monopol auf dem Spiel steht.“

Neben Regiogeldern stoßen auch so genannte Kryptogelder auf immer mehr Interesse. Letztere sind vor allem durch das Projekt Bitcoin bekannt geworden, der Pionier auf diesem Gebiet. Doch seit dem Start der einstigen Hackerwährung im Jahre 2009, hat sich im Open Source-Verfahren ein regelrechtes Ökosystem der Kryptogelder entwickelt. NEM, Unobtanium oder Dogecoin sind nur einige vielversprechende Weiterentwicklungen in diesem Bereich.

Während Kryptogelder vor allem neueste technologische Errungenschaften für eine Erneuerung des Geldsystems nutzbar machen wollen, setzen Regiogelder wie der Urstromtaler, der Chiemgauer, der Elbtaler oder der Tauberfranken eher auf die Stärkung lokaler und regionaler Handelskreisläufe und damit auf Gemeinschaftsbildung. Beide Alternativen haben jedoch einen eher anarchistischen Ansatz gemein, der das Problem am Staat vorbei lösen will.

Die Vollgeldreform als staatlicher Ausweg aus der Misere?

Als staatlicher Weg aus dem bestehenden, fehlerhaften und letztendlich zerstörerischem Geldsystem wird zunehmend die so genannte Vollgeldreform diskutiert, in Großbritannien auch unter dem Begriff „sovereign money“ bekannt.

Eine Vollgeldreform ist nicht mit einer Währungsreform zu verwechseln, sie bedeutet vielmehr eine Änderung der problematischen Regeln bezüglich der Geldschöpfung. Wird Geld, wie oben beschrieben, heute noch vor allem von privaten Geschäftsbanken in Umlauf gebracht, so würde Vollgeld von einer zu etablierenden Vierten Staatsgewalt – der Monetative – geschöpft werden. Die Monetative müsste unabhängig von Parlamenten, Regierung und natürlich auch Geschäftsbanken handeln. Die Möglichkeit der multiplen Giralgeldschöpfung wird damit unterbunden, der Schneeballsystem-Charakter des beste-

henden Geldsystems wäre aufgehoben. Unsoziale Zinseffekte könnten im Zuge dessen womöglich steuerlich unter Kontrolle gebracht werden.

Zudem soll eine Monetative Staatshaushalte zinsfrei mit Geld versorgen können, wodurch diese von der andauernden Last der Zinszahlung befreit würden. Durch die Etablierung der Monetative als Vierte Staatsgewalt soll aber auch verhindert werden, dass – wie in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts – Regierungen ungehemmt „Geld drucken" können. Organisatorische Fragen sind hier gleichsam noch ungelöst. Die Umstellung auf Vollgeld selbst hätte neben einer geringeren laufenden, auch eine nennenswerte einmalige Seigniorage zur Folge, wodurch ein großer Teil der heutigen Staatsschulden aus den Büchern getilgt werden würde. Außerdem würde eine Vollgeldreform vom Verbraucher selbst kaum wahrgenommen werden, weshalb man bei einem solchen Schritt von einem sanften Systemwandel ohne soziale Verwerfungen ausgehen kann.

Frosti Sigurjónsson, Abgeordneter im isländischen Parlament und Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Wirtschaftsangelegenheiten und Handel, wagte kürzlich einen revolutionären Schritt und hat im Auftrag von Ministerpräsident Sigmundur Davíð Gunnlaugsson einen Vorschlag zur Vollgeldreform auf der Insel gemacht. In der Schweiz wird von den Reformaktivisten der Vollgeld Initiative ein Volksentscheid zum Thema Vollgeldreform auf den Weg gebracht. Das Netzwerk sammelte bereits 50.000 Unterschriften.

In Deutschland setzt sich seit Jahren der Verein Monetative e.V. für die Reform des Geldsystems ein. Der Wirtschaftssoziologe Prof. Dr. Joseph Huber ist Teil des Vorstandes des Vereins und forscht, referiert und publiziert seit vielen Jahren zum Thema Vollgeld. RT Deutsch führte zu diesem Themenkomplex ein Interview mit Prof. Dr. Huber:

RT: *Herr Professor Dr. Huber, Sie setzen sich seit vielen Jahren für eine Vollgeldreform ein. Wie beurteilen Sie die aktuellen Entwicklungen vor allem in Island und der Schweiz? Wird sich dort wirklich etwas ändern, oder dienen diese Initiativen eher dazu, Problembewusstsein zu schaffen?*

PROF. DR. HUBER: Es ändert sich schon sehr viel dadurch, dass der Übergang von Giralgeld zu Vollgeld in diesen Ländern offiziell zum Gegenstand der politischen Meinungs- und Willensbildung geworden ist. Welchen weiteren Verlauf das noch nimmt, kann ich natürlich nicht vorhersagen. Aber das Thema ist auf der Tagesordnung, findet entsprechende Aufmerksamkeit in den Medien und bei Experten, und weil es sich um einen pionierhaften Vorgang zu einem sensiblen Thema handelt, wird die Sache auch international entsprechend beachtet.

> *„Es besteht heute die große Gefahr, dass die monetären Hoheitsrechte der Währung, des Geldes und des Geldschöpfungsgewinns unwiederbringlich privatisiert werden. Die Staaten würden dann monetär und finanziell allesamt total abhängig von einigen wenigen globalen Megabanken"*
>
> Prof. Dr. Huber

Die Vollgeldreform ist ein staatlicher Ausweg aus dem bestehenden Geldsystem, bei Ansätzen wie den Regiogeldern oder den Kryptowährungen handelt es sich eher um gesellschaftliche bzw. anarchistische Lösungsansätze. Sehen Sie eine Möglichkeit, dass in der Zukunft alle diese Alternativen nebeneinander koexistieren und sich gegenseitig ergänzen können oder sollte das Geldmonopol einzig in die Hände des Staates gelegt werden? Welche Vor- und Nachteile sehen Sie in nicht-staatlichen Lösungsansätzen, die dem Vollgeld-Vorschlag ja teils widersprechen?

Unterscheiden wir einmal quasi gemeinnützige Komplementärwährungen, so etwas wie Regiogeld oder Pflegestunden, von kommerziellen Privatwährungen. Solange Regiogeld von lokaler und auch sonst begrenzter Reichweite bleibt, sehe ich keine grundlegenden Probleme für eine friedliche Koexistenz mit dem offiziellen Geld, also dem Euro.

Bei Bitcoins & Co sehe ich solche Probleme auf Dauer schon. Es besteht heute die große Gefahr, dass die monetären Hoheitsrechte der Währung, des Geldes und des Geldschöpfungsgewinns unwiederbringlich privatisiert werden. Die Staaten würden dann monetär und finanziell allesamt total abhängig von einigen wenigen globalen Megabanken, zumal wenn auch noch das Bargeld verschwinden würde zugunsten des elekronisches Bargelds der Banken. Es wird höchste Zeit, dass die Politik und die Zentralbanken der Verselbstständigung der privaten Geldschöpfung der Banken nicht weiter tatenlos zusehen.

RT: *Sie blicken auf eine lange Wissenschaftskarriere zurück und arbeiten seit vielen Jahrzehnten zum Geldsystem, erforschen dieses und wirken daran mit, mögliche Lösungen für die bestehenden Probleme zu finden. Glauben Sie, Sie werden ein anderes, nachhaltiges Geldsystem, noch selbst miterleben, oder rechnen Sie damit, dass erst ihre Enkelgeneration einen Umbau des Geldsystems wagen wird?*

PROF. DR. HUBER: Wie gesagt, vorhersagen kann ich nichts, aber ich denke schon, dass eine Vollgeldreform in der Entwicklungslogik eines modernen Geld- und Finanzsystems liegt. Dahinter steht auch die Gewissheit, dass Privatwährungen ohne staatliche Unterstützung und staatliche Rettung im Krisenfall auf Dauer nicht überlebensfähig sind. Aber eine staatliche Bestandsgarantie für privates Geld und private Bankengewinne, das empfindet man dann doch als eine höchst ungerechte Privilegierung. Das ist ein Fremdkörper im Rechtsempfinden einer Leistungsgesellschaft. Man hat das zuletzt zähneknirschend hingenommen, weil wir formal noch so ein undurchsichtiges teils staatliches, teils privates Geldmischsystem haben. Bei blankem Privatgeld wäre mit der Erpressbarkeit des Staats durch die Banken Schluss. Mit Vollgeld sowieso.

RT: *Vielen Dank für das Interview.*

Quellen:

Freitag.de: Das neue Gesicht des Geldes: *<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/das-neue-gesicht-des-geldes>*

Coinmarket.com: Kryptogelder *<http://coinmarketcap.com/>*

Vollgeldreform im Island *<http://eng.forsaetisraduneyti.is/news-and-articles/reform-of-the-monetary-system>*

Schweiz: Vollgeldinitiative *<http://www.vollgeld-initiative.ch/>*

Monetative.de *<http://www.monetative.de/>*

Vortrag von Prof. Dr. Joseph Huber in Berlin, *< https://youtu.be/yIhr-3VjP2Oc>*

Autor:

Florian Hauschild

Florian Hauschild ist Politologe und Soziologe (M.A.), Blogger, Journalist (RT Deutsch) und engagiert sich in der Friedensbewegung.

www.rtdeutsch.com
www.twitter.com/f_hauschild

Dieser Text wurde zuerst auf den **rtdeutsch.com** unter der URL ‹http://www.rtdeutsch.com/18252/gesellschaft/vollgeld-regiogelder-kryptowaehrungen-moegliche-auswege-aus-dem-bestehenden-geldsystem/› veröffentlicht.

‹http://free21.org/de/node/290›

Publiziert: 30.06.2015 (11:30), aktualisiert: 30.06.2015 (11:30) von Florian Hauschild, Original: ‹http://wck.me/9KW›

„1857 panic“ von Unbekannt - The 1857-10-31 issue of Harper's Weekly (Gemeinfrei über Wikimedia Commons)

Was erwartet uns nach **Tag X?**

Wie sich Regierungen und IWF auf den kommenden Crash vorbereiten.

von Ernst Wolff

Die Zahl der Superlative auf dem Finanzsektor nimmt fast täglich zu. Ob es um die Stände an Aktien-, Anleihen- oder Immobilienmärkte geht, die Höhe der globalen Staatsverschuldung, die Menge künstlich geschaffenen Geldes oder das inzwischen unter Null gedrückte Niveau von Niedrigzinsen – die Finanzwelt eilt von einem Extrem zum nächsten.

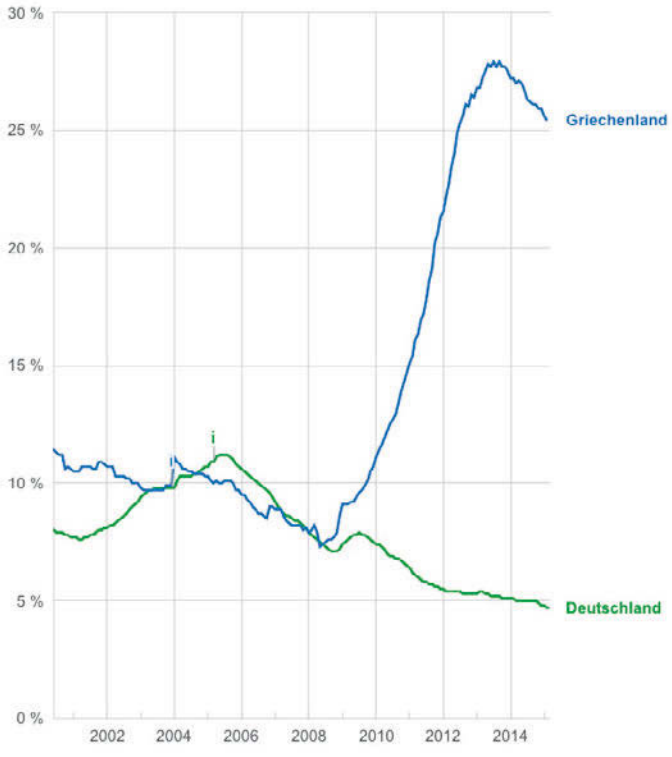
Die Frage, ob der nächste Crash bei derartiger Überhitzung noch aufzuhalten ist, beantwortet die Geschichte: Die Welt hat bereits mehrmals (zuletzt 1998 und 2008) am Rande des Finanzkollapses gestanden. Jedes Mal haben Politiker versprochen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und die Finanzindustrie in ihre Schranken zu weisen. Jedes Mal haben sie nicht nur ihr Wort gebrochen, sondern anschließend sogar mitgeholfen, die Entwicklung weiter voranzutreiben und die Welt auf direktem Weg in den nächsten Zusammenbruch zu treiben.

Der Siegeszug des Neoliberalismus

Auch wenn niemand voraussagen kann, wann es zum nächsten Crash kommt, steht doch eines fest: Die Politik wird ihn nicht aufhalten. Sie könnte das auch gar nicht, denn spätestens seit der Jahrtausendwende wird der Lauf der Dinge nicht mehr von der Realwirtschaft in Zusammenarbeit mit der Politik, sondern allein von den Interessen der Finanzindustrie bestimmt.

Hintergrund ist der Siegeszug des Neoliberalismus, der in den Siebziger Jahren Einzug in die globale Politik gehalten und sie in den Neunziger Jahren vollständig unter seine Kontrolle gebracht hat. Die Liberalisierung der Kapitalmärkte, die Deregulierung des Finanzsystems und die Privatisierung ehemals staatlicher Wirtschaftsbereiche haben dafür gesorgt, dass sich der Finanzsektor, früher ein wichtiger Teil der Realwirtschaft, von ihr abkoppeln konnte und mittlerweile ein unkontrolliertes Eigenleben führt, das allgemein unter dem Namen „die Finanzmärkte“ bekannt ist.

Diese Finanzmärkte, inzwischen sieben bis zehn Mal so groß wie die Realwirtschaft, werden von einer winzigen Gruppe von ca. 2.500 Milliardären beherrscht. Während sie als Investoren von Hedgefonds, Banken, Versicherungen und transnationalen Konzernen bis auf wenige Ausnahmen im Verborgenen bleiben, sorgen hochbezahlte Manager dafür, dass ihr Vermögen unablässig wächst.



Arbeitslosenquote im Vergleich (Quelle: Eurostat)

Die Aufgaben der Politik

Politikern fallen in diesem Szenario drei Rollen zu: Die erste ist die des Vermittlers, der der Bevölkerung die Maßnahmen, die der Finanzelite nützen und den Menschen schaden, als notwendig und unumgänglich zu verkaufen hat – der zum Beispiel arbeitslosen Jugendlichen und am Existenzminimum lebenden Rentnern klarmachen muss, dass es zu ihrem Vorteil ist, wenn sie die Gürtel zugunsten der Staatsfinanzen enger schnallen, während milliardenschwere Spekulanten ihre Gewinne unbehelligt in Offshore-Steuerparadiesen horten.

Die zweite Aufgabe der Politik besteht darin, alle rechtlichen und gesellschaftlichen Hindernisse, die den Interessen der Finanzelite entgegenstehen, aus dem Weg zu räumen. Meilensteine dieser Entwicklung waren u.a. die Abschaffung des Trennbankensystems (es schützte Einleger, indem es hochriskante Geschäfte mit ihren Geldern verbot), die Rettung bankrotter Banken mit Hilfe öffentlicher Geldern und die Nicht-Verfolgung krimineller Banker und Spekulanten.

Die dritte – und seit einiger Zeit vordringlichste - Aufgabe der Politik ist es, ein Instrumentarium zu schaffen, mit dem auch die Kosten der nächsten Krise soweit wie irgend möglich auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden können. Zu diesem Zweck sind nach 2008 Austeritäts-

Publiziert: 07.06.2015 (10:00), aktualisiert 09.06.2015 (16:00) von Ernst Wolff, Original: <http://www.heise.de/tp/artikel/45/45142/1.html>

programme geschaffen worden, mit denen Renten und Mindestlöhne gesenkt, der Arbeitsmarkt „flexibilisiert", Steuern erhöht und staatliche Bedienstete zu Hunderttausenden entlassen worden sind. Mit welcher Härte hierbei vorgegangen wurde, zeigt das Beispiel Griechenlands, wo nach sechs Austeritätsrunden jeder zweite Jugendliche ohne Arbeit ist und eine Million Rentner seit über einem Jahr von weniger als 500 Euro im Monat leben müssen.

Vom Bail-out zum Bail-in

Ein zweites Instrument ist der unter dem Vorwand, die Banken seien „too big to fail", geschaffene Bail-Out - die Rettung privater Banken mit öffentlichen Geldern. Da Bail-outs aber riesige Löcher in die Staatshaushalte gerissen haben und angesichts des zu erwartenden Finanzbedarfs im Fall des kommenden Crashs nicht ausreichen werden, haben Politiker die vergangenen zwei Jahre genutzt, um ein 2012 vom IWF vorgeschlagenes neues Instrument gesetzlich zu verankern: den Bail-in. Dieses bereits auf Zypern erfolgreich erprobte Mittel bedeutet nichts anderes, als dass im Fall des Crashs die Bankkonten von Einlegern und Sparern ab einer (vorerst auf 100.000 Euro) festgelegten Höhe eingefroren werden, um diese im Bedarfsfall zur Deckung der Verluste der jeweiligen Bank einzusetzen. War der Bail-out bereits eine umfassende Vermögensumschichtung von der arbeitenden und steuerzahlenden Bevölkerung zu den steuerbegünstigten Ultrareichen, so handelt es sich beim Bail-in um nichts anderes als den juristisch abgesicherten Zugriff des Staates auf die Konten seiner Bürger.

Sollte selbst diese Lösung nicht ausreichen (weil möglicherweise zu viele Anleger ihr Geld rechtzeitig von der Bank abheben), hat der IWF bereits gedanklich vorgesorgt: In seiner Publikation „Taxing Times" („Zeit für Steuern") vom Oktober 2013 schlägt die mächtigste Finanzorganisation der Welt eine „einmalige Vermögensabgabe – eine einmalige Steuer auf Privatvermögen" vor – ein Generalangriff vor allem auf die Mittelschicht, die ihre Vermögen nicht wie die Ultrareichen in Stiftungen oder Steuerparadiesen verstecken und so dem Zugriff des Staates entziehen kann.

Damit nicht genug. Um den Betroffenen jede Möglichkeit zu nehmen, sich vor einer Enteignung durch Bail-in oder einmalige Vermögensabgabe zu schützen, arbeiten Politik und Mainstream-Medien derzeit mit Hochdruck daran, die Bevölkerung auf eine weitere – überaus wichtige - Maßnahme einzustimmen: Die Abschaffung des Bargeldes. Unter dem Vorwand, „Transparenz" zu schaffen, Finanztransaktionen zu erleichtern und Geldwäsche zu verhindern, wird den Menschen eingeredet, dass es in ihrem Sinne wäre, auf die Zahlung mit Bargeld zu verzichten. Wahre Absicht ist einzig und allein, dem Staat auf diese Weise Zugriff auf das gesamte Vermögen der arbeitenden und steuerzahlenden Bevölkerung zu verschaffen, damit er diese im Falle eines Crashs in angemessener Höhe enteignen kann.

Sonderziehungsrechte des IWF als künstliche Weltwährung

Sollte auch das nicht ausreichen, steht den Zentralbanken in Zukunft ein bereits in der jüngeren Vergangenheit exzessiv angewandtes weiteres Mittel zur Verfügung: das Drucken von Geld. Seit der Krise von 2008 sind bereits Billionen von US-Dollar, Yen (schon seit 2001) und Euro aus dem Nichts geschaffen und der Finanzelite zu Nahe-Null-Zinsen zur Aufhellung von Bilanzen und zur Spekulation an den Finanzmärkten zur Verfügung gestellt worden. Weil sich die daraus resultierende Inflation im Wesentlichen an den Anleihen-, Aktien- und immobilienmärkten und nur zu einem geringen Teil in der Realwirtschaft niedergeschlagen hat, ist die schleichende Enteignung (und um nichts anderes handelt es sich beim Drucken von Geld) den meisten Menschen bisher entgangen.

Das wird aber nicht auf Dauer so bleiben, aber auch für diesen Fall werden bereits Vorkehrungen getroffen: Mit der für den Oktober geplanten Aufnahme des chinesischen Yuan in den Korb seiner Sonderziehungsrechten (SZR) bereitet der IWF sich darauf vor, im Extremfall mit seiner eigenen Währung ins internationale Geschehen einzugreifen. Es wäre nicht das erste Mal: Von der Weltöffentlichkeit weitgehend unbemerkt, hat der IWF nach zwei Eingriffen zu Beginn und zu Ende der Siebziger im Jahr 2009 mit umgerechnet etwa $ 300 Mrd. maßgeblich zur Stabilisierung des globalen Finanzsystems beigetragen.

> *„Ihr (SRZ) Einsatz würde von der Öffentlichkeit kaum bemerkt werden und die inflationären Folgen des Gelddruckens würden sich erst mit Verzögerung und dann gleichzeitig auf alle fünf im Währungskorb beteiligten Währungen auswirken."*

Da SZR nicht als Geld in Umlauf gebracht, sondern nur als Zahlungsmittel zwischen Staaten gehandelt werden, brächten sie im Krisenfall zwei große Vorteile für die beteiligten Regierungen mit sich: Ihr Einsatz würde von der Öffentlichkeit kaum bemerkt werden und die inflationären Folgen des Gelddruckens würden sich erst mit Verzögerung und dann gleichzeitig auf alle fünf im Währungskorb beteiligten Währungen auswirken. Das wiederum würde die schleichende Enteignung der Bürger nicht wie das Ergebnis der Politik einer Regierung, sondern – zur Freude der Finanzindustrie - wie ein alle und jeden betreffendes Naturereignis erscheinen lassen.

Aufschub statt Problemlösung

Wie man sieht, gehen Regierungen und IWF den bevorstehenden Turbulenzen keineswegs unvorbereitet entgegen, sondern wappnen sich unter Hochdruck auf die kommenden Ereignisse. Dabei ist sämtlichen Maßnahmen – vom Bail-in über die Vermögensabgabe und die Abschaffung von Bargeld bis hin zur Schaffung einer künstlichen Weltwährung – eines gemeinsam: Sie lösen keines der Grundprobleme unserer Zeit, sondern dienen ausschließlich dazu, Zeit zu gewinnen und ein System am Leben zu erhalten, das die Interessen einer winzigen Elite bedient, den Lebensstandard der überwiegenden Mehrheit auf Dauer senkt und die Welt damit ungleicher, ungerechter und unsozialer macht.

Autor:

Ernst Wolff

1950 geboren, wuchs in Südostasien auf, ging in Deutschland zur Schule und studierte in den USA. Er arbeitete in diversen Berufen, u.a. als Journalist, Dolmetscher und Drehbuchautor. Die Wechselbeziehung von Wirtschaft und Politik, mit der er sich seit vier Jahrzehnten beschäftigt, ist für ihn gegenwärtig von höchster Bedeutung.

Dieser Text wurde zuerst auf **heise.de** unter der URL ‹http://www.heise.de/tp/artikel/45/45142/1.html› veröffentlicht (CC BY-NC-ND 2.0 DE)

‹http://free21.org/de/node/277›

Konrad Adenauer im Bundestag 1955 (Foto: Rolf Unterberg, Bundesarchiv, B 145 Bild-F002449-0027 – CC BY-SA 3.0)

Adenauers Draht zur CIA

Konrad Adenauer war erster deutscher Bundeskanzler. Dass er familiär mit der US-Finanzelite verbunden ist, weiß die Öffentlichkeit nicht. Dabei spielte gerade die Beziehung zu seinem amerikanischen Schwager eine Hauptrolle bei der Integration der BRD in das transatlantische Militärbündnis NATO sowie der deutschen Teilung. Wir zeichnen seine Verbindungen zur FED und zur CIA nach.

von Thomas Pritzl

Rückblick in das Jahr 1949: Die Nürnberger-Prozesse waren vorüber. Die Währungsreform hatte die Reichs- durch die Deutsche Mark ersetzt: quasi über Nacht lösten sich 90 Prozent der staatlichen sowie privaten Schulden ebenso in Luft auf, wie die Ersparnisse von 40 Millionen Westdeutschen. Der Plan von US-Finanzminister Henry Morgenthau, Deutschland in einen Agrarstaat umzuwandeln, wurde durch den Marshall-Plan ersetzt: 13 Milliarden Dollar flossen bis 1953 in den Wiederaufbau Europas. Im Zentrum die BRD als Bollwerk gegen die von den USA heraufbeschworene kommunistische Gefahr aus dem Osten.

In den USA hagelte es dafür Kritik: Der Marshall-Plan, der in Blitzeseile vom Präsidenten der Chase Manhattan Bank Winthrop Aldrich – ein Schwager Nelson Rockefellers – durch den Kongress gebracht wurde, sei ein weiteres Rockefeller-Vorhaben, den Steuerzahler auszuplündern, schrieb etwa die Chigago Tribune. Der Realität am nächsten kommt das, was in der Präambel nachzulesen ist. Ziel des Plans sei die „Sicherung von Märkten und Stabilität der USA".

Mythos Marshall-Plan

Das ist zutreffend. Denn per Kriegsende steht Europa bei den USA mit 11.5 Milliarden Dollar im Saldo, Investitionen in die Infrastruktur auf der anderen Seite des Atlantiks konnten Überkapazitäten der amerikanischen Wirtschaft abfangen, die diese während des Kriegs aufgebaut hatte.

Als Direktor des Marshall-Plans entschied W. Averell Harriman, Sohn des Wall-Street Finanziers Edward Henry, über die Mittelvergabe. Die BRD erhielt in vier Jahren 6,4 Milliarden DM, musste im gleichen Zeitraum aber 24 Milliarden DM in die Bundeshaushälte als Besatzungskosten einstellen. Die BRD zahlte an die USA also etwa vier mal mehr zurück, als sie als Hilfe verbuchte: Mythos Marshall-Plan.

In der Folge blieben Investitionen der Regierung auf das Mindeste beschränkt – mit Konsequenzen nicht nur für Wirtschaftsleistung und Wachstum, sondern gerade auch für die sozialen Probleme durch Witwen und Waisen, Kriegsversehrte oder Vertriebene. Obwohl nur 40 Prozent der Industrieanlagen im Krieg zerstört worden waren, dauerte es bis ins Jahr 1951, bis die BRD erneut das Produktionsniveau von 1938 erreichte – drei Jahre später lag sie gerade einmal 30 Prozent darüber. Mit dieser Bilanz hinkte die BRD anderen Staaten in Westeuropa wie etwa Belgien um fünf Jahre hinterher.

Etwa zeitgleich mit dem Plan startete dann John McCloy das Projekt, in der US-Besatzungszone einen Staat nach US-Entwurf aufzubauen. Er studierte wie sein Freund David Rockefeller in Harvard und hatte seinen Posten als Weltbank-Präsident aufgegeben, um Nachfolger von Militärgouverneur Lucius Clay zu werden. Der Jurist, führte zwar nur bis Ende 1952 im besetzten Westen Regie, stellte aber alle Weichen für die Instrumentalisierung der BRD im Sinne der transatlantischen Finanzoligarchie.

Investoren-Modell „Besatzung"

So wurde diese nicht als Staat mit einer Verfassung, sondern mit einem Grundgesetz (GG) gegründet, über dessen Formulierung Jurist Adenauer als Präsident des Parlamentarischen Rat wachte. Nachdem es 1949 von eben diesem angenommen worden war, genehmigten es die Alliierten Militärgouverneure, so dass es in Wirkung trat. Entscheidend darin sind

„Mit der BRD-Gründung wurden die Aufgaben der Militärgouverneure der Alliierten Hohe Kommission (AHK) übertragen, bei der nun McCloy für Gesetze, Befehle, Verordnungen oder Direktiven zuständig war. Seine Missionen: die Teilung Deutschlands zu garantieren und die BRD in die NATO zu integrieren."

Artikel 79, der die „besatzungsrechtliche Ordnung" beschreibt, Artikel 120, der bestimmt, dass der Bund die Besatzungskosten trägt sowie Artikel 146, in dem steht, dass das GG an dem Tage sein Gültigkeit verliert, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Vor diesem Hintergrund erklärte der Vorsitzende des Parlamentarischen Rates und SPD-Politiker, Carlo Schmid: „Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das GG zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beschließen. Wir haben nicht Deutschlands Verfassung zu machen, wir haben keinen Staat zu errichten."

Adenauers familiäre Beziehungen zur FED

Mit der BRD-Gründung wurden die Aufgaben der Militärgouver-

neure der Alliierten Hohe Kommission (AHK) übertragen, bei der nun McCloy für Gesetze, Befehle, Verordnungen oder Direktiven zuständig war. Seine Missionen: die Teilung Deutschlands zu garantieren und die BRD in die NATO zu integrieren. Schon vor seinem Amtsantritt hatte der Jurist aus den USA die Weichen für zentrale Themen gestellt. So bestimmte er Adenauer zum Kandidaten für den Wahlkampf und sicherte auch die Finanzierung zu – kurze Zeit später wählte der Bundestag den 73jährigen zum Kanzler.

Wieso aber fiel McCloys Wahl gerade auf den Kölner Politrentner? Die Antwort ist simpel: Beide sind in derselben Familie verwurzelt, sie sind miteinander verschwägert. McCloy heiratete 1930 die Deutsch-Amerikanerin Ellen Zinsser, eine Cousine von Konrad Adenauers Ehefrau Auguste, die beide Enkelinnen des Industrie-Magnaten Frederic G. Zinsser waren. Der wiederum war Partner von J.P. Morgan, einer der Gründer des Federal Reserve System (FED) und Anteilseigner am Chemiekonglomerat I.G. Farben.

„Neben Morgan und Rockefeller traten zeitgleich in Deutschland weitere US-Investoren wie Du Pont, General Motors, IBM oder Ford auf. Währenddessen war McCloy in Frankreich damit beschäftigt, Kredite an die faschistischen Regierungen in Italien und Deutschland zu vermitteln.“

Dies ist deshalb erwähnenswert, weil McCloy 1924 als Partner in die Wall-Street-Kanzlei Cravath, Henderson & de Gerssdorff einstieg und sich an der Seite von J.P. Morgan an einen 110 Millionen-Dollar-Kredit für die deutsche Regierung beteiligte. In den 30er Jahren repräsentierte er dann in Paris neben JP Morgan, zu dessen Vorstand mittlerweile sein anderer Schwager John Zinnser aufgestiegen war, die Chase Manhattan Bank der Rockefellers sowie den deutsch-jüdischen Bankier Paul Warburg, einen weiteren Gründer der FED und Berater des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt.

Adenauer und sein Schwager, US-Beauftragter McCloy, nachdem sie das ECA-Abkommen zwischen den USA und der jungen BRD unterzeichnet haben. (© AP)

Deutsch-amerikanische Kapitalverflechtungen

An dieser Stelle sei der Vollständigkeit wegen eine weitere US-Kanzlei erwähnt, die innerhalb dieser geschäftlichen Verflechtungen eine Rolle spielte. Die Rede ist von der Kanzlei Sullivan & Cromwell, in der der spätere CIA-Chef Allen Dulles sowie sein Bruder John Foster Partner waren. Er vertrat in den USA die Interessen der I.G. Farben sowie der Vereinigten Stahlwerke, dem größten Stahlproduzenten Europas zu dieser Zeit. Beide Unternehmen waren auch an den ehemaligen Hermann Göring Werken in Salzgitter beteiligt.

Neben Morgan und Rockefeller traten zeitgleich in Deutschland weitere US-Investoren wie Du Pont, General Motors, IBM oder Ford auf. Währenddessen war McCloy in Frankreich damit beschäftigt, Kredite an die faschistischen Regierungen in Italien und Deutschland zu vermitteln. Hier verbuchte die I.G. Farben einen Großteil der Darlehen auf ihren Konten, deren Direktor und größter Anteilseigner Max Warburg war – übrigens bis 1938 Stellvertreter von Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht.

Adenauer stehen indes nicht erst seit der prominenten Familienheirat Tür und Tor zu den ersten Adressen der Finanzwelt offen. So verband ihn eine lebenslange Freundschaft mit Robert Pferdmenges, der mit Waldemar von Oppenheim das Bankhaus Sal Oppenheim leitete, und später die CDU gründete und als einflussreichster Finanzberater Adenauers die Darlehens-Vergabe aus dem Marshall-Plan über die Reconstruction Loan Bank Association, der Kreditanstalt für Wiederaufbau, überwachte.

Börsen-Spekulant Adenauer

In den 20er Jahren bekleidete Adenauer gleich zwölf Aufsichtsratsposten darunter die RWE, Deutsche Lufthansa oder Ruhrgas AG beziehungsweise die Deutsche Bank. Adenauer, der gerade in deren Aufsichtsrat eingezogen war, setzte dies direkt zum eigenen Vorteil ein. So investierte er 1928 eigene Mittel und eine Million Mark bei der Deutschen Bank geliehenes Geld an der Börse. Zunächst mit Erfolg: in wenigen Monaten hatte er mit Kunstseide-Aktien rund 800 000 Mark verdient. Eine Teilrückzahlung des Darlehens wäre möglich gewesen, doch er spekulierte weiter und schon bald wies sein Konto eine Unterdeckung von 1,25 Millionen Mark auf. Die Deutsche Bank bat um Beschaffung eines Ausgleichs.

Der damalige Generaldirektor der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken, Fritz Blüthgen, der Adenauer auf die Aktienoption aufmerksam machte, sprang bei, indem er Aktienpakete im Wert von über einer Million Mark auf Adenauers Konto bei der Deutschen Bank als Pfand hinterlegte. Diese setzte die Aktien zwar zum Teilausgleich der Schulden ein, trotzdem blieb der spätere Bundeskanzler hochverschuldet.

Zwei weitere Male sollte Blüthgen seinem prominenten Freund noch aushelfen und sich unterdessen fragen, wie dieser über die hohen finanziellen Beträge mit einem Gehalt als städtischer Angestellter überhaupt verfügen konnte. Als Reaktion auf die generöse Geste wird der später unzutreffenderweise behaupten, dass Blüthgen ihm zum Kauf der Aktien geraten habe und durch dessen betrügerische Manipulationen geschädigt worden sei. Blüthgen, dem Adenauer die zweite Wahl zum Kölner Oberbürgermeister 1929 und die Wahl zum Bundeskanzler 20 Jahre später jeweils mit einer Stimme Mehrheit zu verdanken hatte, sollte von dem nie einen Pfennig zurückerhalten. Auch die Deutsche Bank kostete Adenauers Spekulation rund eine Million Mark.

Adenauersche Subventionspolitik

Eine der ersten Amtstaten des neuen, alten Kölner Oberbürgermeisters war es dann dem Antisemiten Henry Ford steuerliche Vorteile zuzusichern, um diesem die Ansiedelung seines während des Zweiten Weltkriegs nahezu unbeschädigt gebliebenen Werks zur PKW-Produktion am Rhein und nicht in Berlin wie ursprünglich geplant schmackhaft zu machen. Dies zu einem Zeitpunkt, zu dem die Stadt Köln als Folge auch der Adenauerschen Subventionspolitik im Spitzenfeld der am höchsten verschuldeten Gebietskörperschaften Deutschlands rangierte.

Publiziert: 12.08.2015 (13:58), aktualisiert: 12.08.2015 (13:58) von T. Pritzl, Original: free21

Aber vorwärts in die Anfangsjahre der BRD: Hauptaufgabe des neuen Bundeskanzler, der sich für den Verkehr mit der AHK Exklusivität ausbat, war es, die Westdeutschen vom Kapitalismus und dem US-Demokratie-Verständnis zu begeistern. Dies war deshalb problematisch, weil sich ein Großteil der Bevölkerung im sozialistischen Lager verortete. Dies zu ändern, war CIA-Priorität und Ziel eines Programms zur Umerziehung der Deutschen. Den Aktionsplan dazu bekam Adenauer aus den USA.

McCloy (Mitte mit Hut und Tasche) landet zum Besuch der Potsdamer Konferenz (Foto: John_J._McCloy U.S. National Archives and Records Administration /Gemeinfrei)

Des Kanzlers Draht zur CIA

Finanziert durch die United States Information Agency schossen in vielen Städten Amerika-Häuser aus dem Boden. Deren Sinn bestand darin, in Ausstellungen, Referaten und mit dem „Amerika Dienst“ für ein positives US-Image im Westen zu sorgen. Die Bilanz: über zwölf Millionen Bürger besuchten ab 1950 jährlich die Einrichtung, zudem erreichte die von der CIA produzierte Wochenschau „Welt im Film“ jeden Monat über 17 Millionen westdeutsche Kinobesucher.

Eine weitere Maßnahme im amerikanischen Kulturkampf war der Congress for Cultural Freedom (CCF), eine als Polit-Forum für die nichtkommunistischen Linken Westdeutschlands getarnte CIA-Organisation. Das CCF-Magazin „Der Monat – Internationale Zeitschrift für Politik und geistiges Leben“ verbreitete Thesen zur US- und BRD-Politik erfolgreich unter Intellektuellen und konnte so Wortführer gegen die Neutralitätsbestrebungen insbesondere aus dem sozialistischen Parteilager gewinnen.

Proamerikanische Umerziehung der Westdeutschen

Erste Adressen für die proamerikanische Beeinflussung der Studentenschaft wurden die FU Berlin sowie das Soziologische Institut an der Universität Frankfurt am Main. McCloy hatte schon vor Amtsantritt den während des Krieges in die USA emigrierten Instituts-Gründern, Max Horkheimer und Theodor Adorno, ein Angebot zur Rückkehr in die BRD schmackhaft gemacht. Beide Soziologen, die bereits in Amerika für die CIA tätig waren, sollten als zentrale Verantwortungsträger im US-Umerziehungsprogramm das kulturelle Nachkriegsdeutschland prägen.

Mit einem Vetorecht wachten sie zunächst über die Besetzung von Posten in Regierung, Universitäten und Medien. Später steuerte Adorno, der seine Soziologie des Antiautoritären über die Themen Drogen, Sex und Rock n’Roll in Radio- oder Zeitungsinterviews öffentlich meinungsprägend zu propagieren wusste, eine ganze Generation in die 68er Studentenbewegung.

Die Korea-Krise bot den USA ab Mitte 1950 den Anlass, sich als Kämpfer für Freiheit und Demokratie auf der Weltbühne zurückzumelden: Truppen der von den Sowjets und China kontrollierten Volksrepublik Nordkorea hatten Südkorea angegriffen, das von den USA besetzt war und zurückschlug. Krieg in Südost-Asien: das Szenario löste im ebenfalls zweigeteilten Deutschland Panik aus und selbst der britische Oppositionsführer Winston Churchill plädierte danach im Europarat für eine westeuropäische Armee, in die deutsche Kontingente integriert werden sollten.

„Auch McCloy und sein Mitarbeiter Shepard Stone, der als PR-Chef im Pressefonds der AHK zum Einsatz kam, benötigten die Medien im Kampf gegen den Sowjetblock. Auch sie finanzierten Zeitungen, um Material und Themen aus US-Quellen redaktionell zu platzieren. Auf Stones Liste standen 44 Titel darunter die Süddeutsche Zeitung mit 500 000 DM, zudem flossen an die Frankfurter Rundschau zunächst 1,6 Millionen DM für den Neubau von Redaktion und Druckerei.“

Adenauer umgeht das Parlament

Adenauer griff Churchills Idee auf und bat McCloy in einem Schreiben um mehr Besatzungstruppen. Als der Regierungschef dann eigenmächtig das Parlament umgeht und seinem Schwager ein deutsches Truppenkontingent für den Fall zusagt, dass es zur Bildung einer europäischen Armee kommen sollte, ist der Eklat perfekt. Nachdem Adenauers Kabinett von diesem Vorschlag aus der Presse erfahren musste, trat der damalige Bundes-Innenminister und CDU-Politiker Gustav Heinemann im Oktober aus „Protest gegen diese Praxis“ von seinem Amt zurück.

Wenig später konterkarierte McCloy dann freiwillig seine eigene Mission und lieferte Gesprächsstoff für eine öffentliche Kontroverse. 1951 begnadigte er in einer „Geste der Versöhnung“ 89 Kriegsverbrecher, darunter Friedrich Flick, einer der größten Finanziers der NSDPA, sowie Alfried Krupp von Bohlen und Halbach. Beide Industrielle erhielten sogar das zuvor konfiszierte Vermögen ihrer Firmen zurück.

McCloy begnadigt Kriegsverbrecher

Auch I.G.-Farben-Vorstand Fritz ter Meer, der das Konzentrationslager Auschwitz III Monowitz errichtete, um hier Rüstungsgüter von Zwangsarbeitern produzieren zu lassen, profitierte von der Geste des Hoch-Kommisssars, der sich im Wissen um die Geschäftsverflechtungen zwischen US-Investoren und I.G. Farben – die Welt-Banker Warburg hatte sich niemals vor Gericht zu verantworten – übrigens 1944 gegen die Bombardierung der Bahnlinien zum KZ Ausschwitz aussprach.

Diese und andere Ereignisse trugen dazu bei, dass die westdeutsche Bevölkerung den amerikanischen Besatzern mit zunehmender Skepsis begegnete. Zudem ging die Demontage industrieller Anlagen durch die Alliierten weiter. Besonders die Abbrucharbeiten der ehemaligen Hermann Göring Werke in Salzgitter hatten zu öffentlichen Ausschreitungen geführt. Die Demontage des modernsten Stahlwerks Europas und der einhergehende Verlust von mehreren Tausend Arbeitsplätzen brachte die ohnehin schwierige Wirtschaftslage in Westdeutschland zusätzlich unter Druck.

Systematische Massen-Manipulation durch die CIA

Je mehr die Popularität des „Alten“ sank, umso mehr musste McCloy Schützenhilfe leisten und 1952 trat der psychologische Operationsplan mit dem Decknamen „Pocket Book“ in Kraft. Das für die Ausführung innerhalb der CIA zuständige Office of Policy erhielt ein Budget von 100 Millionen Dollar und eröffnete eine PR-Offensive.

Während „RIAS“ (Radio In the American Sektor) und „Radio Free Europe“ (RFE) seit jeher Propaganda ausstrahlen und allein RFE bis 1972 vom CIA jährlich 30 Millionen Dollar durch den CCF erhielt, wurde der Axel Springer Verlag für die Massenmanipulation im US-Sinn durch das westdeutsche Pressewesen auserkoren. Der Medien-Mogul erklärte klar, dass er Politik sowie Gesellschaft proamerikanisch beeinflussen wolle und hielt dies sogar in seinen Unternehmensgrundsätzen fest. Allein Springer sollte von der CIA allen anderen Verlagen oder Großdruckereien voran sieben Millionen Dollar erhalten. Mit den Geldern wurde 1952 das Boulevardblatt BILD gegründet, das bis heute die US-Weltsicht verbreitet.

Geschmierte Medien, Gewerkschaften und Politiker

Auch McCloy und sein Mitarbeiter Shepard Stone, der als PR-Chef im Pressefonds der AHK zum Einsatz kam, benötigten die Medien im Kampf gegen den Sowjetblock. Auch sie finanzierten Zeitungen, um Material und Themen aus US-Quellen redaktionell zu platzieren. Auf Stones Liste standen 44 Titel darunter die Süddeutsche Zeitung mit 500 000 DM, zudem flossen an die Frankfurter Rundschau zunächst 1,6 Millionen DM für den Neubau von Redaktion und Druckerei.

Da diese sich dabei aber finanziell übernahm und aus Sorge, das Blatt könnte in die Hände der Sozialdemokraten fallen, schmiedete er einen Rettungsplan: Stone stellte für die Aufrechterhaltung des Betriebs noch einmal eine Million DM bereit und die AHK wurde Teilhaber der Frankfurter Rundschau, die übrigens 1945 die erste von den Alliierten lizensierte Tageszeitung Westdeutschlands war.

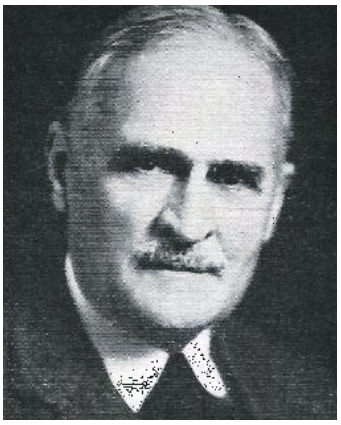
Nächste Zielgruppe für Korruption: die deutsche Arbeiterschaft, die zu 40 Prozent gewerkschaftlich organisiert war – darunter ein hoher Anteil Kommunisten. Für die Kontrolle der Gewerkschaften war der CIA-unterwanderte US-Gewerkschaftsverband American Federation of Labour verantwortlich. Er nutzte Gewerkschafts-Komitees, die US-Funktionäre mit deutschen Kollegen eingerichtet hatten, um so etwa die Besetzung des DGB-Vorstands zu bestimmen. Für Zuwendungen an Gewerkschaften verfügte der US-Geheimdienst Anfangs über 200 000, später eine Millionen Dollar pro Jahr: geschmiert wurden Politiker aus allen Lagern bis hinauf in die SPD-Führung zu Willy Brandt.

Korrupte Entscheidungen auf internationaler Ebene

Die CIA führte die Feder aber auch bei bedeutenden internationalen Entscheidungen. Um der deutsch-französischen Montanunion – dem Schumanplan – die Zustimmung durch den Bundestag zu garantieren, ließ McCloy, der sich über die Bedeutung dieser Beziehungen für Westeuropa im klaren war, erneut Stimmen kaufen. Mit der Ratifizierung des Plans schuf der Bundestag im Juli 1952 dann auch die Basis für die dauerhafte Teilung Deutschlands. Der für das Geschmiere zuständige CIA-Mitarbeiter Thomas Braden wird später im Rückblick erklären, er sei froh gewesen, dass die CIA „unmoralisch“ war.

McCloy konnte dank Adenauers Kooperation zwar Etappenvollzug für seine Missionen vermelden – im Schulterschluss mit seinem Schwager hatte er ein vereintes, blockfreies Deutschland verhindert. Doch zu einem hohen Preis. Denn zeitgleich erlangten Ex-Wirtschaftsführer oder Politiker mit Nazivergangenheit Einfluss zurück und fanden gerade in der FDP politische Heimat.

Beispiel: Ernst Achenbach, FDP-Mitglied und Jurist, der sich aktiv für die Rehabilitierung von NS-Tätern einsetzte. Er forderte Bundes-Justizminister und Parteifreund Thomas Dehler dazu auf,



McCloy heiratete 1930 die Deutsch-Amerikanerin Ellen Zinsser, eine Cousine von Konrad Adenauers Ehefrau Auguste, die beide Enkelinnen des Industrie-Magnaten Frederic G. Zinsser (im Bild) waren. Der wiederum war Partner von J.P. Morgan, einer der Gründer des Federal Reserve System (FED) und Anteilseigner am Chemiekonglomerat I.G. Farben. (Foto: W. Haynes)

Verfahren zu manipulieren. So im Fall des NSDAP-Politikers Karl Rudolf Werner Best, der 1933 einen Mordauftrag gegen einen NS-Parteikollegen in Auftrag gegeben hatte. Achenbach betonte Dehler gegenüber, dass das Deutsche Reich solche Taten 1934 amnestiert habe. Der intervenierte wiederum bei der bayrischen Justiz, die das Verfahren schließlich einstellte.

Nazi-Politiker spielen parlamentarische Demokratie

Später sprach sich dann auch der Bundestag für eine wohlwollende Praxis in den Prüfausschüssen für Kriegsverbrecher-Urteile aus. Die Folge war eine Welle von Begnadigungen. Doch während Ex-Nazi-Funktionäre repräsentative parlamentarische Demokratie spielten und wie eh und je

„Zeitgleich unterstützte die CIA den Aufbau verdeckter Untergrundbewegungen, um Organisationen, die ‚feindliche Ideologien‘ verbreiten, zu spalten. So erhielt der neofaschistische Bund Deutscher Jugend (BDJ) sechsstellige DM-Beträge“

gut lebten, leidet die zuschauende Bevölkerung auf den Rängen des Polit-Theaters weiter unter Armut und Arbeitslosigkeit.

Nachdem Adenauer noch Deutschlands Chance auf einen Friedensvertrag und die Wiedervereinigung verspielen sollte, erreicht die Zustimmung zu seiner Politik trotz eines Attentatsversuchs den Tiefpunkt. Stalin hatte in einer Note die Wiederherstellung eines deutschen Staates vorgeschlagen. Voraussetzung: Verzicht auf die Gebiete östlich von Oder und Neiße sowie auf Beitritt zu einem militärischen Bündnis, das sich gegen einen Ex-Kriegsgegner richte. Mit anderen Worten: Blockfreiheit. Doch der „Kanzler der Allierten“ schlug das Angebot ohne nähere Prüfung als kommunistische Propaganda aus.

Adenauer schlägt Friedensvertrag aus

Ganz so wie es McCloy von seinem Schwager erwartete, entschied er sich ohne Rücksicht auf das gesamtdeutsche Gemeinwohl gegen die Neutralität und setzte auf die totale Westintegration. Als Dank für den Gehorsam bekommt Adenauer noch einmal Wahlkampfhilfe vom Feinsten: Die US-Regierung lädt ihn Ende 1952 zu einer mehrwöchigen Amerika-Tour ein. Höhepunkt ist ein Empfang im Weissen Haus mit militärischen Ehren. Die Botschaft

Publiziert: 12.08.2015 (13:58), aktualisiert: 12.08.2015 (13:58) von T. Pritzl, Original: free21

des inszenierten diplomatischen Schachzugs: Die BRD meldet sich sieben Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs im Chor der internationalen Gemeinschaft demokratischer Staaten zurück.

Daheim verfolgte Adenauers Wirtschaftsminister Ludwig Erhard eine andere Strategie zum Erhalt der Macht. Er forderte gerade noch rechtzeitig vor der Bundestagswahl Unternehmer auf, eine Initiative zur Förderung der Marktwirtschaft zu gründen. Bosch, Remtsma sowie Bayer, BASF und Hoechst, die zum I.G. Farben-Kartell gehörten, machten mit. Der Verein „Die WAAGE. Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs" nahm mit einem Budget von zwei Millionen DM seine Aktivitäten auf.

Wirtschafts-Lobbyisten unterwandern Vereine und Verbände

Mit dem Slogan „Die Soziale Marktwirtschaft nützt allen" wollte die Lobbygruppe in Zeitungsanzeigen mit einer Auflage von über zwölf Millionen, Werbespots im Kinovorprogramm, Plakaten und Informationsveranstaltungen die Idee der sozialen Marktwirtschaft als „eine die Interessengegensätze von Kapital und Arbeit harmonisierende Ideologie" im westdeutschen Bewusstsein verankern. Insgesamt pumpten deutsche Unternehmer 3,8 Millionen DM in die Kampagne.

Nun noch zum letzten maßgeblichen Akteur, deren PR-Leistung für die Sicherung der Kanzlerschaft Adenauers von Bedeutung war: der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (ADK). An der Spitze des Teams stand Hans Edgar Jahn, ein Experte für politisches Marketing. Auch er verdiente sich seine Sporen im Dritten Reich. Im Vereinsstatut heisst es, dass sich die ADK für die „Gewinnung der Bürger durch sachliche Aufklärung" verwendet. Darin steht nicht die ganze Wahrheit. Denn die von McCloy und der Wirtschaft finanzierte ADK beabsichtigte, das Vereins- und Verbandswesen mit Mittelsmännern zu unterwandern, um politische Aufklärungsarbeit im Interesse von Regierung und Industrie zu betreiben.

Finanziert durch die United States Information Agency schossen in vielen Städten Amerika-Häuser aus dem Boden. Deren Sinn bestand darin, in Ausstellungen, Referaten und mit dem „Amerika Dienst" für ein positives US-Image im Westen zu sorgen. Die Bilanz: über zwölf Millionen Bürger besuchten ab 1950 jährlich die Einrichtung, zudem erreichte die von der CIA produzierte Wochenschau „Welt im Fillm" jeden Monat über 17 Millionen westdeutsche Kinobesucher (Foto: Screenshot)

Die Gemeinschaft sollte ihr Können im Zuge der Themen Aufrüstung und Wiederbewaffnung unter Beweis stellen: In unzähligen Veranstaltungen wurden die Westdeutschen psychologisch auf die neuen deutschen Streitkräfte vorbereitet, so dass die gesellschaftlich umstrittene Wiederbewaffnung schließlich erfolgreich exekutiert werden konnte. Bei dem PR-Coup stand Jahn auch Meinungsforscherin Elisabeth-Noelle Neumann mit Expertenrat zur Seite. Seine Ex-Studienkollegin verhalf in dieser Zeit der noch jungen Disziplin Demoskopie als Instrument zur politischen Manipulation zum Durchbruch.

CIA sponsert deutsche Guerilla

Zeitgleich unterstützte die CIA den Aufbau verdeckter Untergrundbewegungen, um Organisationen, die „feindliche Ideologien" verbreiten, zu spalten. So erhielt der neofaschistische Bund Deutscher Jugend (BDJ) sechsstellige DM-Beträge, um Listen mit vermeintlich systemfeindlichen Politikern zu erstellen, die im Fall einer Sowjet-Invasion hätten ermordet werden sollen. Als die Aktivitäten der Guerrilla Mitte 1952 publik wurden, forderten Politiker die Strafverfolgung der Hintermänner. Dazu kam es aber nie, denn der BDJ erhielt finanzielle Unterstützung sowohl vom Bundes-Innenministerium als auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) – auch der Kanzler war also über die Zahlungen informiert.

Das BfV wurde zwei Jahre zuvor in Köln als „Stelle zur Sammlung von Auskünften über umstürzlerische, gegen die BRD gerichtete Tätigkeiten" eingerichtet. Erster Präsident wurde Otto John, ein Gewährsmann der Engländer. Adenauer lehnte den „britischen stooge", wie er John nannte, ab und versuchte, eigene Kandidaten durchzusetzen. Dies scheiterte jedoch am Widerstand des britischen Hochkommissars, selbst Schwager McCloy hatte nach Johns Überprüfung nichts gegen diesen einzuwenden.

Der „Alte" lässt Parteikollegen ausspionieren

Adenauer verweigerte dem BfV-Chef anschliessend ein Jahr lang seine Ernennungsurkunde. Danach verlangte er von ihm quasi als erste Amtshandlung einen Parteikollegen auszuspionieren. Den Kanzler interessierten die Ostkontakte von Jakob Kaiser, der im Gegensatz zu Adenauer stets eine Politik für Neutralität und Wiedervereinigung vertrat, und den er verdächtigte, der SED die Pläne der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" zugespielt zu haben.

Geheimdienstliche Informationen erhielt Adenauer aber auch von Reinhard Gehlen, der John wegen des Übertritts zu den Engländern in herzlichster Missgunst verbunden war. Um auf dem Aktuellen zu bleiben, schleuste er frühzeitig seinen Kriegskameraden Albert Radke als Informant in das BfV ein, der später zu Johns Stellvertreter berufen werden sollte.

Gehlen selbst war Hitlers letzter Chef für Auslands-Aufklärung. Der General a.D. hatte sich nach der Kapitulation den Amerikanern angedient, die Mangels eigener geheimdienstlicher Struktur im Osten sofort Interesse an dessen Expertise zeigten. In Washington besprach er 1946 mit US-Präsident Harry S. Truman und Allen Dulles die zukünftige deutsch-amerikanische nachrichtendienstliche Zusammenarbeit.

Adenauers Interesse an der „Organisation Gehlen"

Im Anschluss an seine Rückkehr nach Deutschland 1947 nahm er für die im selben Jahr gegründete CIA die Arbeit auf. Für die Dauer des Kalten Krieges waren die rund 4000 Mitglieder der „Organisation Gehlen" die einzigen West-Spione im Sowjetblock. 1956 ging die Organisation schließlich im Bundesnachrichtendienst auf.

Gehlen, der enge Kontakte zu Adenauers Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Ex-Nazi Hans Globke, pflegte, war für den Kanzler in zweifacher Hinsicht interessant. Erstens konnte auch er Informationen über die Ostzone liefern, was wichtig war, da seine Widersacher Jakob Kaiser und Kurt Schumacher über die Sowjetzone bestens im Bilde waren. Zweitens erkannte Adenauer, dass Gehlens Informationen Einfluss auf die Amerikaner hatte, darunter sein Schwager.

Gründung transatlantischer Tarnorganisationen

Der war zwischenzeitig noch damit beschäftigt kurz vor seinem Abschied gemeinsam mit Welt-Bankier Eric M. Warburg zwei weitere transatlantische Tarnorganisationen in Funktion zu bringen: die „Atlantik-Brücke“ und deren Schwester „American Council on Germany“. Der Einfluss beider Organisationen ist bis heute unumstritten. Neben den Amerikanern gehörte die spätere Herausgeberin der „ZEIT“, Marion Gräfin Dönhoff, zu den Gründungsmitgliedern der „Atlantik-Brücke“.

Gräfin Dönhoff (Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F035071-0005 / Gräfingholt, Detlef / CC-BY-SA 3.0)

Kurz nach der Gründung brach sie zu einer mehrmonatigen Studienreise in die USA auf. Ihre Aufgabe war es, eben solche Texte zu produzieren, die vom Pressefonds der AHK anschließend der gesponserten deutschen Presse zur redaktionellen Berücksichtigung angeboten werden konnten. Die „Atlantik-Brücke“ entwarf übrigens gemeinsam mit dem „American Council on Germany“ auch das Programm für Adenauers Wahlkampfreise durch die USA.

Im Ergebnis sorgten der gebündelte Propaganda-Druck aus der Wirtschaft, die Einflussnahme in- und ausländischer Geheimdienste sowie die Wochenschau-Bilder der schillernden Publictiy-Tour Adenauers durch die USA in deutschen Kinosälen dafür, dass sich die westdeutsche Bevölkerung 1953 mit absoluter Mehrheit für die CDU entschied. Adenauers Wiederwahl zum Kanzler des 2. Bundestages und damit die uneingeschränkte Unterstützung des transatlantischen Bündnisses durch die BRD waren gesichert.

Politik gegen staatliche Souveränität

McCloy wirkte zu diesem Zeitpunkt schon als Berater für die von den Rockefellers ko-finanzierte Ford Foundation, um ein Jahr später Vorsitzender der Chase Manhattan Bank zu werden. Natürlich hinterliess er Schwager Adenauer vor seiner Rückkehr in die USA ein Pflichtenheft. Darin standen als Meilensteine die Neufassung des Deutschlandvertrages, der Beitritt zur Westeuropäischen Union (WEU) sowie die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO.

Ende 1954 unterschrieb Adenauer die „Pariser Verträge“, die 1955 in Kraft traten. Sie formulierten den Deutschlandvertrag neu, um das Besatzungsstatut zu beseitigen und der BRD „die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“ zu geben. Wie dies indes ein Vertrag leisten sollte, in dem in Artikel 1 das Ende des Besatzungsregimes und die Aufhebung des Besatzungsstatuts zugesagt wird, im Artikel 2 sich die USA jedoch die bisherigen Rechte bis hin zur „Ausübung der vollen Regierungsgewalt“ weiter vorbehalten, war, ist und bleibt ein Geheimnis.

Unter dem Strich blieben bis heute die Truppenstationierung und der Ausgleich der Besatzungskosten in zweistelliger Milliardenhöhe pro Jahr durch die BRD bestehen sowie Sonderrechte, die in geheimen Verträgen verbrieft wurden. In einem solchen sicherte Adenauer CIA-Direktor Allen Dulles und den Westalliierten das Recht zu, den Post- und Fernmeldeverkehr zu überwachen und Geheimdienste mit Unterstützung des BfV außerhalb des deutschen Rechts zu stellen, wenn es Interessen erfordere.

Der Kanzler bricht das Grundgesetz

Damit hatte es gerade einmal sechs Jahre gedauert, bis Adenauer das Grundgesetz als erster deutscher Bundeskanzler auch noch brechen sollte. Die Aushebelung des Post- und Fernmelde-Geheimnisses dauert trotz der Änderungen im G-10-Gesetz übrigens an. Mehr noch: die Kooperation von US- und BRD-Geheimdiensten schreitet ganz offiziell weiter voran.

Unmittelbar nach Inkrafttreten des Deutschlandvertrages wird die BRD dann Mitglied in der WEU und der NATO. Nachdem noch im gleichen Jahr die ersten Freiwilligen eingezogen wurden, beschloss der Bundestag 1956 schließlich die allgemeine Wehrpflicht. Die DDR und die Sowjetunion reagierten mit dem Ausbau der Zonengrenze zu einer befestigten Grenze und der Ankündigung des Aufbaus von DDR-Streitkräften. Der kalte Krieg schlug für mehr als 30 Jahre Mauern.

Adenauers politische Metamorphose

Im Zuge der totalen Westintegration hatte Adenauer damit nicht nur die Interessen Deutschlands hinter die seines Familienclans gerückt, sondern er selbst vollzog eine bemerkenswerte politisch-moralische Kehrtwende: So beschwor er 1919 beim Gründungsversuch der „Rheinischen Republik“ noch eindringlich die Gefahr des „preussischen Militarismus“ als Menetekel herauf. Mehr als drei Jahrzehnte später sorgte er dann durch die Umsetzung der politischen Direktiven seines Schwagers dafür, dass ein exquisiter Kreis des deutsch-amerikanischen Finanzadels durch das Investoren-Modell „Besatzung“ sowie die NATO-Aufrüstung bis heute vom finanziellen Aderlass der BRD-Steuerzahler profitiert.

Dieser Text gibt die Meinung des Autors und nicht zwingend die Meinung von free21.org wieder.

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Free21

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:

Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org

Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Autor:

Thomas Pritzl

Hat für Stern, Stern TV, RTL, Capital, Handelsblatt und Wirtschaftswoche gearbeitet. Er betreibt jetzt seinen eigenen Blog zum Thema Medien und Demokratie im Netz.

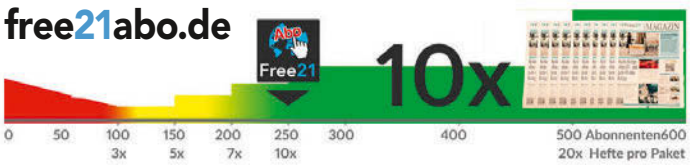
http://vonwegenmediendemokratie.blogspot.de/

‹http://free21.org/de/node/315›

Publiziert: 12.08.2015 (13:58), aktualisiert: 12.08.2015 (13:58) von T. Pritzl, Original: free21

Das Free21-Aktiv-Abo

Die Idee: Jeder Abonnent erhält mindestens zehn Exemplare jeder Ausgabe. Bei entsprechender Abonnenten-Anzahl steigt die Menge der Magazine, die jeder Abonnent bekommt. Die zusätzlichen Exemplare können/sollten ;-) dann an andere Menschen, wie Freunde, Nachbarn, Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite unserer kritischen Texte zu erhöhen.



Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin quartalsweise bis auf Widerruf im Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD inkl. Zustellung betragen **quartalsweise 15 EUR** (20 EUR in EU-Länder). Ich erhalte mindestens 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Abogebühren von meinem Konto quartalsweise im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Kontoinhaber Name, Vorname:

Str., Nr.:

PLZ, Ort:

E-Mail:

Kontoführendes Institut:

IBAN:

BIC:

Hiermit ermächtige Ich Sie, bis auf Widerruf, die Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Abweichende Lieferanschrift:

Name

Str., Nr.:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr. _____

Kreuzen Sie bitte hier an, wann Ihr Abo starten soll: ☐ **ab sofort** ☐ **nächste Ausgabe**

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Am Entenpfuhl 4, 50170 Kerpen

Die Erscheinungstermine in diesem Jahr sind: 15.3.15/15.6.15/15.9.15/15.12.15

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belastenden Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Zum Abo: Das Abonnement erstreckt sich über das Jahr 2015 und endet mit der letzten Ausgabe. Insgsamt werden 4 Ausgaben in 2015 erscheinen. Die Bezugsgebühren werden 20 Tage vor der Erscheinung eingezogen. Das Abo beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein eingegangen ist.

Kündigung: Das Abo kann jederzeit gekündigt werden. Die einzige Bedingung ist, dass das Kündigungsschreiben mindestens 30 Tage vor Erscheinungstermin der nächsten Ausgabe zugestellt wird. Die Kündigung muss per Post geschickt werden.

Die Geschenkidee: Ein **Free21**-Abo

Abo
Free21

www.Free21Abo.de

Free21

Wir suchen noch

Verstärkung für das Free21-Team:

Free21 publiziert in verschiedenen Sprachen. Für alle Sprachversionen werden druckfähige PDF-Artikel layoutet. Dabei brauchen wir Eure Unterstützung.

Wir freuen uns über engagierte

Layouter/innen

mit Adobe Indesign ab Vers. CS4 oder anderer Grafik-Software.

Unsere Vision ist ein weltweites ehrenamtliches Netzwerk von Menschen, die den Mainstream-Medien Beine machen wollen. Wenn jeder Mitstreiter auch nur einen Artikel pro Woche gestaltet, können wir einiges bewegen!

Du bist kritisch, skeptisch, sattelfest in Rechtschreibung und dazu noch misstrauisch? Dann bist Du für uns der/die geborene

Researcher/in

Bevor wir Artikel layouten und veröffentlichen, prüfen und korrigieren unsere Researcher die Texte unserer Autoren sowie die Links und Quellen auf Verfügbarkeit und sachliche Richtigkeit.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: info@free21.org